

Senator für Inneres und Sport



Verfassungsschutzbericht 2009





Verfassungsschutzbericht 2009



Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2009 enthält erstmals nicht nur Darstellungen zu extremistischen Organisationen oder verfassungsfeindlichen Bestrebungen; er ist um ein Kapitel ergänzt. Im Abschnitt „Information und Prävention“ geht es um den vom Landesamt für Verfassungsschutz geführten Dialog mit den Muslimen in Bremen und um die Öffentlichkeitsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist darauf gerichtet, Informationen über extremistische und terroristische Aktivitäten und Organisationen zu sammeln und die politische Administration darüber zu informieren. Seine Aufgabe ist es darüber hinaus auch, die Öffentlichkeit an den erlangten Informationen teilhaben zu lassen und sie in die Aufklärungsarbeit mit einzubeziehen. Damit befördert das Landesamt die politische Auseinandersetzung mit den Zielen extremistischer Gruppierungen und schafft eine sachliche Basis für die Diskussionen um die Maßnahmen zur Abwehr der von ihnen ausgehenden Gefahren. Die neue, differenziertere Darstellung im Verfassungsschutzbericht soll vor allem auch deutlich machen, dass Extremisten eine Minderheit in unserer Gesellschaft sind.

Im Bundesland Bremen gibt es eine kleine, aber sehr aktive jihadistische islamistische Szene. Diese unterscheidet sich durch ihre radikalen und gewaltbejahenden Ansichten wesentlich von den anderen in diesem Verfassungsschutzbericht dargestellten islamistischen Organisationen.

Die Ankündigung von Terroranschlägen in Deutschland und die Bedrohung deutscher Interessen auch im Ausland durch verschiedene internationale terroristische Gruppierungen („al-Qaida“, „Islamische Jihad Union“, „Islamische Bewegung Usbekistan“ usw.) im Rahmen einer Propagandaoffensive begründeten während des gesamten Jahres 2009 eine abstrakt hohe Gefährdungslage. Zwar gab es keine konkreten Hinweise auf zu erwartende Anschläge in Bremen, gleichwohl war eine besondere Aufmerksamkeit der bremischen Verfassungsschützer und der Polizei bei Großveranstaltungen, wie dem Evangelischen Kirchentag, der Osterwiese und dem Freimarkt, gefordert. Diese besonderen Herausforderungen bewältigte das Amt in enger Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten der anderen Länder und des Bundes.

Weitere Schwerpunkte in der Arbeit des Landesamtes sind – neben der Beobachtung extremistischer Ausländerorganisationen – nach wie vor die Beobachtung der Parteien und Gruppierungen im Bereich des Rechts- und Linksextremismus. Die Aktivitäten in diesen Bereichen sind durchaus differenziert zu betrachten. Anders als in manchen anderen Bundesländern gehen wir in Bremen nicht von einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus aus. Auch wenn es sich jeweils um verfassungsfeindliche politische Bestrebungen mit zum Teil gewalttätigen Vorgehensweisen handelt, so sind sie doch einerseits ideologisch und strategisch, andererseits auch historisch unterschiedlich einzuordnen.

Die rechtsextremistischen Parteien in Bremen (NPD und DVU) konnten bei der Bundestagswahl 2009 keine nennenswerten Erfolge erzielen. Auch ihre Mitgliederzahlen sind rückläufig. Anders verhält es sich im aktionsorientierten Rechtsextremismus, wo das Personenpotenzial leicht zugenommen hat. Diese Entwicklung wird auch in Zukunft ein Beobachtungsschwerpunkt des Amtes sein. Neben der Beobachtung rechtsextremistischer Gruppierungen und Tendenzen war die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich ein weiterer Arbeitsschwerpunkt 2009.

Die auf Bundesebene festgestellte deutliche Zunahme der als linksextremistisch eingestuften Gewaltdelikte im Jahr 2009 kann für Bremen so nicht gelten. Gleichwohl war es einer der Tätigkeitsschwerpunkte des Landesamtes für Verfassungsschutz, die linksextremistische autonome Szene auf eine gestiegene Gewaltbereitschaft hin zu beobachten.

Für die umfassende und anschauliche Darstellung der Ergebnisse ihrer Arbeit in diesem Jahresbericht danke ich der Leitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz sehr herzlich.



Ulrich Mäurer
Senator für Inneres und Sport

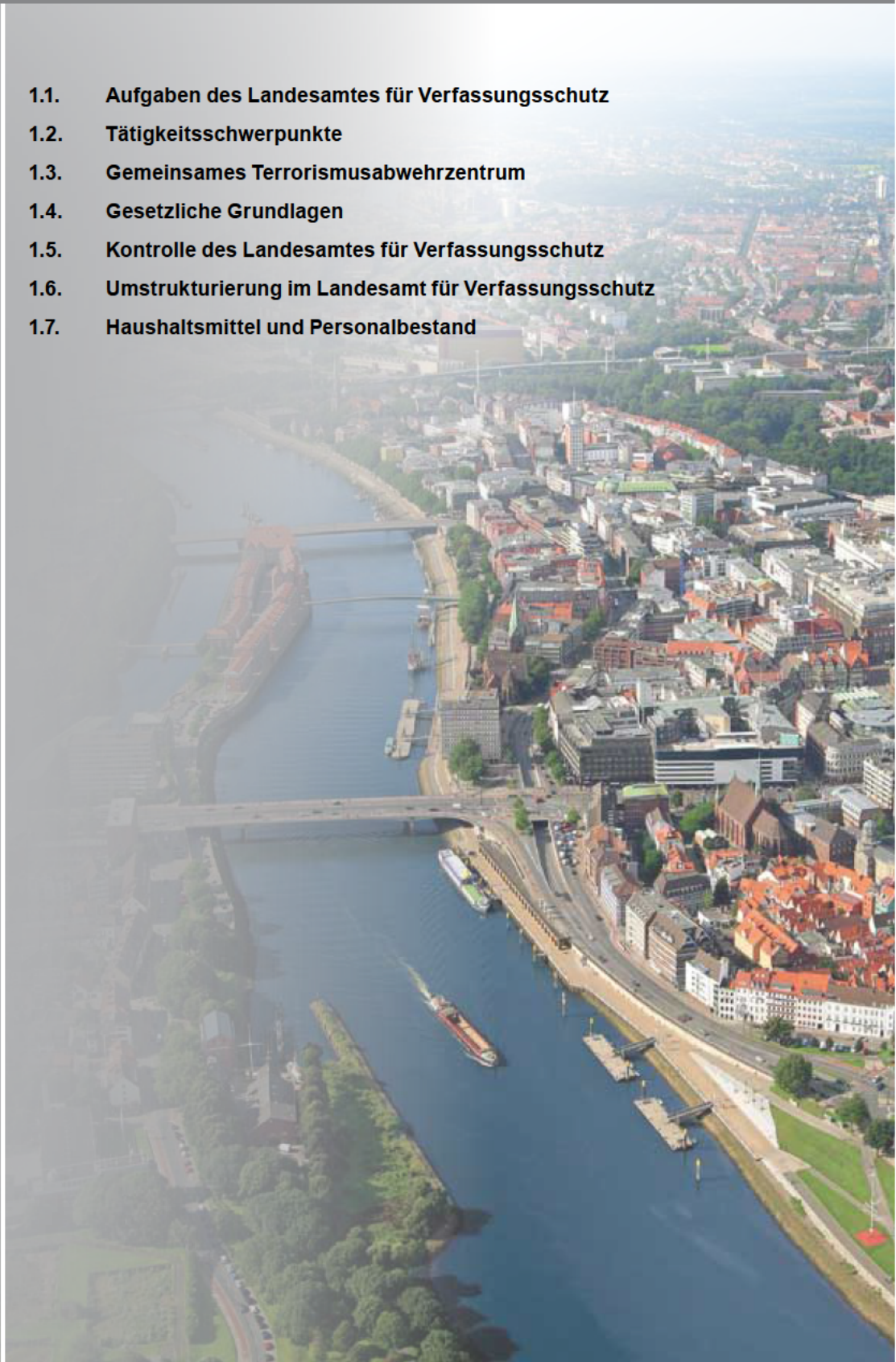
Seitenzahl	
4	Vorwort
8	1. Verfassungsschutz im Lande Bremen
9	1.1. Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz
10	1.2. Tätigkeitsschwerpunkte
10	1.3. Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum
11	1.4. Gesetzliche Grundlagen
12	1.5. Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz
12	1.6. Umstrukturierung im Landesamt für Verfassungsschutz
12	1.7. Haushaltsmittel und Personalbestand
13	2. Information und Prävention
14	2.1. Dialog mit muslimischen Verbänden in Bremen
15	2.2. Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Rechtsextremismus
17	3. Rechtsextremismus
19	3.1. Das rechtsextremistische Weltbild
20	3.2. Rechtsextremistische Parteien im Wahljahr 2009
20	3.2.1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)
22	3.2.2. „Deutsche Volksunion“ (DVU)
24	3.3. Neonazismus und gewaltbereiter Rechtsextremismus
24	3.3.1. Neonazis
27	3.3.2. Sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten
29	3.4. Bremer Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten
30	4. Linksextremismus
31	4.1. Ideologie des Linksextremismus
32	4.2. Autonome
33	4.2.1. Aktionsfeld „Antifaschismus“
35	4.2.2. Aktionsfeld „Antirepression“
36	4.2.3. Aktionsfeld „Soziale Kämpfe“

37	4.2.4.	Weitere Aktionsfelder
38	4.3.	Kommunikation
39	4.4.	Linksextremistische Parteien und sonstige Organisationen
42	5.	Islamistischer Extremismus und Terrorismus
44	5.1.	Islamismus
46	5.2.	Islamistischer Terrorismus
46	5.2.1.	Jihadismus
47	5.2.2.	„Al-Qaida“ von den Anfängen bis heute
48	5.2.3.	Jihadismus im Internet und in den Medien
49	5.2.4.	Radikalisierung und „home-grown“-Terrorismus
50	5.2.5.	Jihadistische Entwicklung in Deutschland
53	5.2.6.	Salafistische/Jihadistische Tendenzen in Bremen
53	5.2.6.1.	„Islamisches Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ)
55	5.2.6.2.	„Kultur & Familien Verein e.V.“
59	5.3.	Islamistischer Extremismus in Bremen
59	5.3.1.	„Tablighi Jama’at“ (TJ)
61	5.3.2.	„Hizb Allah“
62	5.3.3.	„Türkische Hizbullah“ (TH)
63	5.3.4.	„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)
69	6.	Ausländerextremismus
70	6.1.	Entstehungsgeschichte in Deutschland
71	6.2.	Extremistische Bestrebungen von Ausländern in Bremen
71	6.2.1.	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen („Kongra Gel“)
76	6.2.2.	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)
77	6.2.3.	Befreiungstiger von „Tamil Eelam“ („Liberation Tigers of Tamil Eelam“/LTTE)
81	7.	„Scientology-Organisation“ (SO)
82	7.1.	Ideologie
82	7.2.	Struktur und Aktivitäten
83	8.	Geheimschutz
86	9.	Anhang
90		Impressum

1. Verfassungsschutz im Lande Bremen

Seitenzahl

- | | |
|----|---|
| 9 | 1.1. Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz |
| 10 | 1.2. Tätigkeitsschwerpunkte |
| 10 | 1.3. Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum |
| 11 | 1.4. Gesetzliche Grundlagen |
| 12 | 1.5. Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz |
| 12 | 1.6. Umstrukturierung im Landesamt für Verfassungsschutz |
| 12 | 1.7. Haushaltsmittel und Personalbestand |



1. Verfassungsschutz im Lande Bremen

Vielen von uns erscheint es ganz selbstverständlich, in einem „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ zu leben. Wir wissen, dass in unserem Land die Menschen- und Bürgerrechte durch das Grundgesetz garantiert sind, freie Wahlen sind für uns „eine Selbstverständlichkeit“. Wir können ungehindert reisen und müssen staatliche Willkür nicht fürchten. Presse, Funk und Fernsehen unterliegen keiner Zensur. Die jeweils Regierenden werden vielfältig in ihrer Macht kontrolliert: vom Parlament, von unabhängigen Gerichten, den Medien und nicht zuletzt von den Wählerinnen und Wählern.

Aber wahr ist auch, dass die freiheitliche Demokratie Gegner hat, die sie abschaffen wollen. Der erste Versuch einer deutschen Demokratie, die Weimarer Republik, von „Rechts“ und „Links“ verachtet und bekämpft, ging nicht zuletzt an ihrer Wehrlosigkeit zugrunde. Die Nationalsozialisten errichteten ihre Diktatur und konnten Verbrechen begehen, die in der Geschichte beispiellos sind.

Die bitteren Erfahrungen mit dem totalitären NS-System haben maßgeblich unser heutiges Grundgesetz geprägt, das sich in den letzten Jahrzehnten hervorragend bewährt hat. Den Feinden der Freiheit darf nie wieder eine Chance gegeben werden, diese abzuschaffen.

Alle Demokraten sind sich darüber einig: Wir brauchen den Schutz der Verfassung, weil damit Menschenrechte, Freiheit und Demokratie gesichert werden. Deshalb wurde mit dem Grundgesetz eine „streitbare und wehrhafte Demokratie“ mit einem umfassenden System zum Schutze der Verfassung geschaffen.

1.1. Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz

Den Verfassungsschutzbehörden kommt die Aufgabe zu, Erkenntnisse und Unterlagen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende Tätigkeiten zu sammeln (Artikel 87 Absatz 1 und Artikel 73 Absatz 1 Nr. 10 b Grundgesetz); sie sind damit Teil des Instrumentariums der „wehrhaften Demokratie“.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) hat folgende im Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (§ 3 BremVerfSchG) normierte Aufgaben: Die Beobachtung von verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden oder
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch zuständig für die Spionageabwehr im Bundesland Bremen.



Einer der „Väter“ des Grundgesetzes, der Sozialdemokrat Carlo Schmid, erklärte bei den Beratungen über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland:

„Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selbst die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. (...) Man muss auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die Wesensmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Daneben führt das Landesamt im Rahmen seiner Mitwirkungsaufgaben Sicherheitsüberprüfungen von Personen zum Zweck des Geheim- und Sabotageschutzes durch. Gesetzliche Grundlage zur Durchführung der Sicherheitsüberprüfungen ist das Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Bremen (BremSÜG).

Weitere wichtige Aufgaben sind die regelmäßige Unterrichtung von Senat und Bürgerschaft über die Sicherheitslage im Land Bremen und die Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen. Letzteres wird unter anderem durch die Veröffentlichung des jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichtes gewährleistet.

Der Bericht beruht auf den Erkenntnissen, die das Landesamt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags zusammen mit den anderen Verfassungsschutzbehörden gewonnen hat. Der Verfassungsschutzbericht stellt keine abschließende Aufzählung aller verfassungsschutzrelevanten Personenzusammenschlüsse dar, sondern unterrichtet über die wesentlichen, während des Berichtsjahres zu verzeichnenden verfassungsschutzrelevanten Entwicklungen und deren Bewertung.

1.2. Tätigkeitsschwerpunkte

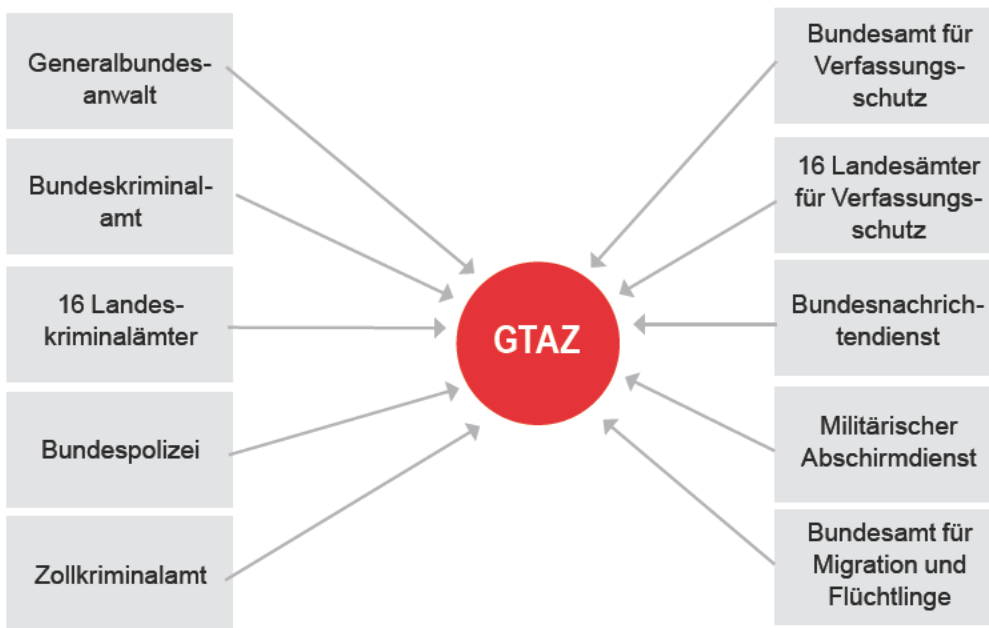
Die massive Medienpropaganda von „al-Qaida“ und anderen islamistischen Terrororganisationen im Jahr 2009, in der konkret mit terroristischen Anschlägen auf deutschem Boden gedroht wurde, war verantwortlich dafür, dass auch im Jahr 2009 neben der Beobachtung des Rechtsextremismus die Beobachtung des islamistischen Terrorismus und Extremismus Schwerpunkt der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen war. Das Jahr 2009 begann mit einem „Drohvideo“, in dem als Anschlagort neben Berlin und Köln auch Bremen benannt wurde. Diese abstrakt hohe Gefährdungslage war für das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen Anlass, gemeinsam mit der Polizei Bremen während des gesamten Jahres 2009 das Augenmerk auch auf die Sicherheit von in Bremen stattfindenden Großveranstaltungen zu richten. Dazu zählten vor allem die Osterwiese (3. bis 19. April 2009), der Kirchentag (20. bis 24. Mai 2009), die Zeit vor und nach der Bundestagswahl am 27. September 2009, der sich anschließende Freimarkt (16. Oktober bis 1. November 2009) und die Innenministerkonferenz (2. und 4. Dezember 2009).

Daneben wurden aber auch extremistische Bestrebungen/Gruppierungen in den Phänomenbereichen Linksextremismus und Ausländerextremismus beobachtet.

1.3. Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Die effektive Bekämpfung des islamistischen Terrorismus kann eine nachrichtendienstliche Behörde nicht alleine bewältigen. Aus diesem Grunde wurde im Jahr 2004 das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) geschaffen, an dem das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen mitwirkt.

Das GTAZ ist ein Zusammenschluss aller Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Vorrangige Aufgabe des GTAZ ist es, für einen reibungslosen Austausch von Erkenntnissen unter den Sicherheitsbehörden zu sorgen und operative Maßnahmen abzustimmen, um dadurch die Möglichkeit zur effektiven Gefahrenabwehr deutlich zu verbessern. Von der erfolgreichen Arbeit des GTAZ und der Unterstützung vieler zum GTAZ gehörender Sicherheitsbehörden hat das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen auch im Jahr 2009 profitiert.



1.4. Gesetzliche Grundlagen

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben handelt das Landesamt für Verfassungsschutz nicht im rechtsfreien Raum. Es gelten folgende rechtsstaatliche Grundsätze:

<p>Gesetze (keine Befugnisse ohne gesetzliche Regelung)</p> <p>BremVerfSchG, Artikel 10-Gesetz und bremisches Ausführungsgesetz, BremSÜG</p>	<p>Verhältnismäßigkeitsgrundsatz</p>	<p>Trennungsgebot keine Exekutivbefugnisse (keine Geheimpolizei)</p>
---	---	---

Jede Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen bedarf einer gesetzlichen Grundlage, die die Voraussetzungen für das Ob und das Wie des Handelns genau regelt. Außerdem ist jede Maßnahme auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

Die unterschiedliche Aufgabenstellung von Polizei und Verfassungsschutz bringt es mit sich, dass den Verfassungsschutzbehörden keine polizeilichen Befugnisse eingeräumt sind. Für seine gesetzlich festgelegte Aufgaben, das Sammeln und Auswerten von Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende Aktivitäten, stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz neben „offenen“ Informationsmöglichkeiten, wie sie jedermann hat, auch geheime Wege der Erkenntnisgewinnung zur Verfügung. Es ist dabei jedoch stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten. Die „speziellen“ Möglichkeiten zur unerkannten Informationsgewinnung darf der Verfassungsschutz daher erst dann in Betracht ziehen, wenn die Informationen von hinreichender Bedeutung sind und nicht durch offen zugängliche Quellen erlangt werden können.

Das bremische Verfassungsschutzgesetz (BremVerfSchG) regelt die Aufgaben und Befugnisse sowie die Rechtsstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) und die Zusammenarbeit des LfV mit den Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes.

Das Artikel 10-Gesetz (G 10-Gesetz) regelt die Befugnisse der deutschen Nachrichtendienste zu Eingriffen in das durch Artikel 10 des Grundgesetzes garantierte Briefgeheimnis, Postgeheimnis und Fernmeldegeheimnis.

Das bremische Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BremSÜG) regelt die Voraussetzungen und das Verfahren zur Sicherheitsüberprüfung von Personen, die mit bestimmten sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten betraut werden sollen (Sicherheitsüberprüfung) oder bereits betraut worden sind (Aktualisierungs- bzw. Wiederholungsprüfung).

Die Gesetze sind im Internet unter www.verfassungsschutz.bremen.de unter „Rechtsgrundlagen“ abrufbar.

Parlamentarische Kontrollkommission

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) wird durch den Senator für Inneres und Sport über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung fortlaufend und umfassend unterrichtet. Die PKK hat das Recht, Einsicht in Akten und andere Unterlagen zu nehmen, und hat Zugang zu Einrichtungen des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Die Kommission tritt mindestens alle drei Monate zusammen. Ihre Beratungen unterliegen der Geheimhaltungspflicht.

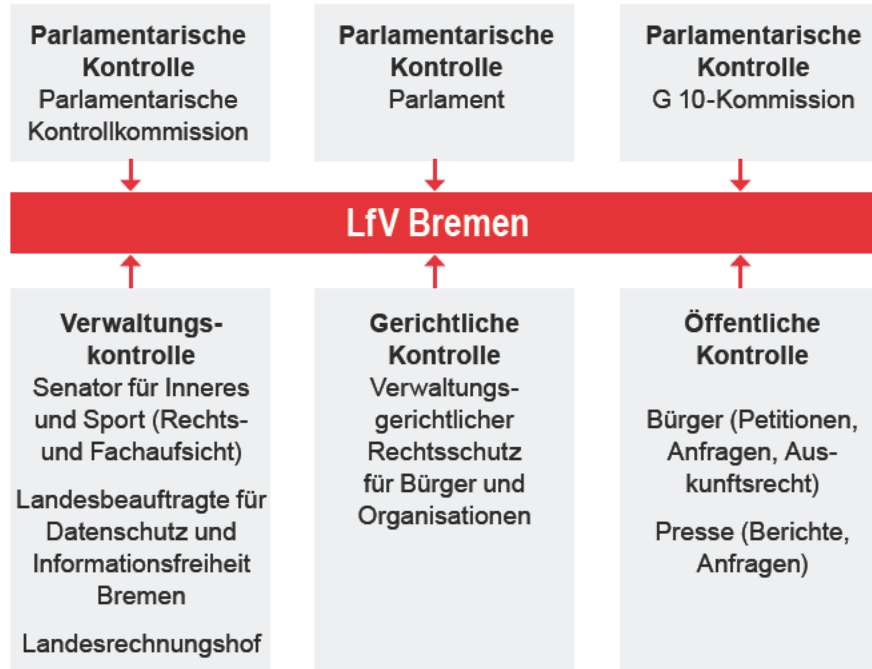
Die PKK der Bremischen Bürgerschaft besteht aus drei Mitgliedern, die die Bürgerschaft zu Beginn jeder Wahlperiode aus ihrer Mitte wählt.

G 10-Kommission

Die G 10-Kommission entscheidet über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach dem G 10-Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste einschließlich der Mitteilung an Betroffene. Die G 10-Kommission der Bremischen Bürgerschaft besteht aus vier Mitgliedern und vier stellvertretenden Mitgliedern, die die Bürgerschaft zu Beginn jeder Wahlperiode aus ihrer Mitte wählt. Der Vorsitzende muss die Befähigung zum Richteramt besitzen.

1.5. Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz

Die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz unterliegt der Kontrolle der Bremischen Bürgerschaft (Parlamentarische Kontrolle), der öffentlichen Kontrolle und der Kontrolle durch Dienststellen der öffentlichen Verwaltung, vorrangig der Dienst- und Fachaufsicht durch den Senator für Inneres und Sport. Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz sind auch gerichtlich überprüfbar.



Die Einrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission der Bremischen Bürgerschaft trägt dem Bedürfnis nach einer unmittelbaren Information der Legislative Rechnung und sorgt für eine besonders intensive Kontrolle des Verfassungsschutzes.

1.6. Umstrukturierung im Landesamt für Verfassungsschutz

Der im Landesamt für Verfassungsschutz Bremen in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführte Reformprozess hat sich in einer verbesserten Informationsgewinnung und in einer qualitativen und quantitativen Steigerung des Berichtswesens über terroristische und extremistische Bestrebungen im Land Bremen niedergeschlagen.

Das LfV hat sich im Jahr 2009 in die im Bundesland Bremen stattfindende Präventionsarbeit eingebracht. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist die Aufklärung über rechtsextremistische Bestrebungen und Inhalte, gerade auch bei jungen Menschen, verstärkt worden. Daneben ist zur Gewinnung eines besseren Verständnisses über den Islam ein intensiver Dialog mit bremischen muslimischen Verbänden aufgenommen worden.

An einer Verbesserung und Optimierung der Informationsgewinnung sowie einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wird auch in den nächsten Jahren gearbeitet.

1.7. Haushaltsmittel und Personalbestand

Zur Erfüllung seiner Aufgaben gab das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen im Haushaltsjahr 2009 für Personal 1.733.272 Euro (2008: 1.501.443 Euro) und für Sachmittel 562.827 Euro (2008: 534.000 Euro) aus. Die investiven Ausgaben betragen 2009 84.158 Euro (2008: 105.946 Euro).

Das Gesamtausgabevolumen lag 2009 bei 2.380.257 Euro (2008: 2.141.389 Euro). Das Beschäftigungsvolumen umfasste 2009 44 Vollzeitstellen (2008: 37,4).

Seitenzahl

14

2.1. Dialog mit muslimischen Verbänden in Bremen

15

2.2. Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Rechtsextremismus

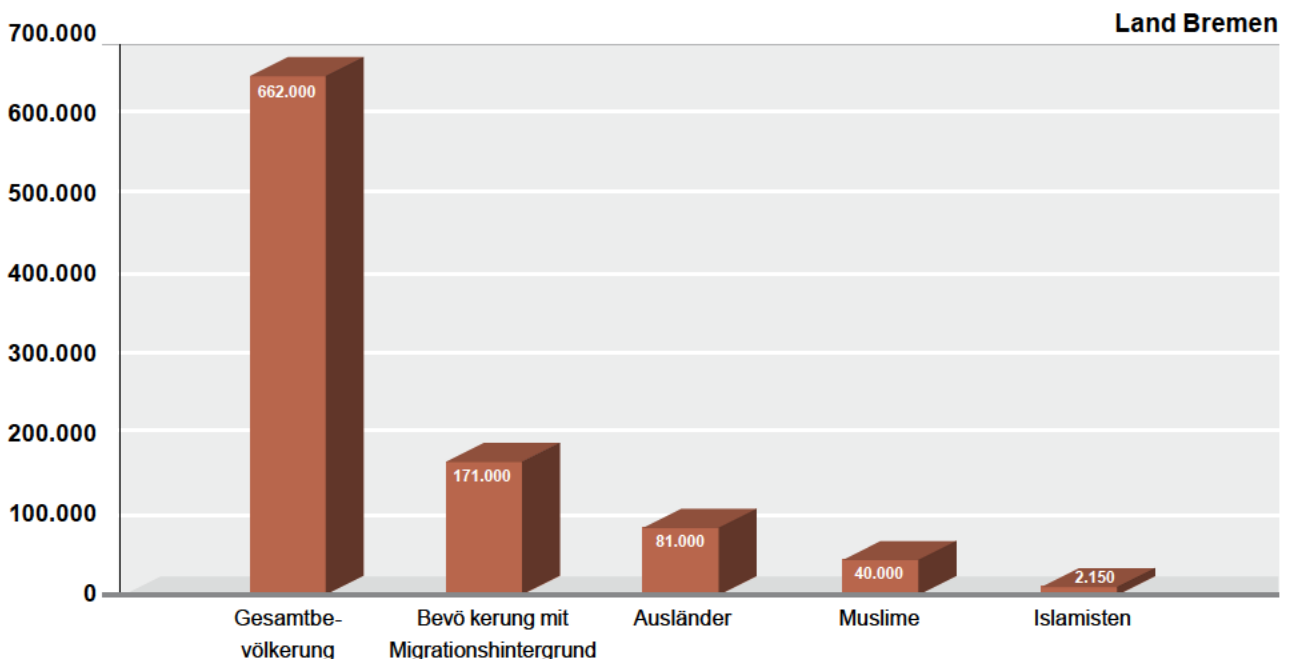


2.1. Dialog mit muslimischen Verbänden in Bremen

Im Land Bremen sind Muslime verschiedenster Herkunftsländer Teil unserer Gesellschaft. Hier leben derzeit ca. 40.000 Muslime. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 6 %. Die Zahl kann nur geschätzt werden, da es keine genauen statistischen Daten gibt, die die muslimische Religionszugehörigkeit staatlicherseits erfassen. Die größte Gruppe in Bremen stellen die Muslime aus der Türkei sowie aus dem arabischen Raum dar.

Ein Teil von ihnen ist in muslimischen Verbänden organisiert. Die muslimischen Verbände gelten als Interessenvertreter für religiöse, aber auch für allgemeine Belange der Muslime. Daneben nehmen sie in Bremen Aufgaben im sozialen Bereich, insbesondere in der Integrations-, Jugend- und Bildungsarbeit wahr. Diese Arbeit wird von den Mitgliedern meist ehrenamtlich erbracht.

Die große Mehrheit der in Bremen lebenden Muslime lehnt islamistische Bestrebungen ab und will ein gleichberechtigtes und harmonisches Zusammenleben im demokratischen Rechtsstaat.



(Quelle: Statistisches Jahrbuch 2009 des Statistischen Landesamtes Bremen)

Nach aktuellem Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen sind rund 5 % (2.150) der in Bremen lebenden Muslime Mitglied in einer islamistischen Organisation oder weisen eine entsprechende Einstellung auf. Diese Minderheit,

die ihre Religion für politische Zwecke missbraucht, ist klar von der Mehrheit der in Bremen friedlich lebenden Muslime zu unterscheiden. Umgerechnet auf die Bremer Gesamtbevölkerung sind damit 0,32 % der Bremerinnen und Bremer dem islamistischen Spektrum zuzurechnen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen hat Ende 2009 begonnen, den Dialog mit den muslimischen Verbänden aufzunehmen. Den Anfang machte eine von der Senatskanzlei initiierte Gesprächsrunde zu den Themen Innere Sicherheit/Sicherheitspartnerschaft, an der der Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, die Polizei und der Verfassungsschutz sowie Vertreter der muslimischen Verbände (Schura Bremen, DITIB, VIKZ, IFB) teilnahmen. Alle Beteiligten begrüßten den Beginn des Dialoges und zeigten sich offen, gemeinsam an dem Thema Sicherheitspartnerschaft zu arbeiten.

Voraussetzung ist für alle Gesprächsteilnehmer ein vertrauensvolles Klima. Da der Verfassungsschutz Bremen sich das erste Mal aktiv gegenüber den muslimischen Verbänden öffnet, ist zunächst eine konstruktive Annäherung erforderlich. Das Landesamt hat deshalb im Januar 2010 angefangen, auf die einzelnen muslimischen Verbände in Bremen zuzugehen. Die schon geführten Auftaktgespräche verliefen erfolgreich und stellen den Beginn des Aufbaues eines Vertrauensverhältnisses untereinander dar.

Mit diesem Dialog verbindet das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen die Absicht, das gegenseitige Kennenlernen zu fördern. Dabei möchte es über die Aufgaben und Tätigkeiten der Sicherheitsbehörde aufklären. Die muslimischen Verbände können ebenso ihre Arbeit und Interessenlage sowie das muslimische Leben in Bremen näher darstellen.

Es gilt im Rahmen der Integrations- und Präventionsarbeit das Vertrauen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu stärken, Vorurteile abzubauen und die rechtsstaatlichen Grundsätze in Deutschland darzulegen.

Gerade bei der Bearbeitung und Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Islamismus ist es wichtig, darauf zu achten, dass Muslime nicht grundsätzlich stigmatisiert werden oder ihnen generell mit Misstrauen begegnet wird. Deswegen sind die rechtsstaatlichen Grenzen zwischen islamistischem Extremismus und legaler Religionsausübung der Muslime in Bremen zu verdeutlichen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen möchte sich nach dem Abbau von Hemmschwellen auch als Gesprächspartner anbieten. Durch die Aufklärungsarbeit und den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen soll die Basis geschaffen werden, extremistische Bedrohungen zu erkennen, einzuordnen und gemeinsam gegen sie vorzugehen.

2.2. Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Rechtsextremismus

Die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten setzt voraus, dass sie in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet ist. Aus diesem Grund ist es ein besonderes Anliegen des Landesamtes für Verfassungsschutz, seine Erkenntnisse für die Aufklärung und Meinungsbildung in Staat und Gesellschaft verwendbar zu machen. So unterstützt das Landesamt als Partner des Bremer Beratungsnetzwerkes „pro aktiv gegen rechts“ die umfassende und seit Jahren bestehende Präventionsarbeit der verschiedenen Initiativen, Institutionen und Behörden im Lande Bremen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen gehört seit dem Jahr 2009 auch das Angebot, Vorträge zum Thema Rechtsextremismus aus Sicht des Verfassungsschutzes zu halten. Das Angebot richtet sich insbesondere an Schulen sowie an Vereine und sonstige Einrichtungen. In den Vorträgen werden die aktuellen Entwicklungen und neue Erscheinungsformen im Rechtsextremismus dargestellt sowie der Rechtsextremismus im Lande Bremen beleuchtet. Die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich wird für das Landesamt auch 2010 im Fokus stehen.

Einen Überblick über die Situation des Rechtsextremismus in Norddeutschland gibt die Internetseite www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de. Dort informieren die norddeutschen Verfassungsschutzbehörden über aktuelle Entwicklungen und Ereignisse in diesem Themenfeld.

Seitenzahl

- | | |
|----|--|
| 19 | 3.1. Das rechtsextremistische Weltbild |
| 20 | 3.2. Rechtsextremistische Parteien im Wahljahr 2009 |
| 20 | 3.2.1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) |
| 22 | 3.2.2. „Deutsche Volksunion“ (DVU) |
| 24 | 3.3. Neonazismus und gewaltbereiter Rechtsextremismus |
| 24 | 3.3.1. Neonazis |
| 27 | 3.3.2. Sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten |
| 29 | 3.4. Bremer Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten |

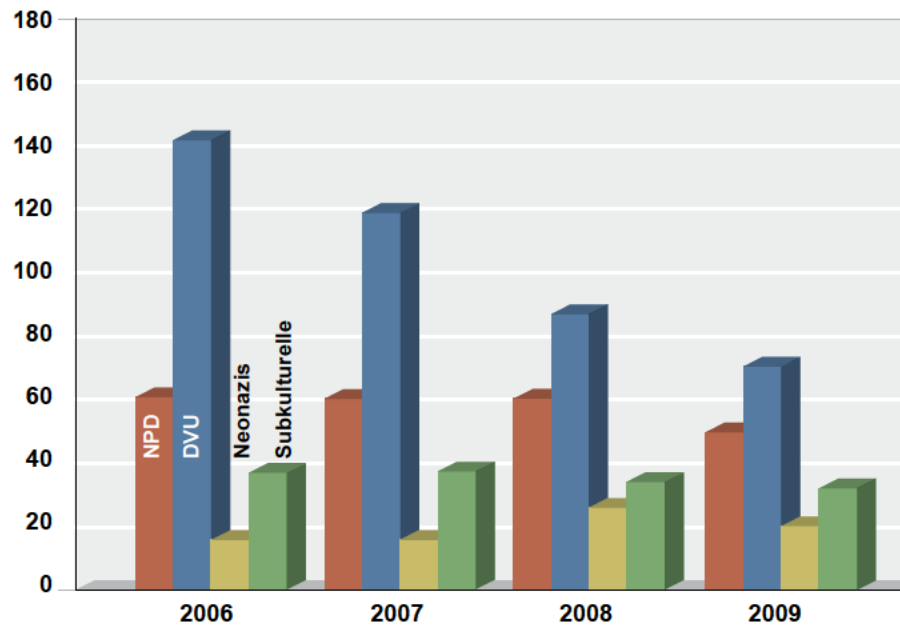


3. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus in Deutschland wurde im Jahr 2009 von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Bei den Wahlen im letzten Jahr mussten die rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU deutliche Niederlagen hinnehmen. Das zwischen ihnen bestehende Wahlbündnis wurde zudem beendet. Gemäß diesem „Deutschlandpakt“ war bei Wahlen in den vergangenen fünf Jahren immer nur eine der beiden rechtsextremistischen Parteien angetreten, entweder die NPD oder die DVU.

Wenngleich die rechtsextremistische Szene in Bremen kleiner ist als in anderen Bundesländern, gibt es auch in Bremen die unterschiedlichen Facetten und Organisationsformen des Rechtsextremismus. Es gibt Parteien, eine neonazistische Kameradschaft, Skinheads sowie rechtsextremistisch beeinflusste Hooligans. Mit ihrem rassistischen Menschenbild sowie ihrem autoritären und antipluralistischen Staatsverständnis stellen Rechtsextremisten eine Bedrohung für unseren demokratisch verfassten Rechtsstaat dar.

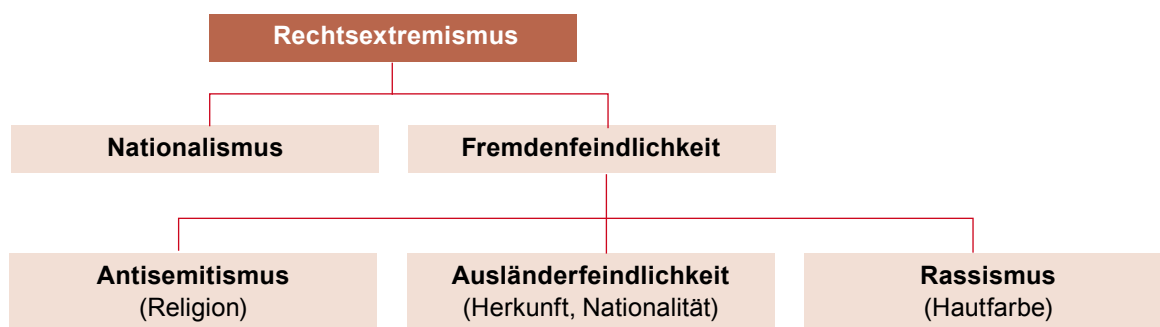
Mitgliederentwicklung im Rechtsextremismus in Bremen



3.1. Das rechtsextremistische Weltbild

Rechtsextremismus ist keine in sich geschlossene Ideologie, sondern eine Weltanschauung, die sich insbesondere gegen die fundamentale Gleichheit aller Menschen richtet (Ideologie der Ungleichheit). Trotz der leidvollen Erfahrungen Deutschlands während der NS-Zeit ist der Rechtsextremismus durch Einstellungen geprägt, die geschichtliche Tatsachen leugnen und größtenteils beitragen zur Verharmlosung, Rechtfertigung oder gar Verherrlichung nationalsozialistischer Verbrechen einschließlich des Holocausts. Auch heute noch werden in einem Teil der rechtsextremistischen Szene Symbolik und Tradition des Nationalsozialismus aufgegriffen und Gedenktage von NS-Tätern zum Anlass für Veranstaltungen genommen.

Im Mittelpunkt des rechtsextremistischen Weltbildes stehen zwei Elemente: Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.



Fremdenfeindlichkeit umschreibt eine ablehnende Haltung gegenüber allem, was als fremd und deshalb als bedrohlich oder minderwertig empfunden wird. Abgelehnt werden vor allem Ausländer, Obdachlose, Behinderte und Homosexuelle. Als Formen der Fremdenfeindlichkeit gelten Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Während Antisemitismus speziell die Feindseligkeit gegenüber Juden bezeichnet, bezieht sich Rassismus ausschließlich auf äußere Merkmale. Beim Rassismus wird aus genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung abgeleitet und zwischen „wertvollen“ und „minderwertigen“ Rassen unterschieden.

Rassismus prägt auch das zweite zentrale Element rechtsextremistischer Weltanschauung, den Nationalismus. Unter Nationalismus ist ein übersteigertes Bewusstsein vom Wert und der Bedeutung der eigenen Nation zu verstehen. Rechtsextremisten sind der Überzeugung, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation, Ethnie oder Rasse über den Wert eines Menschen entscheidet. Die eigene Nation wird dabei als höherwertig gegenüber anderen bewertet. Sie wird als ein so wichtiges, absolutes Gut angesehen, dass sowohl Interessen und Werte anderer Nationalitäten als auch die Bürger- und Menschenrechte jedes Einzelnen unterzuordnen sind. Das Ziel von Rechtsextremisten besteht darin, unsere pluralistische Gesellschaftsordnung durch die einer „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen, in der der Staat und das ethnisch homogene Volk miteinander verschmelzen. Der demokratisch verfasste Rechtsstaat soll einem nach dem Führerprinzip ausgerichteten totalitären Staat weichen, der von einer Einheitspartei beherrscht wird.

Diese Vorstellungen stehen im Widerspruch zur Wertordnung des Grundgesetzes und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Fremdenfeindlichkeit als Grundelement rechtsextremistischen Denkens ist weder mit dem Prinzip der Menschenwürde noch mit dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen vereinbar. Das autoritäre Staats- und antipluralistische Gesellschaftsverständnis widersprechen wesentlichen Demokratieprinzipien wie der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität oder dem Recht zur Bildung und Ausübung einer Opposition. Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit die Beobachtung des Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Facetten und Organisationsformen ist eine der zentralen Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz gemäß § 3 des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes.

Zentrale Merkmale des Rechtsextremismus

1. Ablehnung der universellen Gleichheit aller Menschen
2. Verachtung des demokratischen Verfassungsstaates; Bevorzugung autoritärer und totalitärer Staatsmodelle
3. Aggressiver Nationalismus (Konzept der „Volksgemeinschaft“) und Fremdenfeindlichkeit
4. Verharmlosung, Relativierung oder Leugnung der unter nationalsozialistischer Herrschaft begangenen Verbrechen (Revisionismus)

3.2. Rechtsextremistische Parteien im Wahljahr 2009

Der parlamentarische Rechtsextremismus geht geschwächt aus dem Wahljahr 2009 hervor. Die beiden rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU waren insgesamt wenig erfolgreich in ihren Bemühungen, auf parlamentarischem Wege, das heißt durch die Teilnahme an Wahlen und durch das Erlangen von politischem Einfluss, den demokratischen Verfassungsstaat zu überwinden. Insbesondere die DVU stellt nach den Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene eine bedeutungslose Splitterpartei dar.



Bei der Bundestagswahl im September 2009 verfehlten beide Parteien deutlich den Einzug in das Parlament (NPD 1,5% und DVU 0,1% der Stimmen). Da sich bereits im Vorfeld der Bundestagswahl keine der Parteien eine ernsthafte Chance auf Mandate ausrechnete, konzentrierten sie ihre Wahlkampfaktivitäten vor allem auf die Landtagswahlen im August und September 2009.

Die NPD erreichte bei der Landtagswahl in Sachsen mit 5,6% der Stimmen erstmals in ihrer Geschichte den Wiedereinzug in einen Landtag. Damit ist die NPD, die auch im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Fraktion stellt, weiterhin in zwei Landtagen vertreten. In Thüringen verfehlte die NPD dagegen mit 4,3% der Stimmen die 5%-Hürde, noch wesentlich deutlicher blieb sie in Brandenburg (2,5%), Schleswig-Holstein (0,9%) und im Saarland (1,4%) darunter.

Die DVU kandidierte außer zur Bundestagswahl im September lediglich zur Europawahl im Juni, bei der sie 0,4% der Stimmen erzielte, sowie zur Landtagswahl in Brandenburg. Dort verfehlte die Partei mit lediglich 1,2% der Stimmen deutlich den Wiedereinzug ins Parlament, in dem sie seit 1999 eine eigene Fraktion gestellt hatte. Seitdem ist die DVU somit in keinem Landtag mehr vertreten.

Ende des „Deutschlandpaktes“

Das Scheitern der DVU in Brandenburg ist unter anderem auf den Bruch des Wahlbündnisses zwischen NPD und DVU zurückzuführen. Der 2005 zwischen NPD und DVU geschlossene „Deutschlandpakt“ sah vor, bei Wahlen bis Ende 2009 nicht gegeneinander anzutreten. Angesichts des schlechten Abschneidens der DVU bei der Europawahl hielt die NPD die Vereinbarung für überholt und kündigte sie im Juni 2009 auf. Trotz der Konkurrenz um die Wählerstimmen im rechten Lager rechnete sich die NPD alleine größere Wahlerfolge als im Bündnis mit der DVU aus. Der Ausgang der Bundestags- und Landtagswahl in Brandenburg, bei denen NPD und DVU erstmals wieder gegeneinander angetreten waren, gab ihr schließlich recht. DVU-Chef Faust fasste das Verhalten der NPD als „Vertrags- und Vertrauensbruch“ auf.

3.2.1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Mitglieder: ca. 6.800 in Deutschland
ca. 50 in Bremen

Der NPD, die sich im Hinblick auf das gescheiterte Wahlbündnis als einzig verbliebene „politische Kraft rechts der Mitte“ im Wahlkampf zu positionieren versuchte, gelang es im Wahljahr 2009 lediglich in geringem Maße, Wähler und Mitglieder von sich zu überzeugen.

Mitgliederrückgang bei NPD

Nachdem die NPD in früheren Jahren einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs erfahren hatte, verlor sie seit 2007 wieder Mitglieder. 2008 verfügte die Partei noch über 7.000 Mitglieder, während ihr Ende 2009 bundesweit nur noch 6.800 Personen angehörten.

Die NPD ist seit 2007 die stärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Sie überflügelte die DVU, die bis dahin die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei war. In Bremen verhält es sich anders; hier ist die DVU wesentlich stärker als die NPD. Mittlerweile deutet sich aufgrund der erodierenden Mitgliederzahlen der DVU in Bremen und Bremerhaven jedoch auch hier eine entsprechende Entwicklung an. Der Bremer NPD-Landesverband zählte 2009 rund 50 Mitglieder, 2008 gehörten ihm noch 60 Personen an.

Politische Themenschwerpunkte: Wahlkampf motto „Arbeit. Heimat. Familie.“

Die NPD bedient die typischen Themenfelder des Rechtsextremismus, wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und Revisionismus. Vor diesem Hintergrund greift sie derzeit vor allem soziale und gesellschaftspolitische Probleme auf und stellt diese in den Mittelpunkt ihrer Argumentation und Agitation. Die Sorge um den „Ausverkauf deutscher Lebens- und Zukunftsinteressen“ stand in Anbetracht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise im Mittelpunkt der Wahlwerbungen. Mit dem Wahlkampf motto „Arbeit. Heimat. Familie.“ bemühte sich die Partei um das Image einer „Heimatpartei“. So warb sie beispielsweise in einem Werbefilm mit dem eingängigen Slogan „Vaterland, Muttersprache und Kinderglück“. Die Heimatverbundenheit der NPD geht regelmäßig mit Ausländerfeindlichkeit und teilweise offenem Rassismus einher und verhüllt ihr Ziel, den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat durch eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielt die NPD vor allem durch gezielte, provokative Aktionen und Äußerungen. So initiierte der Berliner NPD-Landesvorsitzende eine „Ausländerrückführungsaktion“ und der brandenburgische NPD-Landesvorsitzende verunglimpfte einen Fußball-Nationalspieler mit Migrationshintergrund als „Plaste- und Ausweis-Deutschen“.

Innerparteiliche Machtkämpfe

Im Jahr 2009 war die Partei stark mit sich selbst beschäftigt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach der strategischen Ausrichtung der Partei. Ihren Höhepunkt fanden die innerparteilichen Auseinandersetzungen beim außerordentlichen NPD-Bundesparteitag Anfang April 2009 mit dem Versuch, den NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt zu stürzen. Innerhalb der NPD stehen sich zwei Flügel gegenüber: Während die Befürworter des „deutschen Wegs“ um Voigt durch ein offen neonazistisches Auftreten Wähler gewinnen wollen und eine enge Zusammenarbeit mit den neonazistischen „Freien Kräften“ befürworten, halten die Befürworter des „sächsischen Wegs“ um den sächsischen NPD-Partei- und Fraktionschef Holger Apfel ein gemäßigtes Auftreten im Wettbewerb um die Wählergunst für geeigneter. Mit dem Tod des führenden Neonazis Jürgen Rieger, der ein wichtiger Repräsentant des neonazistischen Flügels im NPD-Bundesvorstand war, verlor NPD-Chef Voigt einen wichtigen Fürsprecher und Geldgeber.

Die Finanzlage der NPD war 2009 angespannt. Auch Ende des Jahres waren für einen fehlerhaften Rechenschaftsbericht noch immer Sanktionszahlungen an die Bundestagsverwaltung in Höhe von 1,27 Millionen Euro zu leisten. Allerdings profitiert die Partei durch die Teilnahme an Wahlen von der partiellen Wahlkampfkostenerstattung und außerdem kommt ihr mittelbar die staatliche Unterstützung der Fraktionen in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zugute.

NPD bei Bundestagswahl 2009 in Bremen

Bei der Bundestagswahl erzielte die NPD im Land Bremen 1,1% der Stimmen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 verlor die NPD 0,4% und büßte in beiden Wahlkreisen des Landes Bremen deutlich an Stimmen ein, insbesondere in Bremen-Nord und Bremerhaven, dort kam sie auf 1,3% der Stimmen (2005: 1,9%). In Bremen-Stadt erreichte die NPD 0,8% der Stimmen (2005: 1,0%).



Die Stimmenverluste der Bremer NPD bei der Bundestagswahl 2009 hängen einerseits damit zusammen, dass die traditionelle Verankerung der DVU in Bremerhaven noch nachwirkt. Andererseits lag das schlechte Abschneiden der NPD in Bremen auch an ihrem insgesamt schwachen Wahlkampf. Die Wahlkampfaktivitäten, die sich auf das Plakatieren in einzelnen Stadtteilen und wenige Informationsstände beschränkten, wurden in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Der schwache Wahlkampf lässt sich wiederum auf personelle und strukturelle Schwächen des Landesverbandes zurückführen. Im Verlaufe des Jahres 2008 waren mehrere NPD-Funktionäre von ihren Führungspositionen im Kreisverband Bremen-Stadt sowie im Kreisverband Bremerhaven zurückgetreten. Diese Positionen blieben auch im Jahr 2009 unbesetzt. Zudem findet seit der Auflösung der „NPD-Jugendgruppe im Kreisverband Bremen“ im Jahr 2008 keine Jugendarbeit mehr im Bremer NPD-Landesverband statt.

Aktivitäten der Bremer NPD

Die Aktivitäten der Bremer NPD wurden überwiegend vom Bundestagswahlkampf bestimmt. In Bremen und Bremerhaven veranstaltete die Partei mehrere Informationsstände, die teilweise auf massive Proteste von Personen aus dem demokratischen sowie dem linksextremistischen Lager stießen. So baute die NPD einen Informationsstand in Bremen-Huchting Ende August 2009 vorzeitig ab, als sich eine Menschenkette um den Stand bildete. Am Rande einer weiteren Wahlveranstaltung wurden zwei junge NPD-Wahlhelfer von mehreren Personen aus der „linken Szene“ mit Schlagwerkzeugen angegriffen und verletzt.

Neben diesen Informationsständen richtete die NPD 2009 keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen aus. Vielmehr nahmen einzelne NPD-Mitglieder an größeren NPD-Veranstaltungen und Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet teil. Unter anderem beteiligten sich Bremer NPD-Mitglieder an der NPD-Demonstration „Sturmfest und erdverwachsen“ am 12. September 2009 in Hannover und an der Gedenkveranstaltung für den verstorbenen Neonazi und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Rieger am 14. November 2009 in Wunsiedel.

3.2.2. „Deutsche Volkunion“ (DVU)



Mitglieder: ca. 4.500 in Deutschland
ca. 70 in Bremen

Anfang des Jahres schien die DVU vor einem Neubeginn zu stehen. Nach mehr als zwei Jahrzehnten vollzog sich ein Führungswechsel an der DVU-Spitze. Der Parteigründer Dr. Gerhard Frey, der die DVU seit 1987 geführt hatte, trat Anfang Januar 2009 zurück und überließ den Bundesvorsitz dem Hamburger Landesvorsitzenden Matthias Faust.

Der ehemalige Bundesvorsitzende Frey hat sich inzwischen vollkommen auf seine Position als Verleger der rechtsextremistischen „National-Zeitung“ zurückgezogen. Diese war zwar nie offiziell Parteizeitung, diente aber gleichwohl der DVU jahrzehntelang als Sprachrohr. Mit dem Rückzug Freys verlor die Partei ihr wichtigstes Medienorgan und – noch entscheidender – ihren einflussreichsten Geldgeber. Zuvor hatte Frey die DVU durch seine Spenden maßgeblich finanziert.

DVU scheitert am Neubeginn

Der Führungswechsel an der Parteispitze erzeugte zu Beginn des Jahres 2009 zunächst eine Aufbruchstimmung innerhalb der DVU, die jedoch nicht von Dauer war. Kurz nach seinem Amtsantritt hatte der Bundesvorsitzende Faust eine neue Ausrichtung und vor allem eine Reform der Parteistrukturen angekündigt. Vor dem Hintergrund der autoritären Führung des ehemaligen Bundesvorsitzenden Frey kannte die DVU weder innerparteilichen Pluralismus noch funktionierende Parteistrukturen oder

eine aktive, selbständig agierende Parteibasis. Lange Zeit standen Parteifunktionäre in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zum früheren DVU-Chef und alle parteipolitischen Aktivitäten hingen von seiner Zustimmung sowie finanziellen Unterstützung ab. Neben Frey konnte sich somit kein Führungspersonal etablieren, das in der Lage gewesen wäre, die DVU in einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Bis auf die Gründung des DVU-Jugendverbandes „Junge Rechte“ Mitte 2009 blieben deshalb auch umfassende strukturelle Veränderungen aus. Faust sorgte mit einem neuen Internetauftritt und der Namensänderung „DVU - Die neue Rechte“ lediglich für ein leicht verändertes Erscheinungsbild der Partei, scheiterte aber daran, verstärkt neue Wähler zu gewinnen. Nach den deutlichen Wahlniederlagen, die die DVU zu einer bedeutungslosen Splitterpartei minimierten und ihren desolaten Gesamtzustand offenbarten, ging es Ende des Jahres 2009 nicht länger um die Frage einer neuen Ausrichtung, sondern vielmehr um die Frage ihrer Zukunftsfähigkeit.

DVU verliert weiterhin Mitglieder

Seit Jahren hat die Partei einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. 2007 büßte die DVU bereits ihre Position als stärkste deutsche rechtsextremistische Partei ein. Der Mitgliederschwund beschleunigte sich 2009. Die Partei verlor rund ein Viertel ihrer Mitglieder auf ca. 4.500 Personen, während sie ein Jahr zuvor noch aus 6.000 Personen bestand.

Die stark rückläufige Mitgliederzahl der DVU auf Bundesebene spiegelt sich auch auf Landesebene wider. Die Mitgliederzahl des Bremer DVU-Landesverbandes ging binnen Jahresfrist von ca. 85 auf etwa 70 Personen 2009 zurück. Entscheidender als die Mitgliederstärke einer Partei sind allerdings die von ihr ausgehenden Aktivitäten. Im Vergleich zur DVU ist die NPD sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die aktivere Partei.

Wahlpartei DVU

Die DVU verdankte ihre Wahlerfolge in den letzten Jahren den von Frey finanzierten Wahlkämpfen. Als klassische Wahlpartei verfolgt sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele ausschließlich über die Teilnahme an Wahlen und entfaltet zwischen den Wahlterminen kaum öffentlichkeitswirksame Parteiaktivitäten. Da Frey aber seine Geldzuwendungen Anfang 2009 eingestellt hatte, war es weder auf Bundesebene noch in Bremen möglich, einen öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf zu führen. Ein solcher ist aber für eine reine Wahlpartei wie die DVU existenziell, weil sie über eine wesentlich geringere Stammwählerschaft verfügt als eher themenorientierte Parteien.

Politische Themenschwerpunkte: Wahlkampfmotto „Deutsch wählen“

Die DVU greift ähnlich wie die NPD typisch rechtsextremistische Themenfelder wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Revisionismus auf. Unter dem Wahlkampfmotto „Deutsch wählen“ geht die Kritik an der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit einer latenten Fremdenfeindlichkeit einher. Wahlwerbung betrieb die DVU 2009 ausschließlich über ihre Internetseite, auf der u.a. kurze Wahlspots eingestellt wurden.



DVU in prekärer Finanzlage

Nachdem die Partei in keinem Landtag mehr vertreten ist und aufgrund des geringen Wählerzuspruchs auch keinen Anspruch auf die staatliche Wahlkampfkostenerstattung hatte, verschlechterte sich die finanzielle Situation der DVU erheblich. Außerdem ist zurzeit kein neuer Geldgeber in Sicht, der in finanzieller Hinsicht den ehemaligen Bundesvorsitzenden Frey ersetzen könnte.

DVU bei Bundestagswahl in Bremen

Bei der Bundestagswahl erzielte die DVU im Land Bremen 0,3% der Stimmen, darunter im Wahlkreis Bremen-Stadt einen Stimmenanteil von 0,2%. Auch in ihrer früheren Hochburg Bremerhaven konnte sie das Ergebnis kaum günstiger gestalten. Sie erreichte im Wahlkreis Bremerhaven und Bremen-Nord 0,4% der abgegebenen Stimmen.

Das Ergebnis war für die DVU besonders ernüchternd, weil Bremen aus wahlkampf-taktischer Sicht für sie von großer Bedeutung ist. Von Beginn an führte die DVU ihre aufwendigen und kostenintensiven Wahlkämpfe vor allem in Bundesländern mit einer kleinen Bevölkerungszahl. Mit dieser Strategie gelang es ihr in den letzten Jahren mehrfach, in Landtage einzuziehen, so z.B. in Bremen und Brandenburg. In Bremen war die Partei bereits mehrmals in der Bremischen Bürgerschaft vertreten, zuletzt von 1999 bis 2007 mit einem Abgeordneten. Der Einzug in die Bremische Bürgerschaft ist zudem durch eine Besonderheit im Bremischen Wahlrecht erleichtert, wonach jede Partei ein Mandat erhält, die in einem der beiden Wahlbereiche (Stadtgemeinde Bremen oder Bremerhaven) die 5%-Hürde überwindet. Vor diesem Hintergrund ist der kleine Bremer DVU-Landesverband innerhalb der Bundespartei von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das zeigt sich ebenfalls daran, dass der Bremer Landesvorsitzende Hans-Otto Weidenbach parallel stellvertretender Bundesvorsitzender und die Bremer DVU darüber hinaus gleich mit zwei Beisitzern im Bundesvorstand vertreten ist.

3.3. Neonazismus und gewaltbereiter Rechtsextremismus

Zum außerparlamentarischen, aktionsorientierten Bereich zählen die in Kameradschaften organisierten Neonazis und die subkulturell geprägten rechtsextremistischen Skinhead- und Hooligan-Szenen.

3.3.1. Neonazis

Personenpotenzial: ca. 5.000 in Deutschland
ca. 20 in Bremen



NPD-Demonstration 2009

Die Neonazi-Szene in Deutschland besteht zum größten Teil aus lose strukturierten Kameradschaften, die sich häufig als „Freie Kräfte“ oder „Freie Nationalisten“ bezeichnen. Die gesamte Neonazi-Szene umfasste im Jahr 2009 etwa 5.000 Personen, davon in Bremen ungefähr 20 Personen. Auch in Bremen gibt es eine aktive Kameradschaft, die „Freien Nationalisten Bremen“. Die „Kameradschaft Bremen“ tritt nach internen Querelen und dem Rückzug ihrer Führungspersonen seit 2008 nicht mehr in Erscheinung.

Neonazistische Kameradschaften

Die Kameradschaften bildeten sich in den 90er-Jahren als Reaktion auf die zahlreichen Verbote neonazistischer Vereine heraus und stellen eine alternative Organisationsform zu Vereinen dar. Die damals zersplitterte neonazistische Szene organisierte sich unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen neu, um ihre Aktionsfähigkeit wieder zu erhöhen („Organisierung ohne Organisation“). Heute existieren im gesamten Bundesgebiet rund 160 Kameradschaften, die durch Koordinierungsstellen, sog. Aktionsbüros, miteinander vernetzt sind. Für die Koordinierung der Aktivitäten der Kameradschaft „Freie Nationalisten Bremen“ war in den letzten Jahren das „Aktionsbüro Norddeutschland“ von Bedeutung.

Neonazis bekennen sich zur NS-Ideologie

In ihren Aktionsformen sowie in ihrer Symbolik beziehen sich Neonazis auf die Traditionen des Nationalsozialismus, z.B. auf die SS-Verbände. Außerdem greifen sie die typischen rechtsextremistischen Themenfelder auf: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Ihr Ziel besteht darin, die staatliche Ordnung Deutschlands – die sie nur als „das System“ bezeichnen – durch einen totalitären Führerstaat nationalsozialistischer Prägung mit einer ethnisch homogenen Bevölkerungsstruktur zu ersetzen.

Kooperation zwischen Neonazis und NPD

Neonazis arbeiten heute vielerorts eng mit der NPD und rechtsextremistischen Skinheads zusammen. Maßgeblich dazu beigetragen hat die 2004 verkündete „Volksfront von rechts“. Das Konzept beschreibt den Versuch, alle „nationalen Kräfte“ unter Führung der NPD zu bündeln. Damals waren nicht nur führende Neonazis in die Partei eingetreten, sondern nach kurzer Zeit auch in den NPD-Bundesvorstand aufgestiegen. Zu diesen führenden Neonazis gehörte auch der Hamburger Thomas Wulff, der Anfang des Jahres 2009 das „Ende der Volksfront“ verkündete, weil die NPD-Führung seiner Meinung nach „den Willen und die Einsatzkraft der ‚Freien Nationalisten‘ schmächtig verraten“ habe. Wulffs Erklärung zum Ende der „Volksfront“ blieb jedoch bundesweit weitgehend wirkungslos. Nach wie vor besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen NPD, Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads.

„Volksfront“ besteht in Bremen fort

Auf die rechtsextremistische Szene in Bremen hatte die Verkündung vom „Ende der Volksfront“ keinen Einfluss. Die enge Zusammenarbeit zwischen NPD, Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads wurde auch im Jahr 2009 fortgesetzt.

Nachdem das „Volksfront-Konzept“ in Bremen zunächst auf Skepsis gestoßen war, wurde es mit einer gewissen Zeitverzögerung 2006 schließlich umgesetzt. Die Bremer NPD öffnete sich für Angehörige der Neonazi- und Skinhead-Szene, die in den folgenden Monaten zahlreich in die Partei eintraten und sogar Führungsfunktionen auf Kreis- und Landesebene übernahmen. Heute weist die rechtsextremistische Szene in Bremen eine Vielzahl von „Doppelmitgliedschaften“ auf. Ungewöhnlich ist beispielsweise nicht, dass ein Neonazi auch NPD-Mitglied ist. Die enge Verzahnung zwischen NPD und der Neonazi-Szene in Bremen wurde 2009 bei einer überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltung abermals deutlich, bei der sich die anwesenden Bremer Rechtsextremisten gemeinsam hinter einem Plakat versammelten, das mit „Vereinte Nationalisten aus Bremen“ beschriftet war.

„Freie Nationalisten Bremen“

Der im Juni 2008 gegründeten neonazistischen Kameradschaft „Freie Nationalisten Bremen“ gehören zurzeit ca. 15 Personen an. Die Kameradschaft versteht sich als „revolutionäre Bewegung“, die sich zusammengeschlossen hat, um „nationale und sozialistische Strukturen und Ideen in Bremen bekannt zu machen“. Ihr erklärtes Ziel ist die „nationale Revolution“. Ihre Motivation ist eindeutig rechtsextremistisch: „Dieses System ist unheilbar krank, es gleicht einer Pest, die ausgerottet werden muss, wenn wir Deutschen eine gesunde Zukunft haben wollen.“

Aktivitäten in Bremen

Die politische Arbeit von Neonazis ist in hohem Maße aktionsorientiert. In der Öffentlichkeit fallen sie durch Demonstrationen und Veranstaltungen auf. Diese nutzen ihnen einerseits, weil sie den Zusammenhalt ihrer politischen Gemeinschaft stärken, andererseits, weil sie so in der Öffentlichkeit für ihre politischen Ziele werben können. So sehen sich auch die „Freien Nationalisten Bremen“ selbst als „die einzige nationale Kraft“ in Bremen, die ihre Ideen mit einem sinnvollen und organisierten Aktivismus vertreten kann. Im Widerspruch hierzu stehen jedoch die tatsächlichen politischen Aktivitäten der „Freien Nationalisten“, die im Jahr 2009 kaum feststellbar waren.

Neonazis

Die Begriffe ‚Neonazi‘ und ‚Rechtsextremist‘ werden fälschlicherweise häufig synonym verwendet. Neonazismus ist ein Teilbereich des Rechts-Extremismus, der dadurch gekennzeichnet ist, dass er in der Tradition des Nationalsozialismus steht. Neonazis unterscheiden sich von subkulturell geprägten Gruppierungen vor allem durch ihre zielgerichteten politischen Aktivitäten.



Werbung der „Freien Nationalisten Bremen“ (FN)

Die Kameradschaft unterstützte vor allem die NPD in ihrem Bundestagswahlkampf und nahm an mehreren rechtsextremistischen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet teil, zum Beispiel:

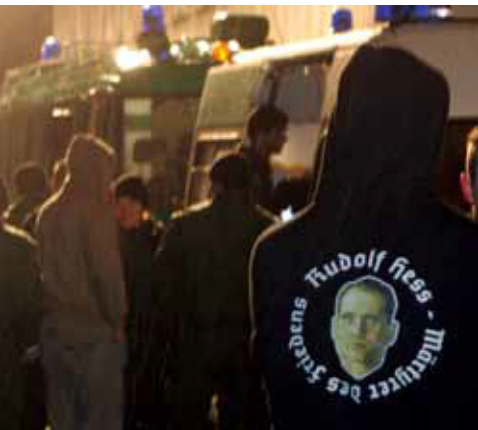
■ NPD-Demonstrationen

Kameradschaftsangehörige beteiligten sich an der vom 1. Mai auf den 12. September 2009 verschobenen NPD-Demonstration „Sturmfest und erdverwachsen“ in Hannover. Auch an dem von Neonazis unter dem Motto „Gefangen, gefoltert, gemordet – damals wie heute: Besatzer raus!“ organisierten Trauermarsch in Bad Nenndorf am 1. August 2009 sowie dem „Antikriegstag“ in Dortmund am 5. September 2009 nahmen Angehörige der „Freien Nationalisten“ aus Bremen teil.

■ „Flashmob-Aktion“ zum 22. Todestag von Rudolf Heß

Für Neonazis ist der Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß von großer Bedeutung. Sie zweifeln an seinem Selbstmord und behaupten, dass Heß am 17. August 1987 nach 46-jähriger Haft vom britischen Geheimdienst ermordet worden ist. In rechtsextremistischen Kreisen wird Heß als Märtyrer verehrt.

Wie in den Vorjahren scheiterte auch 2009 der Versuch der rechtsextremistischen Szene, eine zentrale Gedenkveranstaltung in Wunsiedel oder größere Ersatzveranstaltungen abzuhalten. Daher wurde im Internet für den 17. August 2009 zu einer bundesweiten dezentralen „Flashmob-Aktion“ aufgerufen. „Flashmob“ bezeichnet einen Blitzauflauf von Personen auf einem öffentlichen Platz, der für Außenstehende spontan wirkt, aber in Wirklichkeit zumeist über das Internet geplant und organisiert ist. In Bremen war ein solcher „Flashmob“ in unmittelbarer Nähe zu einem Treffpunkt von autonomen Linksextremisten geplant, jedoch wurde die Aktion letztendlich nicht umgesetzt.



Vernetzung ins Bremer Umland

Die Neonazi-Szenen in Bremen und dem niedersächsischen Umland sind einander eng verbunden. In der Vergangenheit beteiligten sich Neonazis aus Bremen vielfach an Aktionen der zeitweise sehr agilen rechtsextremistischen Szene in Rotenburg, Verden oder auf dem „Heisenhof“, einer Immobilie des 2009 verstorbenen Hamburger Rechtsextremisten Jürgen Rieger. In der letzten Zeit haben sich die Schwerpunkte des Rechtsextremismus im bremischen Umland verlagert. Bremer Rechtsextremisten arbeiteten zunehmend enger mit den „Jungen Nationaldemokraten“ aus Delmenhorst und der „Aktionsgruppe Delmenhorst“ zusammen. Zu konkreten Aktivitäten schließen sich die Bremer Neonazis mit den Gleichgesinnten aus Niedersachsen zusammen. So wurden 2009 in Bremen auch gemeinsame Schulungs- und Informationstreffen veranstaltet. Neben der gegenseitigen Teilnahme und Unterstützung bei Veranstaltungen reisen sie gemeinsam zu überregionalen Aktionen. Eine übergreifende niedersächsisch-bremische Gesamtplanung der Aktivitäten existiert bisher jedoch nicht.

Exkurs: „Autonome Nationalisten“ (AN)

Bei den „Autonomen Nationalisten“ (AN) handelt es sich um eine spezielle Ausprägung der Neonazi-Szene, die etwa 10% dieser Szene ausmacht. Seit 2003 treten sie insbesondere in Großstädten und Ballungszentren wie dem Ruhrgebiet in Erscheinung. In Bremen existieren bislang keine festen Strukturen der AN.

In ihrem Erscheinungsbild widersprechen die AN derart dem klassischen Bild eines Neonazis, dass in der Presse zunächst von „Verkleidung“ und „Maskierung“ die Rede war. Sie übernehmen die Bekleidungsstile anderer Jugendkulturen, wie z.B. aus dem Hip-Hop, und tragen schwarze Kleidung, Kapuzenpullover, Baseball-Mützen. Darüber hinaus übernehmen sie auch die Agitationsformen der Linksextremisten, deren Parolen und die Bildung von „Schwarzen Blöcken“. Auf Demonstrationen sind sie äußerlich somit kaum noch von ihnen zu unterscheiden.

Die AN fallen vor allem durch ihre hohe Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei und ihren politischen Gegnern auf. Nachrangig sind für sie theoretisch-ideologische Positionen, sie bedienen sich lediglich einzelner Elemente der rechtsextremistischen Weltanschauung, wie z.B. der Fremdenfeindlichkeit.

Ihrer Gewaltbereitschaft wegen sind sie in der Neonazi-Szene umstritten. Der Großteil der neonazistischen Szene verzichtet aus taktischen Gründen auf Gewalt, um die Auflösung von Veranstaltungen und Verbote von Organisationen zu vermeiden.

3.3.2. Sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Personenpotenzial: ca. 9.000 in Deutschland
ca. 30 in Bremen

Die subkulturell geprägte Szene, zu der insbesondere rechtsextremistische Skinheads und rechtsextremistisch beeinflusste Hooligans zählen, umfasste 2009 bundesweit 9.000, davon in Bremen etwa 30 Personen. Mit subkultureller Szene sind Cliques gemeint, die weder fest strukturiert noch hierarchisch organisiert sind, sondern vor allem über die persönlichen Beziehungen der Cliquenmitglieder zusammengehalten werden. Eigenständige, öffentlichkeitswirksame Aktionen gingen von der subkulturellen Bremer Szene ebenso wenig wie im Vorjahr aus. Vielmehr beteiligten sich ihre Vertreter an Aktionen der Bremer NPD und der „Freien Nationalisten Bremen“.

Ein Treffpunkt der subkulturell geprägten Rechtsextremisten in Bremen ist das Geschäft „Sportsfreund“ in der Bremer Innenstadt. Inhaber des Geschäfts ist ein bekannter Bremer Hooligan mit Verbindungen in die rechtsextremistische Szene.



Rechtsextremistische Skinheads

Rechtsextremistische Skinheads zeichnen sich vor allem durch ihren subkulturell geprägten Lebensstil und ihre Gewaltbereitschaft aus. Für sie steht die Freizeitgestaltung im Vordergrund, häufig z.B. ausgiebige Trinkgelage; politische Arbeit ist für sie hingegen nachrangig. Sie verfügen über kein gefestigtes, sondern ein diffuses rechtsextremistisches Weltbild, in dem Fremdenfeindlichkeit und Rassismus die zentralen Elemente bilden.

Insbesondere das Erscheinungsbild der Skinheads hat sich drastisch verändert: Während sie vor einigen Jahren noch an ihrer Glatze, ihren Springerstiefeln und Bomberjacken leicht erkennbar waren, fallen sie heute mit ihrem modischen Äußeren, „Piercings“ und Turnschuhen in der Öffentlichkeit kaum auf. Als Erkennungszeichen dienen bestimmte szenetypische Kleidungsmarken, die oftmals nur noch von „Eingeweihten“ als solche zu erkennen sind. Somit ist das entscheidende Identifikationsmerkmal nicht länger die äußere Erscheinung, sondern vor allem die Musik. Sie sorgt für den nötigen Zusammenhalt einer Szene, die kaum feste oder organisierte Strukturen kennt.

Bremer Skinhead-Bands

Die rechtsextremistische Szene Bremens ist insbesondere durch ihre Skinhead-Bands deutschlandweit bekannt. Die rechtsextremistische Musik hat ihren Ursprung in der Skinhead-Bewegung der 60/70er-Jahre und entwickelte sich seit Mitte der 80er-Jahre auch in Deutschland. Entscheidend ist ihre „Klammerfunktion“, die nicht nur die Skinhead-Szene zusammenhält, sondern gleichzeitig auch das verbindende Element der gesamten rechtsextremistischen Szene ist. Auftritte von rechtsextremistischen Musikgruppen und sog. Liedermachern bei Veranstaltungen der NPD gehören zur Normalität.

Skinheads

Skinhead ist eine Sammelbezeichnung für eine sehr heterogene, jugendlich dominierte Subkultur. Die Skinhead-Bewegung besteht aus vielen verschiedenen Gruppierungen, wobei rechtsextremistische Skinheads lediglich einen kleinen Teil der Bewegung ausmachen. Zum Beispiel gibt es auch antirassistische Skinheads, die „SHARP“ (SkinHeads Against Racial Prejudice). Der Begriff Skinhead wird fälschlicherweise häufig synonym zu Neonazi gebraucht.



Bremer Band „Endstufe“ bei Konzert in Brasilien 2009

Die Skinhead-Musik ist besonders für Jugendliche attraktiv. Oftmals erfolgt ihr Einstieg in die Skinhead-Szene oder bei den „Autonomen Nationalisten“ über die Musik, durch die die typischen rechtsextremistischen Feindbilder leicht vermittelt werden können. Konzerte haben dabei zwei wichtige Funktionen, zum einen dienen sie als Treffpunkte und zum anderen stärken sie das Zusammengehörigkeitsgefühl, vor allem weil sie in der Regel konspirativ organisiert werden. Die meisten rechtsextremistischen Konzerte finden in Ostdeutschland statt.

Wenngleich in Bremen selbst in den letzten Jahren keine Skinhead-Konzerte stattfanden, waren die Bremer Skinhead-Bands überaus aktiv und traten bei rechtsextremistischen Konzerten in Deutschland sowie im Ausland auf. Im Jahr 2009 produzierten gleich drei der vier Bremer Skinhead-Bands neue CDs.

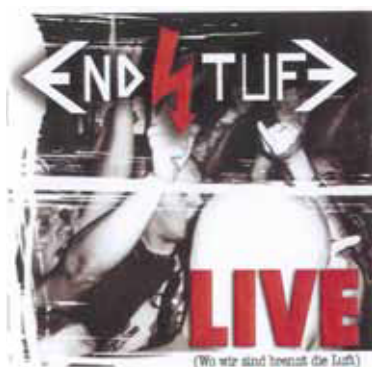


■ Die von der Gruppe „Hetzjagd“ bereits 2008 veröffentlichte CD „Revolution“ wurde 2009 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. In ihren Texten kommt die Feindseligkeit gegenüber unserem Rechtsstaat und der Demokratie deutlich zum Ausdruck:

„Ich hasse Demokraten und den roten Staat/ [...] und alles, weil sie die Finger nicht von Deutschland lassen.“

■ Die Gruppe „Endlöser“ veröffentlichte 2009 ihre neue CD „E. vs. Antifa“.

■ Die Gruppe „Endstufe“ ist die älteste Bremer Skinhead-Band. Sie tritt seit 1981 in wechselnden Formationen auf. Unter dem Motto „Endstufe-Live. Wo wir sind brennt die Luft 2009“ veröffentlichte die Band ihre neue CD. Ihre Konzerte finden über Deutschland hinaus große Beachtung in der rechtsextremistischen Musikszene, so trat die Gruppe 2009 bei Konzerten in Belgien und sogar Brasilien auf.



■ Die 2008 gegründete Gruppe „Strafmass“ veröffentlichte 2009 ihre erste CD „Wir rechnen ab ...“, die sogleich von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurde. „Strafmass“ sieht sich in der Tradition der verbotenen britischen Neonazi-Gruppe „Combat 18“, die vor allem wegen ihrer militanten Ausrichtung einen Vorbildcharakter für viele Neonazis hat. Die Lieder von „Strafmass“ verdeutlichen ihre hasserfüllte Einstellung gegenüber Ausländern, politisch Andersdenkenden sowie dem demokratischen Rechtsstaat:

„ Wir überschreiten ihre Gesetze, / sie sind uns scheißegal, ich weiß nicht wie oft ich sie verletze/ [...] Im Kampf um unsere Nation ist uns jedes Mittel recht. [...] Wir agieren aus dem Untergrund, die extreme Richtung ist Gesetz. [...] Militantes Vorgehen, ja das ist unsere Art, / wir kämpfen gegen das System und gegen Volksverrat.“

Hooligans

Hooligans sind fanatische, gewaltbereite Fans eines Vereins, die im Rahmen von Sportereignissen durch ihre Gewalttätigkeiten auffallen. Sie verabreden sich gezielt zu Kämpfen mit Hooligans anderer Vereine und betrachten dies als ihren Sport („3. Halbzeit“).

„Hooligan“ ist ein Kunstbegriff aus dem Englischen und wird sinngemäß mit „Straßenrowdy“, „Halbstarker“ oder „Rabauke“ übersetzt.

Durch die häufig wechselnden Besetzungen der Bands entsteht der Eindruck, als ob es sich um einen großen Personenkreis handeln würde. Tatsächlich sind in Bremen ca. 10 Personen beteiligt, die sich teilweise auch zu konkreten Musikprojekten zusammenfinden.

Rechtsextremistisch beeinflusste Hooligans

Die Hooligan-Szene ist [REDACTED] über Bremen hinaus bekannt, [REDACTED] durch ihre drei Hooligan-Gruppierungen „Standarte Bremen“, „City Warriors“ und „Nordsturm Brema“. Diese Gruppierungen gelten als rechtsextremistisch beeinflusst, das heißt, dass einzelne ihrer Mitglieder überzeugte Rechtsextremisten sind.

In der Regel sind Hooligans unpolitisch, lediglich ein kleiner Teil ist fremdenfeindlich motiviert. Seit den 80er-Jahren versuchen Rechtsextremisten sowohl Hooligans gezielt abzuwerben und sie für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren als auch die Hooligan-Szene zu unterwandern.

In Bremen bestehen enge Verbindungen zwischen der Hooligan- und der Neonazi-Szene. Verbindungsglied zwischen der Hooligan-Szene und den „Freien Nationalisten Bremen“ ist ein bekannter, überregional agierender Neonazi, der außerdem für den NPD-Verlag „Deutsche Stimme“ arbeitet. Diese enge Verflechtung führte in der Vergangenheit dazu, dass Mitglieder der „Standarte Bremen“ sowie „Nordsturm Brema“ wiederholt an rechtsextremistischen Veranstaltungen teilnahmen.

3.4. Bremer Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus (siehe Kapitel 2.2.) gehört auch die Unterstützung der Personen, die aus der Szene auszusteigen bestrebt sind. So verfügt das Land Bremen seit einigen Jahren über ein Aussteigerprogramm, dessen Ziel es ist, „nicht nur einen Einstieg in die rechtsextremistische Szene bestmöglich zu verhindern, sondern auch zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene zu veranlassen“ (Senatsbeschluss vom 24. August 2004).

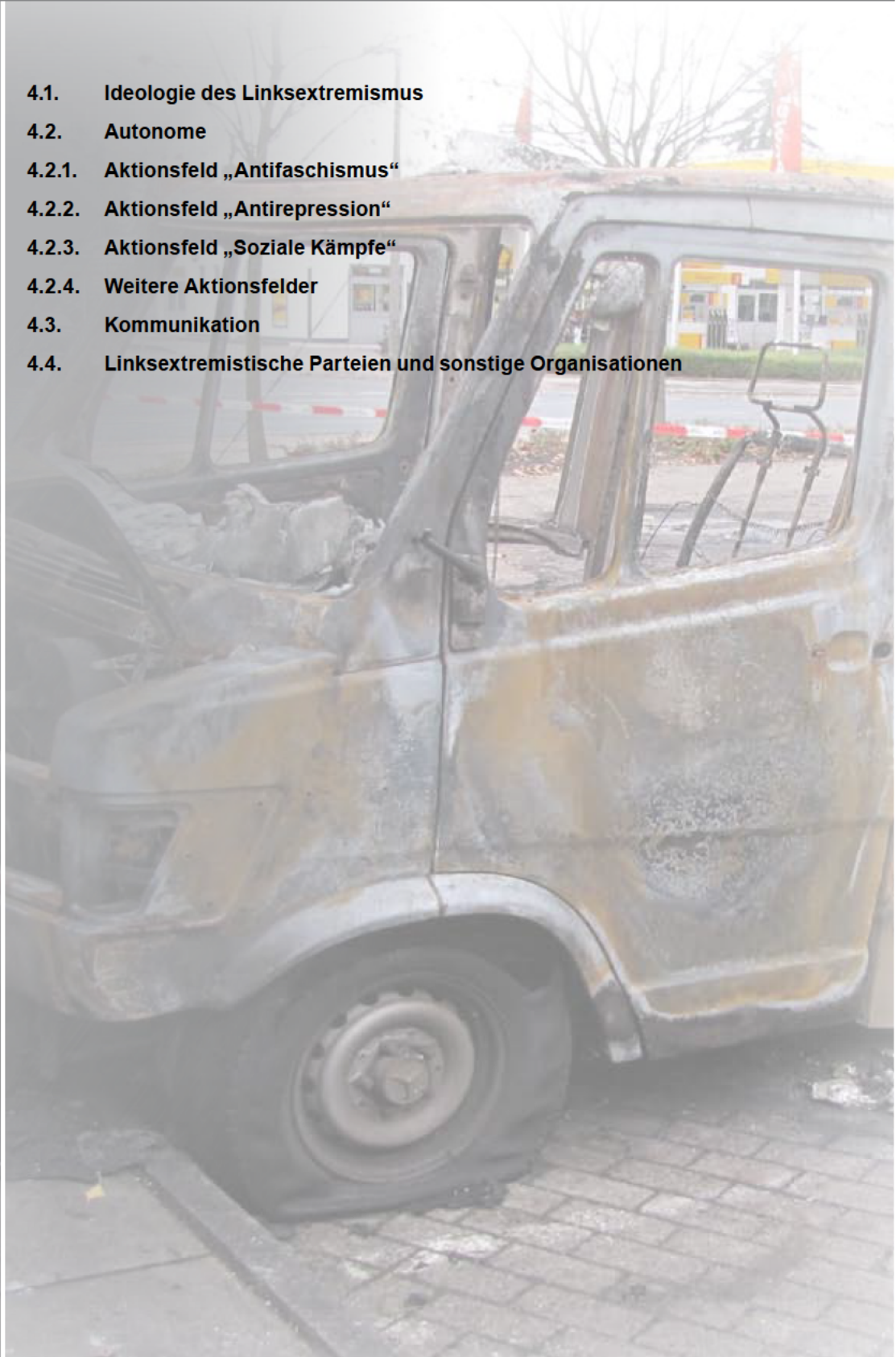
Ansprechpartner ist die Vereinigte Protestantische Gemeinde zur Bürgermeister-Smidt-Gedächtniskirche in Bremerhaven unter der Telefonnummer (0471) 41 26 47.



4. Linksextremismus

Seitenzahl

- 31 4.1. Ideologie des Linksextremismus
- 32 4.2. Autonome
- 33 4.2.1. Aktionsfeld „Antifaschismus“
- 35 4.2.2. Aktionsfeld „Antirepression“
- 36 4.2.3. Aktionsfeld „Soziale Kämpfe“
- 37 4.2.4. Weitere Aktionsfelder
- 38 4.3. Kommunikation
- 39 4.4. Linksextremistische Parteien und sonstige Organisationen



4. Linksextremismus

Zum Ende des Jahres 2009 standen Brandanschläge auf Fahrzeuge im Blickpunkt der Öffentlichkeit, in besonderem Ausmaße in Berlin und Hamburg. Der Angriff auf eine Hamburger Polizeiwache stellte einen Höhepunkt linksextremistischer Gewalt dar.

In Bremen gab es 2009 erstmals Brandanschläge auf Fahrzeuge. Gleichwohl ist im Vergleich zu den Vorjahren kein signifikanter Anstieg linksextremistischer Gewalt in Bremen zu verzeichnen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der autonomen Szene hier standen die Teilnahme an Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche in anderen Städten sowie Spontandemonstrationen in Bremen gegen „staatliche Repression“.

4.1. Ideologie des Linksextremismus

„Den“ Linksextremisten gibt es nicht. Innerhalb des linksextremistischen Spektrums gibt es stark voneinander abweichende Positionen. Einig sind sich Linksextremisten aller Schattierungen jedoch darin, dass es die bestehende als imperialistisch, kapitalistisch oder rassistisch bezeichnete Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden gilt. Ihr Ziel soll dabei unter Missachtung der Grundwerte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung erreicht werden und würde grundlegende Prinzipien unserer Verfassung außer Kraft setzen oder zumindest in Teilen aufheben. Betroffen wären davon nicht nur das in unserer Verfassung verankerte Rechtsstaats- oder Demokratieprinzip, sondern ebenfalls die individuellen Freiheitsrechte. Daher sind diese Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet.

Linksextremisten lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen: Auf der einen Seite gibt es die dogmatischen Marxisten-Leninisten, deren Ziel eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung ist und die überwiegend in Parteien und festen Gruppen organisiert sind. Auf der anderen Seite gibt es die meist in losen Zusammenhängen agierenden Autonomen, Anarchisten und andere Sozialrevolutionäre.

Linksextremisten engagieren sich häufig für Themen, die für sich betrachtet nicht extremistisch sind, wie z.B. den Klimaschutz. So versuchen sie, ihre politischen Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen. Dafür sind sie bereit, sich an bürgerlich-demokratischen Bündnissen zu beteiligen und ihre eigenen Ziele kurzfristig in den Hintergrund zu stellen. Mit dieser Taktik gelingt es Linksextremisten immer wieder, insbesondere im Bereich der „Antifaschismusarbeit“ mit bürgerlich-demokratischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten, die ihre extremistischen Ansichten im Grunde ablehnen.

Merkmale des Linksextremismus sind z.B.:

1. Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftlicher“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien von Stalin, Trotzki, Mao Zedong und anderen
2. Bekenntnis zur sozialistisch-kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen
3. Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft
4. Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugter oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzender Kampfform

4.2. Autonome

Personenpotenzial: ca. 6.100 in Deutschland
ca. 200 in Bremen

32

Autonome

„Autonom“ bedeutet „eigenständig“ und bezieht sich in erster Linie auf das Organisationsverständnis der Autonomen. Sie erachten ihre Eigen- und Selbstständigkeit für so wichtig, dass sie sich in keine festen politischen Strukturen integrieren lassen. In den vergangenen Jahren war allerdings zu beobachten, dass Teile der Szene nicht mehr prinzipiell die Organisierung ablehnen, sondern diese bis zu einem gewissen Grad als geeignet ansehen, um größere politische Bedeutung zu erlangen.

Der autonomen Szene in Deutschland waren im Jahr 2009 etwa 6.100 gewaltbereite Anhänger zuzurechnen. In Bremen kann die autonome Szene zu bestimmten Anlässen, beispielsweise zu Spontandemonstrationen gegen Neonazis, kurzfristig bis zu 200 Personen mobilisieren.

Die autonome Szene ist stark fragmentiert, da formelle Strukturen und Hierarchien grundsätzlich abgelehnt werden. Sie besteht insbesondere aus losen Personenzusammenschlüssen. Autonome erheben den Anspruch, nach eigenen Regeln leben zu wollen. Sie lehnen sowohl gesellschaftliche Normen und Zwänge als auch unseren Staat – den sie als „staatlichen Repressionsapparat“ bezeichnen – sowie seine Einrichtungen ab und streben eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ an. Ideologisch beziehen sich Autonome vor allem auf anarchistische und kommunistische Theoriefragmente, wobei ihre ideologischen Vorstellungen insgesamt diffus bleiben.

Gewaltbereitschaft von Autonomen

Die Anwendung von Gewalt ist innerhalb der autonomen Szene kaum umstritten. Autonome halten Gewalt gegen den Staat, seine Einrichtungen und Repräsentanten sowie gegen rechtsextremistische Strukturen und Personen für ein probates Mittel in der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist aber nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung des „staatlichen Repressionsapparates“, sondern zugleich auch ein identitätsstiftendes Merkmal. Viele Angehörige der autonomen Szene sehen darin einen Akt der individuellen Selbstbefreiung. Mit der Einstellung, politische Ziele gewaltsam zu verfolgen, setzen sich Autonome über einen Grundkonsens demokratischer Verfassungsstaaten hinweg, wonach gesellschaftspolitische Veränderungen ausschließlich auf demokratischem Wege herbeizuführen sind, d.h. über Mehrheitsentscheidungen.

An gewalttätigen Auseinandersetzungen, insbesondere im Rahmen von Demonstrationen, beteiligen sich häufig auch unpolitische Jugendliche. In der Regel geht es ihnen ebenso wie sehr jungen Angehörigen der autonomen Szene weniger um konkrete politische und auf die Systemüberwindung ausgerichtete Ziele als mehr um den „Eventcharakter“, der von solchen Ereignissen ausgeht, oder das Ausleben eines vorhandenen Aggressionspotenzials. Angesichts ihrer wenig gefestigten ideologischen und politischen Vorstellungen ist davon auszugehen, dass sie den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat nicht auf Dauer ablehnen. Ein großer Teil dieser gewaltbereiten Jugendlichen kehrt mit dem Älterwerden in den nichtextremistischen Bereich zurück.

Dies ändert allerdings nichts daran, dass die bisweilen massiven gewalttätigen Ausschreitungen gegen Polizisten und den „politischen Gegner“, insbesondere am Rande autonomer Demonstrationen, eine zentrale Problematik für die öffentliche Sicherheit darstellen. In Berlin und Hamburg kam es 2009 im Rahmen von Demonstrationen verstärkt zu erheblichen Straf- und Gewalttaten. Diese wurden insbesondere bei jährlich wiederkehrenden Großveranstaltungen wie dem 1. Mai in Berlin oder dem „Schanzenviertelfest“ in Hamburg verübt. In Bremen hat es bei linksextremistischen Demonstrationen bislang keine gewalttätigen Ausschreitungen in der Form gegeben, dass Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt oder Fahrzeuge demoliert und angezündet worden sind. Dennoch gab es 2009 auch in Bremen Spontandemonstrationen der autonomen linksextremistischen Szene, bei denen es zu Sachbeschädigungen kam und Polizeibeamte verletzt wurden.



Gewalttätige Auseinandersetzung am 1. Mai 2009 in Berlin

Militante Aktionen in Form von Brandanschlägen auf hochwertige Fahrzeuge sowie auf Fahrzeuge der Bundeswehr, der Deutschen Bahn und des Post- und Logistikunternehmens DHL sind in Großstädten wie Berlin und Hamburg seit Längerem an der Tagesordnung. Das „Abfackeln von Nobelkarossen“, die als Symbol des Kapitalismus gelten, richtet sich häufig gegen das Aufwerten bestimmter Wohnviertel und die damit

einhergehende Verdrängung von weniger wohlhabenden Bewohnern. Brandanschläge gegen Fahrzeuge der Bundeswehr, der Deutschen Bahn und des Post- und Logistikunternehmens DHL stehen hingegen im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik und insbesondere dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Ihrer logistischen Dienstleistungen wegen gelten die Deutsche Bahn und das Post- und Logistikunternehmen DHL als Unterstützer sowie „Profiteure“ des Bundeswehreinsatzes.

In Bremen wurden 2009 erstmals auch Brandanschläge auf Fahrzeuge verübt. Zu keinem der vier Brandanschläge liegt bislang ein Bekennerschreiben vor. Sie fügen sich einerseits in die Brandanschlagsserie des Jahres 2009 ein, die sich überwiegend gegen Fahrzeuge der Bundeswehr und des Post- und Logistikunternehmens DHL richtete und sich räumlich vor allem auf den norddeutschen Raum konzentrierte. Andererseits ereigneten sich Brandanschläge auf zwei Fahrzeuge im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz in Bremen Anfang Dezember. In diesen Kontext ist auch die Sachbeschädigung an einem Polizeigebäude in Schwachhausen einzuordnen.

Im Vergleich des Jahres 2009 zum Vorjahr ist jedoch kein signifikanter Anstieg von linksextremistischen Gewalt- und Straftaten in Bremen zu verzeichnen. Daher lässt sich jedenfalls aufgrund der Anzahl der Straftaten 2009 in Bremen für die Zukunft eine ähnliche Entwicklung wie in Berlin oder Hamburg derzeit nicht prognostizieren.



Ausgebrannter LKW 2009
in Bremen

Aktionsfelder der Autonomen

Im Jahr 2009 fanden wie bereits im Vorjahr die meisten Aktivitäten in den Aktionsfeldern „Antifaschismus“ und „Antirepression“ statt. „Antifaschismus“ stellt seit Jahren ein zentrales Betätigungsfeld der Autonomen dar, in dessen Mittelpunkt Proteste gegen Aufmärsche und Veranstaltungen von Rechtsextremisten sowie Übergriffe auf Einzelpersonen stehen. Gewalttätige Aktivitäten fanden auch verstärkt im Zusammenhang mit dem Aktionsfeld „Antirepression“ statt. Als Repression des Staates betrachten Autonome etwa die Sicherheitsgesetze zur Terrorismusbekämpfung, neue technische Fahndungsmethoden oder polizeiliche Maßnahmen zur Gewaltprävention. Weitere Schwerpunkte bildeten im Jahr 2009 die Aktionsfelder „Soziale Kämpfe“, „Antimilitarismus“ und „Klimaschutz“.

4.2.1. Aktionsfeld „Antifaschismus“

Das Hauptbetätigungsfeld der autonomen Szene in Bremen war im Jahr 2009 die „Antifaschismusarbeit“. In diesem linksextremistischen Betätigungsfeld sind verschiedene Gruppen in Bremen tätig, z.B. die Bremer „Antifa“, die „Basisgruppe Antifaschismus“ und der „Antifa Arbeitskreis“ der Gruppe „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“.

Antifaschismusverständnis von Linksextremisten

Im Bereich des „Antifaschismus“ ist neben unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren auch eine Vielzahl von linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen aktiv. Die „Antifaschismusarbeit“ dient Linksextremisten zur Diffamierung ihres politischen Gegners sowie als Mittel zur politischen Einflussnahme und zur Herstellung von Bündnissen mit anderen Gruppierungen. Ihre auf Systemüberwindung zielenden Absichten versuchen Linksextremisten in Bündnissen mit demokratischen Kräften zu verschleiern, in Bremen z.B. in der „Kampagne Ladenschluss“.



Im Mittelpunkt der linksextremistischen „Antifaschismusarbeit“ in Bremen standen neben der „Kampagne Ladenschluss“ Proteste gegen Aufmärsche von Neonazis und NPD-Infostände im Vorfeld der Bundestagswahl 2009.

■ „Kampagne Ladenschluss“

Die „Kampagne Ladenschluss“ ist ein seit Mitte 2007 bestehender Zusammenschluss von bürgerlichen Kräften sowie linksextremistischen antifaschistischen Gruppen. Ziel der Kampagne ist laut eigener Aussage, „durch größtmöglichen öffentlichen Druck eine Schließung der Geschäfte und Versende zu erwirken, um so die Bremer Nazi-Szene einer ihrer Finanzierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten zu berauben und sie dadurch maßgeblich zu schwächen“. Unter dem Motto „Keine Naziläden in Bremen und anderswo“ demonstrierten etwa 700 Personen am 14. März 2009 in der Bremer Innenstadt.

Unter den linksextremistischen antifaschistischen Gruppen, die sich in der „Kampagne Ladenschluss“ engagieren, befindet sich die „Basisgruppe Antifaschismus“. Die extremistische Ausrichtung der Gruppe, die 2008 aus dem „Antifa Arbeitskreis“ von „AVANTI Bremen“ hervorging, wird in einem Flyer zur Demonstration am 14. März 2009 deutlich. Unter der Überschrift „UND NUN? WAS TUN?“ skizziert die Gruppierung die von ihnen angestrebte Gesellschaft: *„Eine befreite Gesellschaft liegt nur jenseits von Staat und Nation, Kapital und Lohnarbeit. Weder sozialdemokratische Regulierungsmodelle, noch „real-sozialistische“ Verstaatlichungsvorstellungen bieten eine Perspektive. Sie stellen nur eine weitere Variante der Elendsverwaltung dar. Die einzigen Alternativen gegen die herrschenden Verhältnisse sind massenhafte Selbstorganisation und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. [...] Für uns ist die allgemeine Perspektive eine kommunistische Gesellschaft.“* Zur Erreichung einer kommunistischen Gesellschaft sei ein revolutionärer Prozess nötig, der *„kein zufälliger oder spontaner Akt sein [kann], sondern [...] eine bewusste (Selbst)Organisation voraus[setzt].“*

■ Störungen des Bundestagswahlkampfes der NPD

Der Bundestagswahlkampf im September 2009 bot auch Bremer Linksextremisten einen weiteren Anlass, gegen den politischen Gegner aktiv zu werden. Am Rande einer NPD-Wahlveranstaltung im Einkaufszentrum Bremen-Blockdiek kam es am 29. August 2009 zu einem tätlichen Übergriff auf zwei Personen aus der rechten Szene durch etwa 20 verummte Personen, darunter Linksextremisten.

■ Links-Rechts-Auseinandersetzung

Für den 22. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß planten Rechtsextremisten am 17. August 2009 bundesweit „Flashmob-Aktionen“. Darunter sind organisierte Blitzaufläufe von Personen auf einem öffentlichen Platz zu verstehen, die für Außenstehende spontan wirken. Der in Bremen für den Bereich Sielwall/Körnerwall angekündigte „Flashmob“ fand nicht statt. Als Reaktion auf die Ankündigung hatten sich dort ungefähr 300 Personen versammelt, darunter auch Personen der autonomen Szene, die anschließend spontan durch die Innenstadt zogen.

Darüber hinaus beteiligten sich Bremer Linksextremisten 2009 auch an Demonstrationen und Aktionen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. In Dresden protestierten am 13. und 14. Februar 2009 mehrere Tausend Personen, darunter Autonome aus Bremen, gegen den Aufmarsch von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Unter dem Motto „No Pasaran – Kein Ort für die Verdrehung von Geschichte“ kam es vereinzelt zu Ausschreitungen und Sachbeschädigungen durch Autonome.

Am 1. August 2009 demonstrierten mehr als 1.000 Personen im Rahmen eines breiten Bündnisses gegen den in neonazistischen Kreisen als „Trauermarsch“ deklarierten Aufmarsch von Rechtsextremisten in Bad Nenndorf. An der Gegendemonstration beteiligten sich ca. 50 bis 60 Personen aus dem linksextremistischen autonomen Bremer Spektrum. Mit einer „Ankettaktion“ versuchten Demonstranten, darunter auch Personen aus Bremen, den Aufmarsch zu verhindern.



Autonome „Recherchearbeit“

Neben diesen Aktivitäten spielt die „Recherchearbeit“ der autonomen Antifaschisten eine wichtige Rolle. Bei der linksextremistischen „Aufklärungsarbeit“ werden Beobachtungen und Informationen über die rechte Szene in Bremen sowie aus dem niedersächsischen Umland eingeholt und auf einer Internetseite veröffentlicht.

Vernetzung ins niedersächsische Umland

Die autonome Szene Bremens steht vor allem mit autonomen „Antifa-Gruppen“ des niedersächsischen Umlandes in reger Kooperation. Die Zusammenarbeit reicht von regelmäßigen Treffen und Veranstaltungen bis hin zur gemeinsamen Teilnahme an Demonstrationen.

4.2.2. Aktionsfeld „Antirepression“

Das Themenfeld „Antirepression“ war auch 2009 in Bremen von herausragender Bedeutung. Ein Bestandteil der „Antirepressionsarbeit“ ist die „Schaffung von Freiräumen“, in denen keinerlei Form von „Konsumzwang“, „staatlicher Überwachung“ und „Repression“ besteht. Seit den 80er-Jahren spielt die Besetzung von Häusern im „Kampf gegen die gesellschaftliche und staatliche Bevormundung“ eine große Rolle.

Im April 2009 gab es bundesweit Solidaritätsbekundungen anlässlich der Räumung eines von Autonomen besetzten Hauses in Erfurt. Seit September 2008 protestierte die autonome Szene in Erfurt mit verschiedenen Aktionen gegen den Abriss des Gebäudes. Mit ihnen erklärten sich 150 Angehörige der autonomen Bremer Szene in Form einer spontanen Demonstration durch die Bremer Innenstadt solidarisch.

Auch die Räumung eines in der Berliner Brunnenstraße von der „linken Szene“ besetzten Hauses zog eine Reihe von Solidaritätsaktionen in Berlin und weiteren deutschen Städten nach sich. In Bremen nahmen am 26. November 2009 etwa 50 Personen aus dem autonomen Spektrum die Räumung zum Anlass für eine Spontandemonstration durch die Bremer Innenstadt. Die gewaltbereiten Demonstranten zündeten Feuerwerkskörper, beschädigten Gebäude und ein Polizeifahrzeug und beschossen Passanten mit Leuchtkugeln. Vier Polizisten wurden verletzt und 14 Personen vorläufig festgenommen.

Gegen staatliche Repression protestierten Bremer Autonome auch, als am 16. Oktober 2009 drei Mitglieder der linksextremistischen „militanten gruppe“ (mg) vom Kammergericht Berlin zu Freiheitsstrafen von bis zu dreieinhalb Jahren wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden. Bereits am selben Abend kam es in mehreren deutschen Städten zu Solidaritätsdemonstrationen. In Bremen zogen etwa 150 Personen des „linken Spektrums“ in einer Spontandemonstration durch die Innenstadt. Die „linke Szene“ wertete die Demonstration als vollen Erfolg: *„(...) es ist schön zu sehen, dass sich trotz befürchteter Repressionen so viele Menschen mit den drei Angeklagten solidarisieren. Wir sind alle militante Gruppe! Solidarische Grüße aus Bremen.“*

„mg“

Die „militante gruppe“ (mg) bekannte sich zu einer Vielzahl von Brandanschlägen im Raum Berlin/Brandenburg im Zeitraum von 2001 bis 2007. Im Juli 2009 gab die Gruppe ihre Auflösung bekannt. Die „mg“ war für die linksextremistische autonome Szene von Bedeutung, weil sie im Rahmen der sog. Militanzdebatte die Diskussion über die Legitimität „weitergehender“, über Sachbeschädigungen hinausreichende Aktionsformen vorantrieb. Außerdem bemühte sie sich um die Vernetzung autonomer Gruppen.



Besetztes Haus in Berlin

Innenministerkonferenz in Bremen

Der herausgehobene Stellenwert des Aktionsfeldes „Antirepression“ für die gewaltbereite linksextremistische Szene wurde auch anhand der Straftaten im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz Anfang Dezember 2009 in Bremen deutlich. Im Vorfeld der Konferenz wurden ein Polizeigebäude in Bremen-Schwachhausen mit Farbe beschmiert und zwei Fahrzeuge in Brand gesetzt.

Autonome Linksextremisten beteiligten sich ebenfalls an der nichtextremistischen Kundgebung des „Flüchtlingsrat Bremen“, der u.a. aus Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschaften und Kirchengemeinden besteht. Rund 1.200 Personen forderten zum Auftakt der Konferenz am 2. Dezember 2009 einen „wirksamen Schutz und ein umfassendes Bleiberecht für Flüchtlinge“.



„Rote Hilfe e.V.“

Personen, die wegen linksextremistisch motivierter Straftaten angeklagt sind, erhalten von Gesinnungsgenossen Unterstützung nicht nur in Form von öffentlichen Solidaritätsbekundungen, sondern auch in finanzieller und materieller Hinsicht, z.B. durch die Übernahme von Anwalts- und Gerichtskosten. Die zentrale Funktion kommt hier der Rechts- und Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe e.V.“ zu, die über 40 Ortsgruppen im gesamten Bundesgebiet unterhält. Bundesweit zählt die Organisation ca. 5.000 Mitglieder. In Bremen gibt es eine aktive Ortsgruppe mit etwa 160 Mitgliedern.

4.2.3. Aktionsfeld „Soziale Kämpfe“



Autonome Linksextremisten engagierten sich auch im Bereich „Soziale Kämpfe“, in dem überwiegend nichtextremistische Akteure tätig sind. Im Mittelpunkt der Kritik standen im Jahr 2009 die Wirtschaftskrise und die sich daraus für die Menschen ergebenden Folgen.

Am 1. Mai 2009 fand im Anschluss an die traditionelle Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum ersten Mal in Bremen unter Beteiligung von rund 500 Personen eine „Euromayday-Parade“ statt. Unter diesem Namen demonstriert seit 2001 eine zunehmende Anzahl von Menschen in vielen europäischen Städten für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und für eine Stärkung von sozialen Rechten. Zur ersten „Euromayday-Parade“ 2001 in Mailand hatten Aktivisten „linker“ italienischer, französischer und katalanischer Gewerkschaften und Basisinitiativen aufgerufen.

Über die Zielsetzung des „Euromayday“ heißt es: *„Das zentrale Anliegen war und ist es, den verschiedenartigen Prekarisierungserfahrungen Ausdruck zu verleihen. Nicht Einheitlichkeit ist das Ziel, sondern das Sichtbarmachen der Vielheit der Lebens-, Arbeits- und Kampfformen.“* Mit dem „Euromayday“ soll auf die Situation von Leih- und Zeitarbeitern, Mini-Jobbern, befristet Beschäftigten, Praktikanten, (Schein-) Selbständigen und „papierlosen Migrantinnen“ aufmerksam gemacht werden, die nicht wie „lohnarbeitende Menschen“ im Blickfeld traditioneller Gewerkschaften stehen. Die „Euromayday“-Organisatoren streben jedoch keine Konkurrenz zu den 1. Mai-Demonstrationen der Gewerkschaften an, sondern sehen sich vielmehr als Teil davon: *„Denn nur wenn Kämpfe ernsthaft zusammengeführt werden, eröffnet sich überhaupt die Chance auf eine solidarische Gesellschaft, das heißt auf ein ganz anderes Ganzes.“*

In Bremen wurde der „Euromayday“ vom 2008 gegründeten „Mayday-Bündnis Bremen“ organisiert, das sich vor allem mit sozialen Fragen beschäftigt. Dem Bündnis gehört neben nichtextremistischen Gruppen u.a. auch die linksextremistische Gruppe „AVANTI Bremen“ an.

„AVANTI“

Die Gruppe „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ gründete sich 1989 aus autonomen Gruppierungen in Schleswig-Holstein. Inzwischen gibt es acht Ortsgruppen in Norddeutschland, u.a. in Hamburg, Hannover und Bremen. Die Bremer Ortsgruppe engagierte sich 2009 vor allem in den Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Soziale Kämpfe“ und „Bildung“.

In Bremen ging „AVANTI“ im Juni 2008 aus der Gruppe „solid.org – Organisation linker Basisgruppen“ hervor. „Solid.org“ war aus dem PDS-nahen Jugendverband „[solid] – die sozialistische Jugend“ entstanden, von dem sie sich 2006 ablöste und bis 2008 als parteiunabhängige, autonome Gruppe in Bremen existierte.

In der Erklärung der Gruppe „solid.org“ zu ihrem Beitritt zu „AVANTI“ werden die extremistische Ausrichtung und die Ziele von „AVANTI“ deutlich. So strebt „AVANTI“ die revolutionäre Überwindung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung an: *„Auch in der Frage von Organisation teilen wir die Überzeugung von Avanti, „dass die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisation braucht.“ (...) Organisation muss überregional und perspektivisch darüber hinaus sein, weil die Gesamtschritte eben nicht nur in Bremen stattfindet und aufgehoben gehört, sondern weltweit.“*

Mit der Auffassung, dass die Systemüberwindung eine Organisation der Kräfte voraussetzt, hebt sich „AVANTI“ von der typischen organisationskritischen Einstellung autonomer Gruppierungen ab. Feste Strukturen, formelle Hierarchien und sonstige Verbindlichkeiten lehnen Autonome grundsätzlich ab. „AVANTI“ indessen besteht aus Ortsgruppen in verschiedenen Städten und engagiert sich zur besseren überregionalen Vernetzung in der „Interventionistischen Linken“, einem bundesweiten Zusammenschluss von linksextremistischen autonomen sowie nichtextremistischen Einzelpersonen und Gruppierungen. Auch in ihrer theoretischen Ausrichtung ähnelt „AVANTI“ eher revolutionär-marxistischen Organisationen als autonomen Gruppierungen, die sich häufig lediglich auf anarchistische und kommunistische Versatzstücke beziehen. Die Aktionsformen von „AVANTI“ gleichen wiederum denen der autonomen Szene.

4.2.4. Weitere Aktionsfelder

Weitere Aktionsschwerpunkte der autonomen Szene in Bremen waren die Themen „Antimilitarismus“ und „Klimaschutz“. Die Aktionsfelder „Antirassismus“ und „Anti-atom“, die in den Vorjahren noch im Vordergrund gestanden hatten, waren 2009 von nachrangiger Bedeutung.

„Antimilitarismus“

Das Themenfeld „Antimilitarismus“ steht seit 2008 zunehmend im Fokus linksextremistischer Agitation. So können viele der Brandanschläge auf Fahrzeuge der Bundeswehr und des Post- und Logistikunternehmens DHL in diesen Zusammenhang eingeordnet werden. Autonome lehnen die Sicherheitspolitik der Bundesregierung ab und demonstrieren insbesondere gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan.

Das NATO-Gipfeltreffen anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Militärbündnisses Anfang April 2009 in Baden-Baden und Straßburg stand im Mittelpunkt der linksextremistischen „Antimilitarismusarbeit“ in Bremen. An den Protesten gegen den NATO-Gipfel beteiligten sich aus Bremen sowohl Personen aus der alternativ-friedensbewegten als auch aus der autonomen Szene. Neben zwei friedlich verlaufenen Großdemonstrationen am 3. und 4. April 2009 in Baden-Baden bzw. in Kehl gab es



zum Teil massive gewalttätige Auseinandersetzungen. Während auf deutscher Seite am 4. April 2009 friedlich demonstriert wurde, konnten in Frankreich die Ausschreitungen von 1.500 gewaltbereiten Demonstranten aus dem „schwarzen Block“ nur durch den massiven Einsatz von Polizeikräften begrenzt werden. Im Verlauf der Gewalttätigkeiten wurden ein Grenzpolizeigebäude, mehrere Geschäfte, eine Apotheke sowie ein Hotel in Brand gesetzt.

„Klimaschutz“



Das im Sommer 2008 in Hamburg von nichtextremistischen Klimaaktivisten sowie autonomen Linksextremisten veranstaltete „Antirassismus- und Klimacamp“ war der zentrale Ausgangspunkt für die Klimaschutzaktivitäten der autonomen Szene. Auch 2009 stellten die Proteste gegen den „UN-Klimagipfel“ in Kopenhagen einen Betätigungsschwerpunkt für das autonome Spektrum in Bremen dar.

Im Vorfeld des „UN-Klimagipfels“, der vom 7. bis zum 18. Dezember 2009 stattfand, hatten Klimaaktivisten aus dem nichtextremistischen und linksextremistischen Spektrum umfangreiche Proteste in Kopenhagen angekündigt. Unter der Parole „Reclaim Power!“ riefen Linksextremisten zum „Gipfelsturm“ auf und drohten mit einem gemeinsamen Kampf von „linksradikalen Zusammenhängen aus ganz Europa“. Die Umsetzung dieser Pläne verhinderte die dänische Polizei mit ihrem massiven präventiven Vorgehen gegen potenzielle Gewalttäter. Auch Personen aus dem linksextremistischen autonomen Bremer Spektrum beteiligten sich an den Protesten gegen den „UN-Klimagipfel“, die weitgehend friedlich verliefen.

In mehreren deutschen Städten gab es während und nach Beendigung des „UN-Gipfels“ Proteste gegen die von der linksextremistischen Szene als unangemessen empfundenen „Repressionen“ der dänischen Polizei. In Bremen bewarfen unbekannte Täter am 16. Dezember 2009 die Fassade des dänischen Honorarkonsulates mit Farbe.

4.3. Kommunikation

Das Internet ist das wesentliche Kommunikationsmittel der autonomen Szene. Die meisten linksextremistischen Gruppen und Bündnisse in Bremen nutzen das Internet zur Selbstdarstellung. Die in unterschiedlicher Qualität gestalteten, teilweise sehr professionellen Seiten bieten beispielsweise Veranstaltungsübersichten, Mobilisierungsaufrufe und Kontaktmöglichkeiten.

Neben einer Vielzahl von offenen und geschlossenen Internetportalen stellt das internationale Mediennetzwerk „indyMedia“ mit seinem deutschen Ableger „indyMedia Deutschland“ eine zentrale Kommunikationsplattform für das gesamte „linke“ Spektrum dar. „IndyMedia“ betreibt einen „offenen Journalismus“, d.h., jeder Internetnutzer kann dort ohne redaktionelle Vorgaben und auch unter Nutzung eines Pseudonyms Beiträge veröffentlichen, die andere Internetnutzer wiederum kommentieren und ergänzen können. Die zumeist subjektiv gefärbten Beiträge reichen von Berichten zum Verlauf von Kundgebungen über Analysen zu tagespolitischen Entwicklungen bis hin zu Informations- oder Diffamierungskampagnen gegen den politischen Gegner.

Wenngleich die über Jahrzehnte dominierenden klassischen Printmedien durch die Verbreitung elektronischer Medien in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung verloren haben, gibt es nach wie vor Zeitschriften mit regionaler und überregionaler Bedeutung für die autonome Szene. Ein zentrales Publikationsorgan ist hier die in Berlin herausgegebene Szenezeitschrift „Interim“, die als eine von wenigen autonomen Schriften bundesweit von Bedeutung ist. Die Szenezeitschrift dient vor allem dem gewaltbereiten autonomen Spektrum zur Information und Diskussion.



In der „Interim“ finden sich Beiträge zu aktuellen Themen und Überlegungen zu Selbstfindungsprozessen, aber auch Rechtfertigungen zur Gewaltanwendung sowie Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten. Um Strafverfolgungsmaßnahmen zu erschweren, gibt es keine feste Redaktion, auch wird kein Impressum abgedruckt. Auf regionaler Ebene werden Magazine mit lokalen Inhalten verbreitet. In Bremen erscheint unregelmäßig die Zeitschrift „Kassiber“.

Treffpunkte der autonomen Szene in Bremen

Zu den Trefforten und Kommunikationszentren der autonomen Szene in Bremen gehört u.a. der „Info-Laden“. Die Mobilisierung für Demonstrationen und Veranstaltungen erfolgt häufig über diese Kommunikationszentren sowie über verdeckte Strukturen, wie z.B. Telefonketten.

4.4. Linksextremistische Parteien und sonstige Organisationen

Im Allgemeinen geht es dem parlamentsorientierten Linksextremismus vor allem um das Erlangen von Einfluss im parlamentarischen Raum und auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Im Ergebnis soll der demokratische Rechtsstaat unter formaler Beachtung demokratischer Regeln und zum Teil unter Ausnutzung des grundgesetzlich garantierten Schutzes der Parteien abgeschafft werden. Die in Bremen aktiven linksextremistischen Parteien DKP und MLPD streben in erster Linie jedoch nicht nach parlamentarischer Repräsentanz, sondern sind sich ihrer geringen Erfolgsaussichten bewusst und verfolgen daher ihre politischen Ziele vor allem im außerparlamentarischen Raum.



„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) ist die Kernorganisation der orthodoxen Kommunisten. Die 1968 gegründete Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). Sie bekennt sich als „Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an. Ihr Ziel ist die klassenlose kommunistische Gesellschaft.

Bundesweit verfügt die DKP über 4.200 Mitglieder, davon in Bremen über etwa 70 Personen. Zur Bundestagswahl im September 2009 hat die Partei mit Ausnahme von Berlin nicht kandidiert. Aufgrund ihrer Chancenlosigkeit bei Wahlen konzentriert sie sich auf den außerparlamentarischen Bereich und versucht, ihre kommunistische Weltanschauung in sozialen Bewegungen und pluralistischen Bündnissen zu verbreiten. Jedoch ist die DKP aufgrund ihrer finanziellen und strukturellen Schwächen auch im außerparlamentarischen Bereich in den vergangenen Jahren kaum noch als politische Kraft wahrnehmbar.

Von der Bremer DKP gingen 2009 kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus, insbesondere auch aufgrund ihrer überalterten Mitgliederstruktur. Die Partei richtete lediglich Informationsstände und interne Veranstaltungen aus. So feierte die DKP in Bremen am 7. Oktober 2009 den 60. Gründungstag der DDR.

MLPD
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Vom Bremer Landesverband der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) gingen im Jahr 2009 einige öffentliche Aktivitäten aus. Das Ziel der 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangenen MLPD ist eine klassenlose kommunistische Gesellschaft. Bundesweit zählt die Partei 2.300 Mitglieder, davon in Bremen etwa 15 Personen.

Die MLPD trat in Bremen als einzige linksextremistische Partei zur Bundestagswahl im September 2009 an und erzielte bundesweit wie auch schon 2005 lediglich 0,1% der Zweitstimmen. Dies entspricht auch ihrem Stimmenanteil in beiden bremischen Wahlkreisen. Neben ihrer Teilnahme an der Bundestagswahl stellte die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einen Aktionsschwerpunkt der Bremer MLPD dar.



SAV Sozialistische Alternative
www.sozialismus.info

„Sozialistische Alternative“ (SAV)

Die 1994 gegründete trotzkistische „Sozialistische Alternative“ (SAV) ist die deutsche Sektion des internationalen Dachverbandes „Committee for a Workers' International“ (CWI) mit Sitz in London. Bundesweit zählt die Organisation 400 Mitglieder, davon in Bremen ca. 20 Personen. Im Jahr 2009 war die SAV ebenso wenig wie im Vorjahr öffentlich in Erscheinung getreten.

Die SAV beabsichtigt, eine „revolutionäre sozialistische Masseninternationale“ aufzubauen, den Kapitalismus abzuschaffen und diesen durch eine „sozialistische Demokratie“ zu ersetzen.



„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“

Bei dem in den 70er-Jahren aus „Arbeiter-Basisgruppen“ hervorgegangenen „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ handelt es sich um eine revolutionär-marxistische Organisation, die bundesweit über etwa 100 Mitglieder und in Bremen über ca. 10 Mitglieder verfügt. Im Januar 2009 feierte sie in Bremen ihr 40-jähriges Bestehen und gedachte der Gründung der KPD vor 90 Jahren. In der Öffentlichkeit zeigte sich die Organisation lediglich bei größeren Demonstrationen.

„Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union“ (FAU-IAA)

Die sich als Gewerkschaft verstehende 1977 gegründete „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation“ (FAU-IAA) engagiert sich vorrangig in Betrieben. Bundesweit verfügt die Organisation über 300 Mitglieder, davon in Bremen über etwa 15 Personen.

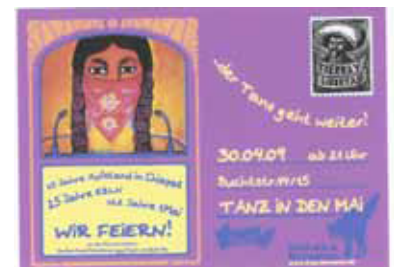
Die FAU-IAA ist dem Anarcho-Syndikalismus zuzurechnen. Durch Fabrikbesetzungen, Sabotagen und Streiks beabsichtigt die FAU-IAA zunächst, revolutionäre Gewerkschaften und militante Betriebsgruppen aufzubauen.

Die Bremer Ortsgruppe der FAU-IAA war 2009 vornehmlich in den Aktionsfeldern „Soziale Kämpfe“ und „Antirepression“ aktiv und beteiligte sich an Demonstrationen anderer Organisationen. Im Juni 2009 fand in Bremen ein Vernetzungstreffen der FAU-IAA statt, auf dem insbesondere die Neugründung von Initiativen in Aurich und im Ammerland geplant wurde.

„GegenStandpunkt“

Nicht im Licht der Öffentlichkeit, dennoch in Bremen präsent, ist die revolutionär-marxistische Gruppe „GegenStandpunkt“, die bis 1991 noch „Marxistische Gruppe“ (MG) hieß. Nach ihrer offiziellen Auflösung existiert die MG heute bundesweit unter verschiedenen Namensbezeichnungen weiter, überwiegend als „GegenStandpunkt“. Bundesweit verfügt die Organisation über 10.000 Mitglieder, in Bremen über etwa 250 Personen.

Die Gruppe „GegenStandpunkt“, die ihre verfassungsfeindlichen Absichten im Gegensatz zu anderen kommunistischen Organisationen nicht offen propagiert, vertritt einen modifizierten und elitären Marxismus. Ihre besonderen Merkmale sind ihre destruktive und zynische Kritik an gesellschaftspolitischen Entwicklungen und ihr konspiratives Verhalten. So handelt es sich um einen weitgehend geschlossenen Personenkreis, der sich überwiegend aus Akademikern zusammensetzt. Ihre öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Bremen beschränken sich auf regelmäßige Vortragsveranstaltungen im Bremer „Bürgerhaus Weserterrassen“ mit bis zu 250 Teilnehmern.



Einladung der FAU-IAA

Seitenzahl

- 
- 44 5.1. Islamismus
 - 46 5.2. Islamistischer Terrorismus
 - 46 5.2.1. Jihadismus
 - 47 5.2.2. „Al-Qaida“ von den Anfängen bis heute
 - 48 5.2.3. Jihadismus im Internet und in den Medien
 - 49 5.2.4. Radikalisierung und „home-grown“-Terrorismus
 - 50 5.2.5. Jihadistische Entwicklung in Deutschland
 - 53 5.2.6. Salafistische/Jihadistische Tendenzen in Bremen
 - 53 5.2.6.1. „Islamisches Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ)
 - 55 5.2.6.2. „Kultur & Familien Verein e.V.“
 - 59 5.3. Islamistischer Extremismus in Bremen
 - 59 5.3.1. „Tablighi Jama’at“ (TJ)
 - 61 5.3.2. „Hizb Allah“
 - 62 5.3.3. „Türkische Hizbullah“ (TH)
 - 63 5.3.4. „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

5. Islamistischer Extremismus und Terrorismus

Der ganz überwiegende Teil der in Bremen und Bremerhaven lebenden Muslime steht in keiner Beziehung zu extremistischen Phänomenen (siehe Kapitel 2.1.). Weniger als 1 % (0,32 %) der Bremerinnen und Bremer sind dem islamistischen Spektrum zuzurechnen. Zahlenmäßig dominieren dabei zum ganz überwiegenden Teil die islamistischen Extremisten. Nur ein sehr kleiner Anteil ist Gruppierungen zuzuordnen, die den islamistischen Terrorismus unterstützen. Ebenso verhält es sich im deutschlandweiten Vergleich.

Gerade dieser kleine Teil des terroristischen Personenpotenzials, der in den letzten Jahren gewachsen ist, beeinflusst maßgeblich die Gefährdungslage in Deutschland. Da die extremistischen Organisationen den Einstieg in den islamistischen Phänomenbereich darstellen, erfordern sie neben dem islamistischen Terrorismus, der ohnehin im Fokus der Sicherheitsbehörden steht, die besondere Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes.

Extremismus – Terrorismus

Gemeinsam ist den Erscheinungsformen des islamistischen Extremismus und Terrorismus, dass sie grundsätzlich die Ideologie des Islamismus (siehe Kapitel 5.1.) umsetzen wollen. Sie unterscheiden sich hauptsächlich in der Wahl ihrer Mittel.

Die islamistisch-extremistischen Organisationen wollen die Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens durch politische Einflussnahme verändern. Ziel ihrer politischen Strategie ist es, auch in Deutschland im Sinne ihrer Ideologie leben zu können. Durch politische und gesellschaftliche Veränderungen möchten sie rechtliche Freiräume für ein scharia-konformes Leben erzielen.

Islamistische Terrororganisationen wollen ihre Ziele demgegenüber mit Gewalt und durch das Verüben von Anschlägen durchsetzen und streben eine „islamische Weltordnung“ an.

Die Grenze zwischen islamistischem Extremismus und Terrorismus ist zum Teil fließend. Zum einen dadurch, dass die ideologische Ausrichtung und die damit zusammenhängende Gewaltkomponente bei den Anhängern nicht immer eindeutig definiert ist. Zum anderen dienen extremistische Organisationen als Rekrutierungsraum für Terrorgruppen. Die gewaltlosen Islamisten sind Zielgruppe jihadistischer Propaganda, da sie für den „heiligen Krieg“ gewonnen werden sollen.

Die Bedrohung Europas durch islamistische Terroristen wird unter anderem an den Anschlägen in Madrid 2004 und in London 2005 mit 191 bzw. 56 getöteten und insgesamt über 2.750 zum Teil schwer verletzten Menschen deutlich. Dass auch Deutschland im Fokus islamistischer Fanatiker steht, zeigen nicht nur die vielfachen Angriffe auf deutsche Interessen im Ausland, insbesondere in Afghanistan, sondern auch die in der Vergangenheit fehlgeschlagenen Bombenanschläge auf deutsche Eisenbahnzüge im Juli 2006 sowie die durch deutsche Sicherheitsbehörden vereitelten Anschläge der sogenannten Sauerland-Gruppe im September 2007.



Auch wenn Europa sowie Deutschland im Jahr 2009 von Terroranschlägen verschont blieben, zeigt die Medienoffensive terroristischer Organisationen zur Bundestagswahl 2009, dass die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus fortbesteht.

Nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen hat sich in Bremen eine kleine radikal-islamistische Szene gebildet, die zunehmend Anhänger gewinnt. Diese Entwicklung wird intensiv vom Landesamt für Verfassungsschutz im Zusammenwirken mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Länder beobachtet. Der Informationsaustausch und die Koordination von operativen Maßnahmen und Ermittlungen im Bundesgebiet erfolgen dabei im Wesentlichen über das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin.

5.1. Islamismus

Mit dem Begriff Islamismus wird eine politische Ideologie bezeichnet, die an die Stelle der demokratischen eine islamistische Gesellschafts- und Rechtsordnung setzen möchte. Damit soll die freiheitliche demokratische Grundordnung von islamischen Vorschriften („Scharia“), die nach dem Prinzip der Gottessouveränität auf Koran und Sunna basieren, verdrängt werden.

Die Politisierung des Islams ist sowohl in muslimischen Ländern vorzufinden als auch in westlich geprägten Staaten wie Deutschland, in denen muslimische Bevölkerungsgruppen nur eine Minderheit bilden.

Der Islamismus als politische Ideologie ist klar vom Islam als Religion zu unterscheiden. Er bedient sich lediglich der islamischen Religion, um seine Ziele politisch zu legitimieren und durchzusetzen. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islams nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch verbindliche Handlungsanweisungen, die für alle Menschen, ob muslimischen Glaubens oder nicht, gelten sollen.

Sie lehnen staatliche Gesetzgebung, Volkssouveränität und Mehrheitsentscheidungen ab. Ebenso werden Gewaltenteilung und Parteienpluralismus und die Bildung einer politischen Opposition ausgeschlossen.

„Scharia“

Wörtlich übersetzt bedeutet „Scharia“ Weg zur Quelle und wird heute häufig als Begriff für das islamische Recht verstanden.

Bis zum Ende des 9. Jahrhunderts entstanden, beruft sich die „Scharia“ auf vier Quellen. Diese sind der Koran, die gesammelten Prophetentraditionen (Sunna), der Konsens der Gelehrten („Idschma“) und der Vergleich von früher zu heute („Qiyas“). Sie ist nirgends abschließend festgeschrieben, sondern unterliegt einer steten Auslegung. Die „Scharia“ besteht im Wesentlichen aus zwei Bereichen, dem „Ibadat“ und dem „Mu‘amalāt“.

Der „Ibadat“ umfasst Vorschriften zum rituellen Leben und die Pflichten gegenüber Gott. Dort sind u.a. neben den fünf Säulen des Islam die rituelle Reinheit (z.B. Waschungen vor dem Gebet) und das Verbot bestimmter Speisen (z.B. Schweinefleisch) geregelt.

Der „Mu‘amalāt“ befasst sich mit den Regeln des menschlichen Zusammenlebens. In ihm sind Bestimmungen aus den Bereichen Ehe- und Familienrecht, Personenstandsrecht, Vermögens-, Verkehrs- und Wirtschaftsrecht sowie aus dem Strafrecht zu finden.

Während für die Mehrheit der Muslime heute lediglich der Bereich „Ibadat“ Wirkung entfaltet, fordern die Islamisten die Umsetzung beider Teile der „Scharia“ unmittelbar und zu jeder Zeit.

Einige Vorschriften aus dem Bereich „Mu‘amalāt“ widersprechen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der geltenden Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. So verletzen die strafrechtlichen Vergeltungsstrafen (wie zum Beispiel das Handabhacken oder die Steinigung) die grundrechtlich garantierte körperliche Unversehrtheit. Die Ungleichbehandlung der Geschlechter zeigt sich beispielhaft in den Rechtsgebieten des Erb- und Familienrechts. Auch wird die Herabwürdigung der Frau dadurch deutlich, dass die Zeugenaussage eines Mannes in einigen Bereichen so schwer wiegt wie die zweier Frauen.

Kennzeichen islamistischer Bestrebungen:

- Die Grenze von der Religion zum Extremismus ist überschritten, wenn zu einer religiös fundamentalistischen Überzeugung politische Verhaltensweisen (friedlich oder gewaltsam) hinzukommen.
- Das Ziel ist, unter Berufung auf die „Scharia“ eine vom Islam vorgegebene Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, die für alle Bürger unabhängig von ihrer Religion gilt und die die Regeln und Gesetze eines demokratischen Rechtsstaates ersetzen soll.
- Islamisten fordern ein islamisches Staatswesen und die wörtliche Geltung von Koran und Sunna für jede Lebenssituation.
- Generell lehnen sie die westliche Zivilisation, ihre Werte und ihr Demokratieverständnis ab.

Insgesamt widersprechen die Forderungen der Islamisten einer Reihe von Grundrechten und den weiteren Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie dem Grundsatz der Volkssouveränität, dem Mehrheitsprinzip oder dem Recht auf Bildung einer parlamentarischen Opposition. Sie wenden sich damit gegen zentrale Prinzipien der deutschen Verfassungsordnung.

Es gibt zahlreiche unterschiedliche Ausprägungen der islamistischen Ideologie. Sie unterscheiden sich zum einen durch ihre Entstehung, d.h. von welchem Gelehrten oder politischen Vertreter sie näher definiert und wo sie räumlich (z.B. türkischen oder arabischen Ursprungs) zunächst verbreitet wurden. Zum anderen unterscheiden sie sich in ihrer Einstellung zur Gewalt. Wie oben dargestellt, bedienen sich die Islamisten zur Durchsetzung ihrer Ziele entweder einer friedlichen, politischen Strategie (Extremismus) oder unterstützen gewaltsames Handeln.

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Verfassungsschutzes ist das Aufklären der Öffentlichkeit über die unterschiedlichen Erscheinungsformen islamistischer Bestrebungen. Insgesamt ist in Deutschland zum Vorjahr ein leichter Anstieg des islamistischen Personenpotenzials zu verzeichnen; die Zahl der diesem Bereich zuzurechnenden Personen stieg von 34.720 im Jahr 2008 auf 36.720 im Jahr 2009.

Im Land Bremen waren im Jahr 2009 ca. 2.150 Personen islamistischen Gruppierungen zuzurechnen, während der Verfassungsschutzbericht für 2008 noch eine Größenordnung von 1.300 Personen angegeben hatte. Die Steigerung zum Jahr 2009 beruht im Wesentlichen nicht auf einem tatsächlichen Anwachsen des Personenpotenzials des Bereiches, sondern auf einer veränderten Einschätzung durch das Landesamt über die Mitgliederzahl der stärksten Organisation, der IGMG (siehe Kapitel 5.3.4.).

Die langfristige Wirkung auch der gewaltfreien islamistischen Bestrebungen darf nicht unterschätzt werden. Mit dem Ziel, eine islamische Ordnung aufzubauen, richtet sich ihr Wirken gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und erfordert die Beobachtung durch den Verfassungsschutz (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 BremVerfSchG).

Besonderer Stellenwert ist dem islamistischen Terrorismus beizumessen. Die Beobachtung inländischer Aktivitäten von Mitgliedern und Unterstützern terroristischer Netzwerke durch das Landesamt für Verfassungsschutz erfolgt entsprechend § 3 Absatz 1 Nr. 1 und 3 BremVerfSchG.

5.2. Islamistischer Terrorismus

5.2.1. Jihadismus

Unter Jihadismus wird eine transnationale islamistisch-terroristische Bewegung definiert, die den Jihad im militärischen Sinne als zentrales Element ihrer Aktivitäten auffasst.

Die wörtliche Übersetzung des Begriffs Jihad ist „Anstrengung/Bemühung“. Damit ist die geistlich-spirituelle Bemühung der Gläubigen um das richtige Verhalten gegenüber Gott und die Verehrung Gottes zu verstehen.



Demonstration in der arabischen Welt

„Kleiner“ und „Großer“ Jihad

Islamische Gelehrte unterscheiden zwischen dem „Großen Jihad“ und dem „Kleinen Jihad“. Mit dem „Großen Jihad“ sind alle inneren Bemühungen eines Muslims gemeint, um so gut wie möglich die moralischen Maßstäbe des Islams bei sich selbst umzusetzen. Der „Kleine Jihad“ dagegen meint den Kampfeinsatz für die Verteidigung sowie die Ausbreitung des islamischen Herrschaftsbereichs.

Unter der Bezeichnung Jihadisten werden die unterschiedlich strukturierten Gruppierungen des terroristischen Netzwerkes zusammengefasst. Ihnen gemeinsam ist, dass sie unter Jihad den einseitigen Aufruf zum gewaltsamen Widerstand gegen alle „Feinde des Islam“ verstehen.

Ideologische Wurzeln

Die Jihadisten bedienen sich des salafistischen Gedankengutes (siehe Kapitel 5.2.6.1.). Die Muslimbruderschaft gilt gemeinhin als die erste jihadistische Bewegung. Sie forderte bereits Anfang des 20. Jahrhunderts in Ägypten die Aufhebung aller Gesetze, die der „Scharia“ widerspreche sowie die Abschaffung des Parteiensystems. Der wichtigste Vordenker der militanten Muslimbrüder war Sayyid Qutub (1906-1966). Bis heute prägen seine Werke die jihadistische Szene. In seinen Schriften hebt er die muslimische Pflicht zum gewaltsamen Widerstand hervor. Die Muslimbruderschaft bestimmt noch heute bekannte jihadistische Gruppierungen, wie zum Beispiel die „al-Qaida“. Diese nutzt den Jihad als religiöse Legitimation für Terroranschläge.

Jihad im Westen

Aiman az-Zawahiri als ideologischer Führer der „al-Qaida“ legte das Fundament dafür, den Jihad gegen den Westen zu führen. Der Ägypter ist nach Usama bin Ladin die „Nummer zwei“ in der Hierarchie der „al-Qaida“. „Der ferne Feind“, damit sind die USA und ihre Verbündeten gemeint, müsse angegriffen werden, um ihn davon abzuhalten, „den nahen Feind“ (Regierungen in der arabischen Welt) weiter zu unterstützen.

Bin Ladin fügte hinzu, dass es individuelle Pflicht eines jeden Muslims sei, Amerikaner und ihre Verbündeten – Zivilisten und Militärs gleichermaßen – zu töten, wo immer sich die Möglichkeit dazu biete, bis die heiligen Stätten der Muslime von den „Ungläubigen“ befreit seien. Im August 1996 veröffentlichte bin Ladin dazu einen Text mit dem Titel „Jihad-Erklärung gegen die Amerikaner, die das Land der Heiligen Stätten besetzt halten“ und erklärte den USA den Krieg. Der „Westen“ wird pauschal für Unterdrückung, Korruption und den „Niedergang sittlicher Werte“ verantwortlich gemacht.



Aiman az-Zawahiri

Diese Aufrufe bilden den ideologischen Ausgangspunkt für die zahlreichen Anschläge in aller Welt, so zum Beispiel die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA, am 11. März 2004 in Madrid und am 7. Juli 2005 in London.

5.2.2. „Al-Qaida“ von den Anfängen bis heute

Die Entstehung des jihadistischen Phänomens ist verstärkt auf die sowjetische Invasion in Afghanistan im Jahr 1979 zurückzuführen. Der Widerstand gegen die Besatzung (1979-1989) formierte sich unter religiösen Vorzeichen. Die Vorbereitung der Freiwilligen auf den Kampf gegen die sowjetische Armee erfolgte in speziellen Trainingslagern. Damit wurde dort auch die Basis für eine Terrorausbildung gelegt, von der die Afghanistankämpfer später bei Anschlägen in ihren jeweiligen Heimatländern profitierten.

In diesem Zusammenhang wurde erstmals auch die von Usama bin Ladin gegründete „al-Qaida“ bekannt. Ihr Zweck war zunächst die logistische Unterstützung der afghanischen Kämpfer mit Geld, militärischer und religiöser Ausbildung sowie mit freiwilligen Kämpfern überwiegend arabischer Herkunft. Darüber hinaus nahm bin Ladin auch als Kommandeur an Kämpfen gegen die Sowjettruppen teil und wird deshalb von den Mujahidin als Führer und Symbolfigur für den „gerechten Kampf“ der Muslime verehrt.

Als Organisation in der jetzigen Form entstand „al-Qaida“ erst Mitte der 1990er-Jahre, als sich bin Ladin mit der ägyptischen Jihad Organisation unter az-Zawahiri verbündete. Zusammen bauten sie eine gemeinsame Organisation auf.

Im Februar 1998 bildete sich unter der Führung von „al-Qaida“ ein internationaler Zusammenschluss, die „Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“. Ihr gehören Netzwerke aus Ägypten, Pakistan, Bangladesch und inzwischen auch aus Irak, Algerien und Usbekistan an.

„Al-Qaida“ heute

Die Militärintervention der alliierten Truppen in Afghanistan nach den Anschlägen vom 11. September 2001 entzog der „al-Qaida“ die örtliche Basis. Ihre Strukturen wurden zum größten Teil zerschlagen. Der Einfluss der Führungsspitze und ihre Fähigkeit, terroristische Anschläge zu verüben, nahmen ab. Zahlreiche „al-Qaida“-Kämpfer suchten im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet Unterschlupf und halten sich auch heute noch schwerpunktmäßig in der Region Waziristan auf.

Der hohe Fahndungsdruck auf „al-Qaida“-Mitglieder und die seit Anfang 2009 zunehmende Zahl von US-Drohnenangriffen schwächten die Organisation in Afghanistan weiter. „Al-Qaida“ ist gleichwohl nach wie vor in der Lage, Anschläge zu verüben.

Das zeigt der vereitelte Anschlag am 25. Dezember 2009 auf ein Passagierflugzeug in den USA. Der 23-jährige Nigerianer Umar Farouk Abdulmuttallab versuchte während eines Fluges von Amsterdam nach Detroit, einen Sprengsatz zu zünden. Er handelte im Auftrag der „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“, die sich im Januar 2009 mit der „Kern-al-Qaida“ zusammengeschlossen hat.

Globaler Charakter der Terrornetzwerke

Das terroristische Netzwerk ist nicht auf ein Territorium begrenzt und hat auch keine festen Organisationsstrukturen. Mittlerweile ist davon auszugehen, dass „al-Qaida“ nur noch mit einem Bruchteil der terroristischen Anschläge weltweit direkt zu tun hat.

Die „Kern-al-Qaida“ gilt als die „Mutterorganisation“, die in den letzten Jahren neue „al-Qaida-Filialen“ gründete. Neben der „Kern-al-Qaida“ existieren verbündete Terrororganisationen im Irak („al-Qaida im Irak“), im Maghreb („al-Qaida im islamischen Maghreb“) und die im Jahr 2009 neu formierte „al-Qaida auf der arabischen



Usama bin Ladin



Halbinsel“. Die „al-Qaida“ hat außerdem in den letzten Jahren intensive Kontakte zu einer Vielzahl von islamistischen Organisationen aufbauen können. Dazu zählen die radikal-sunnitischen Taliban und die „Islamische Jihad Union“.

Daneben gibt es sowohl organisierte als auch lose zusammenhängende Netzwerke von Personen mit ähnlichen Grundüberzeugungen im Nahen Osten, Afrika und Europa, die sich durch ihre Gewaltorientierung auszeichnen. Sie sehen sich als Kämpfer für den Islam.



Die zahlreichen Zellen und Organisationen stehen nicht zwangsläufig mit „al-Qaida“ in Kontakt oder gehorchen ihren Befehlen. Sie fungieren autonom. Dennoch haben sie die Ideologie „al-Qaidas“ verinnerlicht und agieren in deren Sinne. Diese „Koalition der Willigen“ bestärkt den Eindruck, dass die einzelnen terroristischen Organisationen global agieren. Wann, wo, gegen wen und wie es dann zu einem Anschlag kommt, bleibt regionalen Terrorzellen überlassen.

Die Aktivitäten der unzähligen Terrorzellen beruhen jedoch nur vordergründig auf einer einheitlichen Ideologie. Bei den Konflikten, an denen sich islamistische Terroristen mit ihrer gewaltsamen „Lösungsstrategie“ beteiligen, werden ganz unterschiedliche Problemlagen offensichtlich, z.B. im Maghreb, im Nahen Osten, in Tschetschenien. Die führenden Köpfe der internationalen Terrorszene stülpen den lokalen Konflikten die vermeintlich gemeinsame Ideologie des weltweiten Jihads über. Durch Radikalisierung und Indoktrination münzen sie regionale, ethnische oder soziale Konflikte in religiöse Konflikte um und stellen sie in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und Ungläubigen.

Auch in Deutschland ist zu beobachten, dass die Zahl der jungen Muslime wächst, die die Ideologie der „al-Qaida“ begierig aufnehmen. Vor allem bei Jugendlichen, die sich zur jihadistischen Ideologie hingezogen fühlen, werden „al-Qaida“ und ihre Ableger verehrt.

Finanzierung

Bis heute sind die Finanzquellen des „al-Qaida“-Netzwerkes nicht vollständig bekannt. Die Organisation greift bei der Finanzierung auf Privatbetriebe und Wohltätigkeitsvereine zurück, deren Verbindungen untereinander nur schwer zu durchschauen sind. Finanzquellen von Terrororganisationen sind eng mit der organisierten Kriminalität verknüpft. Zum einen handelt es sich um Spenden oder um Gewinne aus legalen Geschäften (zum Beispiel aus dem PKW-Handel). Zum anderen werden Profite aus illegalen Aktivitäten wie Schmuggel, Waffen-, Diamanten- und Drogenhandel, Handel mit gefälschten Pässen oder Kreditkartenbetrug genutzt, um terroristische Belange zu unterstützen.

5.2.3. Jihadismus im Internet und in den Medien

Das Internet ist für Terroristen, aber auch für nicht gewaltbereite Islamisten ein wichtiges Medium, um Propaganda zu verbreiten, Anhänger zu rekrutieren und durch teils passwortgeschützte Chat- und Diskussionsforen Kontakte zu Gleichgesinnten zu knüpfen. Es ermöglicht terroristischen Organisationen eine Dauerpräsenz und bietet ihnen einen sicheren Weg, ihre Stärke zu demonstrieren. Einen breiten Raum nehmen auch virtuelle Handbücher und Anleitungen zur Durchführung des gewaltsamen Jihad ein.



In den letzten Jahren stieg die Zahl der islamistisch-terroristischen Internetseiten. Medienzentren wie die „as-Sahab Media“ für die „Kern-al-Qaida“, „al-Furqan“ für die „al-Qaida im Irak“ oder „Elif Media“ produzierten auch 2009 zahlreiche Propagandavideos mit bekannten „al-Qaida“-Führern oder mit deutschen Jihadisten wie Bekkay Harrach und Eric Breininger, die dann über das Internet verbreitet wurden. Jihad-Sympathisanten reagierten darauf positiv und äußerten sich entsprechend im jihadistischen Internetforum „al-Faluja“.

Vielfältige Nutzungsmöglichkeiten des Internets

- Verbreitung der Propaganda, zur Selbstinszenierung und zum Ideologietransfer
- Informationsaustausch, verdeckte Kommunikation innerhalb der Netzwerke
- Sammlung von Spenden und Rekrutierung von Freiwilligen
- Virtuelles Trainingslager mit Anleitungen zum Vorbereiten und Durchführen von Anschlägen
- Inspiration und Motivation der Anhänger für den Fortbestand der terroristischen Netzwerke und für Anschläge
- Demonstration der Stärke und Verbreitung von Angst
- Fanatisierende Wirkung bis hin zur Selbstradikalisierung

Terrororganisationen haben heute viele Anhänger, die sie bei der Verbreitung von Propaganda, Wissen und Werbung unterstützen.

Dabei ist nicht jeder, der sich in jihadistischen Foren äußert, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung. Dennoch unterstützen sie durch Verbreitung von Propaganda-material terroristische Organisationen und machen sich dadurch strafbar. Schließlich wächst die Gefahr, dass durch islamistische Internetseiten junge Muslime indoktriniert und radikalisiert werden.

5.2.4. Radikalisierung und „home-grown“-Terrorismus

Die Profile islamistischer Terroristen haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Längst stellen nicht mehr nur aus dem Ausland eingereiste Attentäter eine Bedrohung der Sicherheit europäischer Staaten dar. Die Attentäter des Anschlages von Madrid 2004 waren Nordafrikaner, die lange Zeit in Spanien gelebt und zum Teil einen kriminellen Hintergrund hatten. Bei den Attentätern des Anschlages von London 2005 handelte es sich um Briten pakistanischer und jamaikanischer Herkunft, die in zweiter und dritter Generation, scheinbar integriert, in Großbritannien lebten. Diese Beispiele stehen stellvertretend für eine neue Generation islamistisch motivierter Attentäter, sogenannte „home-grown“-Terroristen.

Begriffsbestimmung „home-grown“-Terrorismus

- Personen, die in Ländern mit westlicher Staats- und Gesellschaftsordnung geboren sind oder sich dort lange, meist seit der Kindheit, aufhalten und somit dort auch sozialisiert wurden
- trotz einer strukturellen Integration (z.B. Arbeitsstelle, Wohnung, Vereinsleben) wenden sie sich im Rahmen ihrer weiteren Entwicklung radikalem islamistischen Gedankengut zu und verüben (gegebenenfalls) aus dieser Motivation heraus Anschläge
- insofern können unter den Begriff sowohl Personen mit Migrationshintergrund als auch sich zum Islam bekennende Konvertiten subsumiert werden

Die im März 2010 verurteilte Sauerland-Gruppe basiert ebenfalls auf „home-grown“-Strukturen. Zwei der Hauptakteure sind als junge Deutsche zum Islam konvertiert, während ein türkischstämmiger Täter im Alter von acht Jahren nach Deutschland gekommen war und hier aufwuchs.

Die Wandlung äußerlich integriert erscheinender junger Männer zu islamistischen Gewalttätern wirft viele Fragen zum Radikalisierungsprozess auf. Welchen Einflüssen waren sie ausgesetzt und wie hat sich ihre Hinwendung zu islamistischen Fanatikern, zum Teil von ihrer Umwelt unbemerkt, vollziehen können?

Radikalisierungsprozess

Die analytische Beschäftigung mit dem „home-grown“-Terrorismus und dem damit einhergehenden Phänomen der Radikalisierung steht noch in den Anfängen. Ein Erklärungsmodell stellt die Radikalisierung in Phasen dar (New York Police Department, *Radicalization in the West: The Homegrown Threat*, 2007). Abhängig von der Person und seiner Sozialisation sind die Phasen unterschiedlich stark ausgeprägt. Zu Beginn, d.h. in der Vorradikalisierung, löst sich die Person von ihrem ursprünglichen Umfeld und orientiert sich an einem neuen, z.B. an einer extremistischen Moschee. In dieser Phase ist die aktuelle Situation der Person in ihrer Familie, ihrem sozialen Umfeld und ihre berufliche bzw. Ausbildungssituation ausschlaggebend. Die Phase endet damit, dass die Person erste Kontakte zum islamistischen Milieu aufbaut.

In der Selbstidentifikationsphase rutscht die Person in das islamistische Milieu ab. Bei der Suche nach der eigenen Identität rückt die Religion immer mehr in den Vordergrund. Hier wirken insbesondere Schlüsselpersonlichkeiten aus dem salafistischen Spektrum, die sich meist der jungen Menschen annehmen, islamistische Internetseiten oder fundamentalistische Literaturwerke verschärfend auf die Person ein. Es beginnt die „Erkundungsreise“ in die Welt des Salafismus.

In der nächsten, der Indoktrinationsphase verfestigen verschiedene Faktoren die weitere Radikalisierung. Dabei können persönliche Faktoren, wie die eigene Perspektivlosigkeit oder der Tod von Familienangehörigen, aber auch mediale Jihad-Vorbilder oder Kontakte mit geistigen Führern, die den religiösen Weg für den Jihad ebnen, eine Rolle spielen. Die Selbstidentifikations- und Indoktrinationsphase können ineinander übergehen. Wenn sich die Person entschlossen hat, am militanten Kampf teilzunehmen, ist die letzte Phase, die Jihadisierung, erreicht.



Jihadist aus Deutschland

5.2.5. Jihadistische Entwicklung in Deutschland

Die missglückten Anschläge auf die beiden Regionalzüge am 31. Juli 2006 und die aufgedeckten Anschlagpläne der im März 2010 verurteilten sog. Sauerland-Gruppe zeigen, dass auch Deutschland Ziel von Anschlägen ist.

Einer abstrakt hohen Gefährdung sind US-amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland ausgesetzt. Motiviert durch das deutsche Engagement in Afghanistan und die deutschen Aufbauleistungen im Irak können Anschläge auf deutsche Einrichtungen nicht ausgeschlossen werden.

Daneben dient Deutschland den islamistisch-terroristischen Netzwerken auch als Rückzugs-, Logistik-, Vorbereitungs- und Rekrutierungsraum. Die Netzwerke haben sich in Deutschland eine Infrastruktur aufgebaut, die unter anderem zur Versorgung mit gefälschten Papieren, zur Ausstattung mit Elektronikartikeln und zum Sammeln von Spenden genutzt wird. Die Jihadisten versuchen, junge Muslime für eine Kampfausbildung im Ausland zu rekrutieren. Zielgruppen sind u.a. Sympathisanten islamistischer Organisationen, Studenten und Jugendliche. Die Anwerbungen erfolgen überwiegend im Bekannten- oder Freundeskreis sowie bei politischen- oder religiösen Veranstaltungen.

Propagandaoffensive zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 erreichte die islamistische Propagandaoffensive ihren Höhepunkt. Terroristische Organisationen drohten mehrfach, Anschläge auf deutsche Einrichtungen und Interessen zu verüben und forderten den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan.

Insgesamt erschienen 2009 über 20 jihadistische Drohbotschaften mit Deutschlandbezug, schwerpunktmäßig von Januar bis März sechs und von September bis Oktober elf Drohvideos. Die Inhalte der Botschaften waren vielfältig. Terrorgruppen wie die „al-Qaida“, die „Islamische Bewegung Usbekistan“ (IBU), die „Islamische

Jihad Union“ (IJU) und die Taliban riefen zum Jihad auf und versuchten andere Muslime (in Deutschland) zu mobilisieren. Sie sprachen Drohungen aus, die sich direkt an die deutsche Bevölkerung und an die Bundesregierung richteten.

Diese Botschaften ließen eine neue Qualität der Bedrohung erkennen. Im Unterschied zu den früheren Drohbotschaften wurde direkt auf geplante Anschläge auf deutschem Boden Bezug genommen. So ist die Bundesrepublik Deutschland nach den USA erst der zweite Staat, dem „al-Qaida“ und ihr nahestehende Gruppierungen in der Landessprache mit Anschlägen im Inland drohten.

Im Januar 2009 erschien ein Video, in dem neben anderen deutschen Städten explizit Bremen als ein mögliches Anschlagziel benannt wurde. Dieses Youtube-Video unterscheidet sich deutlich von den anderen Terrorwarnungen. Es ist nicht auf einer „al-Qaida“ nahestehenden Plattform veröffentlicht worden, es fehlen religiöse Bestandteile und es zeugt von einer simplen Herstellung. Diese Warnung wurde von den Bremer Sicherheitsbehörden sehr ernst genommen; derzeit ist jedoch von einer konkreten Gefahr für Bremen nicht auszugehen.

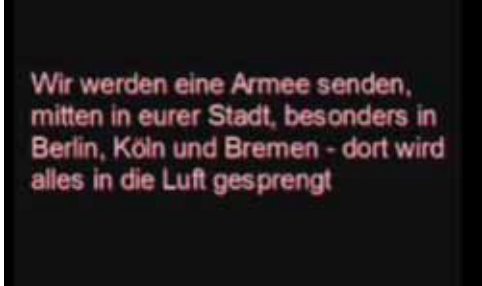
Im Februar 2009 erschien das Video „Das Rettungspaket für Deutschland“ des Deutsch-Marokaners und „al-Qaida“-Mitglieds Bekkay Harrach. Darin forderte er Deutschland auf, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen, und wies auf die bevorstehenden Bundestagswahlen hin. Würde nichts geschehen, so Harrach, würden die Deutschen von „al-Qaida“ und den Taliban nicht verschont werden. Weiterhin hegte Harrach in dem Video den Wunsch, sich „für Allah in die Luft zu sprengen“.

Mit dem am 18. September 2009 von der „al-Qaida“ veröffentlichten Video „Sicherheit – ein geteiltes Schicksal“ begann die Intensivierung der Propagandaoffensive gegen Deutschland unmittelbar vor der Bundestagswahl. Die Drohungen stellten insofern eine weitere Steigerung dar, als dass sie besonders konkret und zeitlich eingegrenzt waren. In dem Video trat Harrach westlich gekleidet vor einem Samtvorhang auf und erklärte, dass das Schicksal des deutschen Volkes vom Ausgang der Wahlen abhängig sei. Das deutsche Volk solle seine Soldaten zurückbeordern. Harrach forderte Muslime in Deutschland dazu auf, zwei Wochen nach der Wahl „von allem, was nicht lebensnotwendig ist, fernzubleiben“. Die muslimische Jugend solle erst abwarten und „al-Qaida“ agieren lassen, wenn der Jihad in Deutschland beginne. Danach könne sie selbst aktiv werden.

Am 20. September 2009 folgte die Audiobotschaft „O Allah, ich liebe Dich!“ mit einem Standbild von Harrach. Der Inhalt ähnelte einer religiösen Predigt und war an die deutschsprachigen Muslime gerichtet, die über die Vorzüge des Jihads aufgeklärt werden sollten. Am 25. September 2009 erschien der zweite Teil „O Allah, ich liebe Dich II“; Harrach forderte die Muslime in Deutschland auf, am Jihad teilzunehmen.

Anknüpfend an Harrachs Botschaften drohten weitere „al-Qaida“-Akteure, insbesondere hochrangige wie Usama bin Ladin und Aiman az-Zawahiri, mittels verschiedener Videoverlautbarungen Deutschland unmittelbar. So wurde beispielsweise am 25. September 2009 in jihadistischen Internetforen eine arabischsprachige Audiobotschaft mit deutschen Untertiteln unter der Überschrift „Botschaft an die Völker Europas“ von bin Ladin veröffentlicht. Darin wurden die USA und Europa für ihr Engagement in Afghanistan kritisiert. Nach bin Ladin seien sie Schuld am Tod unschuldiger Zivilisten. Er rief in seiner Botschaft die Europäer zur Beendigung ihrer „Ungerechtigkeit“ und zum Abzug der Truppen aus Afghanistan auf.

In dem Drohvideo der islamistischen Taliban „Der Ruf zur Wahrheit“, das kurz vor der Bundestagswahl erschien, wurde das Bedrohungsszenario für Deutschland durch die Einblendung von Bildern aus deutschen Großstädten konkretisiert. Es wurden das Brandenburger Tor in Berlin, die Skyline von Frankfurt am Main, das Oktoberfest in München, der Hamburger Hauptbahnhof und der Kölner Dom eingeblendet.



Videos von Bekkay Harrach



„Der Ruf zur Wahrheit“

Die Propagandaoffensive des Jahres 2009 wurde in deutschen und internationalen Jihadforen lebhaft thematisiert. Die Auswertung dieser, den Jihad befürwortenden Beiträge bestätigt die Einschätzung, dass sich auch in Deutschland Einzelpersonen, unabhängig von der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, berufen fühlen könnten, Anschläge im Inland durchzuführen.

In der Zeit vor und nach der Bundestagswahl waren die Sicherheitsbehörden im Unklaren darüber, ob die Anschlagdrohungen der Jihadisten realisiert würden oder „nur“ als Propagandaoffensive zu verstehen seien. Bis Ende 2009 konnte kein Anschlag oder Anschlagversuch in Deutschland verzeichnet werden. Unklar ist jedoch, ob das auf die erfolgreiche Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist oder auf die nicht eindeutig definierten Ziele der islamistischen Terroristen. Offen geblieben ist auch, welche Ziele die einzelnen Terrororganisationen mit der Medienoffensive verfolgt haben. Es ist zu vermuten, dass die terroristischen Gruppierungen darauf abzielten, wieder stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. So sollte vermutlich in Deutschland ein Klima der Angst geschürt und junge Muslime für den Jihad rekrutiert werden.

Von den Sicherheitsbehörden wird die Lage als ernst eingestuft. Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich nach wie vor einer abstrakt hohen Bedrohung ausgesetzt, da die Anschlaggefahr durch einzelne islamistisch motivierte Personen oder terroristische Zellen fortbesteht.

Ausreisewelle

Die Einschätzung der abstrakt hohen Gefahr von Anschlägen in Deutschland wurde auch durch die Anfang 2009 zunehmend zu beobachtenden Ausreisen und Ausreiseversuche in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet bestärkt.

Insgesamt sollen seit Beginn der neunziger Jahre nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden rund 215 Personen mit Deutschlandbezug und einem islamistisch-terroristischen Hintergrund eine paramilitärische Ausbildung erhalten oder eine solche beabsichtigt haben. Knapp die Hälfte dieses Personenkreises hält sich vermutlich wieder in Deutschland auf, während sich ca. 40 mutmaßlich seit 2001 an Kampfhandlungen in Krisengebieten beteiligen.

Sauerland-Gruppe

Am eindrucksvollsten zeigen die Anschlagsvorbereitungen der sog. Sauerland-Gruppe, dass Deutschland auch zum Operationsgebiet von Terroristen geworden ist.

Im April 2009 begann vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf der Strafprozess gegen die vier Mitglieder der sogenannten Sauerland-Gruppe. Den Angeklagten F. Gelowicz, D. Schneider, A. Yilmaz und A. Selek wurde vorgeworfen, Anschläge innerhalb Deutschlands, unter anderem auf US-amerikanische Einrichtungen, vorbereitet zu haben. Die Angeklagten wurden im März 2010 wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a Abs. 2 StGB verurteilt. Das OLG Düsseldorf verhängte jeweils eine Haftstrafe von zwölf Jahren gegen die beiden zum Islam konvertierten Deutschen Gelowicz und Schneider. Der türkische Staatsbürger Yilmaz wurde zu elf Jahren und der Deutsch-Türke Selek zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Nach eigenen Angaben waren die vier Angeklagten Mitglieder der „Islamischen Jihad Union“ (IJU), einer Terrorgruppe, die ihren Ursprung in Usbekistan hat. Die IJU wurde 2002 gegründet und zählt zum „al-Qaida“-Netzwerk. Ca. 300 Kämpfer operieren von Terrorcamps im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aus.



Die Geständnisse der vier Angeklagten verdeutlichen ihre Ziele. Sie hatten zunächst den Wunsch, als Kämpfer in den Krisengebieten wie Irak oder Tschetschenien am Jihad teilzunehmen. In der späteren, speziell auf die Anschlagsbegehung in Deutschland zugeschnittenen Ausbildung in Pakistan lernten sie die Herstellung unkonventioneller Sprengstoffe. Mit mehr als 700 Litern Wasserstoffperoxid sollten Autobomben gebaut werden, um Anschläge in Deutschland gegen US-Einrichtungen, Diskotheken oder Flughäfen zu verüben. Dadurch wollten sie den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan erzwingen.

Die Ergebnisse des Prozesses ermöglichen einen tiefen Einblick in die Zusammenhänge des transnationalen islamistischen und des „home-grown“-Terrorismus.

5.2.6. Salafistische/Jihadistische Tendenzen in Bremen

5.2.6.1. „Islamisches Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ)

Mitglieder: ca. 250 - 350 Besucher zum Freitagsgebet

Entwicklung

Das „Islamische Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ) wurde 2001 als „Islamisches Kulturzentrum Abu Bakr Moschee e.V.“ gegründet. Im Jahr 2003 wurde es in „Islamisches Kulturzentrum Bremen e.V.“ umbenannt. Die Vereinsräumlichkeiten, die auch als Moschee genutzt werden, befinden sich am Breitenweg 57/59 in Bremen. Laut Satzung sind die Ziele des Vereins die Förderung und Zusammenführung von Personen muslimischen Glaubens, die Bekanntmachung des Islams, das Bereitstellen von Gebetsräumen, die Durchführung von Arabischunterricht für Kinder und die Vermittlung der arabischen Sprache und Kultur an interessierte Personen.

Das Freitagsgebet ist mit 250 - 350 Besuchern das am stärksten frequentierte Gebet im IKZ. Es werden aber auch an weiteren Tagen Gebete abgehalten, jedoch mit weitaus geringerer Teilnehmerzahl. Die Gebete werden von Personen verschiedener Länder besucht. Ein Großteil der Besucher entstammt dem nordafrikanischen Raum. Hinzu kommen Besucher aus weiteren Ländern und Gebieten, wie der Türkei, dem Balkan oder dem russischsprachigen Raum. Am Wochenende findet zusätzlich sowohl für Erwachsene als auch für Kinder ein Arabischunterricht statt.

Salafismus-Ideologie

Salafisten berufen sich auf die frühislamische Zeit und versuchen, die Lebensart der Muslime in Mekka und Medina des 7. Jahrhunderts (Lebenszeit des Propheten Muhammad) detailgetreu zu kopieren. Bis heute glauben die Anhänger der klassischen Salafiya, die Ende des 19. Jahrhunderts im Vorderen Orient entstand, durch die Rückbesinnung auf den wahren Islam Lösungen für die Probleme der Gegenwart zu bieten. Dazu forcieren sie die Bereinigung der islamischen Glaubensgrundsätze von allen Traditionen, die sich nicht auf ihre Interpretation des sogenannten Ur-Islams zurückführen lassen. Dies bedeutet, dass jegliche Neuerungen, die nicht in ihre Auslegung passen, zu unterbinden sind.

Die Orientierung an einer Zeit von vor 1.400 Jahren bezieht sich auch auf Äußerlichkeiten des alltäglichen Lebens. Hierzu zählen neben speziellen Zahnputztechniken unter anderem auch das Tragen von knöchellangen Gewändern sowie der Vollbart, wie der Prophet Muhammad ihn trug.



Gebäude Breitenweg

Politischer und jihadistischer Salafismus

Das islamistische Spektrum des Salafismus lässt sich in eine politische und jihadistische Strömung unterteilen, die sich in der Wahl ihrer Mittel unterscheiden.

Die Grenze zwischen den beiden Strömungen ist z.T. fließend.

Die politisch ausgerichteten Salafisten beabsichtigen durch intensive Propaganda und Missionierung einen islamischen Staat zu errichten, in dem ausschließlich die Gesetze Gottes („Scharia“) gelten.

Die jihadistischen Salafisten (siehe Kapitel 5.2.1.) kämpfen gegen den „Westen“, versuchen ihre Absichten mit Gewalt durchzusetzen und schrecken vor Anschlägen sowie vor menschlichen Opfern nicht zurück.

Das Ziel der Salafisten, ein islamisches Staats- und Rechtswesen auf Basis der „Scharia“ aufzubauen, widerspricht den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (siehe Kapitel 5.1.). Auch die Verdrängung der demokratisch legitimierten Rechtsvorschriften durch vermeintlich von Gott geschaffene Normen trägt hierzu maßgeblich bei.

Führende Vertreter des IKZ sowie ein Teil der Moscheebesucher sind dem Spektrum des politischen Salafismus zuzuordnen.

Salafistische Szene in Bremen und deren Veranstaltungen 2009

Die salafistische Szene in Deutschland ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Auch im Land Bremen ist eine zunehmende Anhängerschaft in dieser Szene festzustellen. Im Jahr 2009 hat das IKZ seine Kooperation mit prominenten salafistischen Vertretern aus Braunschweig, Köln und Leipzig ausgeweitet. Durch Hinweise auf Veranstaltungen im IKZ auf der Internetseite der „Einladung-zum-Paradies-Bewegung“ (www.einladungzumparadies.de) wird deutlich, dass sich das IKZ als Teil dieses bundesweiten salafistischen Netzwerkes sieht und als solches anerkannt wird.

Die Internetseiten des IKZ (www.islamhb.de und www.islaambremen.de) sowie die mittelbar dem IKZ zuzurechnende Seite (www.dawateambremen.zikle.de) zeigen ebenfalls dessen salafistische Ausrichtung.

Die Bremer Bewegung wird auch von Salafisten aus dem Ausland unterstützt. So hielten bei einem Islamseminar im August 2009 zwei Geistliche aus Saudi-Arabien im IKZ mehrere Schulungsbeiträge.

In den Vorträgen wurde 2009 sowohl über fundamental-religiöse Fragestellungen als auch zur „Scharia“ referiert. Der Zusammenhalt der Gemeinde war ebenfalls häufiges Thema.

Die Inhalte und die Referenten der Veranstaltungen im Jahr 2009 zeigen, dass die Kernanhänger des IKZ einen gesellschaftlichen Zustand wie zur Zeit des Propheten Muhammads anstreben. Moderne Realitäten werden dabei als unerlaubte Neuerungen nicht toleriert. Die Unvereinbarkeit der salafistischen Ideologie mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zeigt sich beim IKZ unter anderem in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter. Das von Anhängern des IKZ propagierte Frauenbild und die der Frau zuteilwerdenden Rechte und Pflichten negieren die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das wird zum Beispiel auf der eigenen Internetpräsenz des IKZ (www.islaambremen.de) deutlich. Dort wird festgestellt, dass eine Frau eine Sünde begeht, wenn sie sich alleine weiter als einen Tagesfußmarsch von ihrem Zuhause entfernt.

Das Buch „Frauen im Schutz des Islam“ wird auf einer Internetseite (www.diesuesse-desglaubens.de), die dem Umfeld des IKZ zuzurechnen ist, als lesenswerte Literatur empfohlen. Dieses Buch, das 2009 offen im IKZ erhältlich war, wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien Anfang des Jahres 2009 auf den Index für jugendgefährdende Schriften gesetzt. Grund hierfür ist das enthaltene Frauenbild sowie die Tolerierung und religiöse Legitimierung von Gewalt gegenüber Frauen.



Führende Vertreter des IKZ betrachten es als ihre religiöse Pflicht, den rechten Glauben allen Menschen näherzubringen. Dieses Ziel versuchen sie durch ihre Missionierungsarbeit (Da'wa) zu erreichen. In diesem Zusammenhang sind durch das IKZ im vergangenen Jahr mehrfach Informationsstände in der Nähe des Bremer Hauptbahnhofes organisiert worden.

Da'wa

Wörtlich übersetzt heißt Da'wa „Ruf“ und kann als Einladung zum Islam verstanden werden. Einige Muslime sehen es als ihre Pflicht an, den Islam anderen Menschen vorzustellen und sie für den Islam zu gewinnen. So heißt es im Koran (Sure 16, Vers 125): „Ruf (die Menschen) mit Weisheit und einer guten Ermahnung auf den Weg deines Herrn und streite mit ihnen auf eine möglichst gute Art.“ Nach der islamischen Lehre sollte die Einladung im Rahmen der Religions- und Gewissensfreiheit stattfinden, denn im Islam darf eine solche Einladung nicht mit der Androhung oder Anwendung von Gewalt einhergehen.

Kindergartenprojekt

Eine dem IKZ zuzurechnende Personengruppe plant seit Mitte 2009 die Gründung eines muslimischen Kindergartens. Dazu haben Eltern die „Initiative Kindergarten Bremen e.V.“ gegründet, die auch im Internet vertreten ist (www.aliflammim-kita.de). Eine Kinderbetreuung in Form von Unterricht findet in den Räumen des IKZ am Wochenende bereits statt. Laut Eigenauskunft ist in einem zukünftigen Kindergarten eine bilinguale Erziehung der Kinder beabsichtigt. Jedoch wird als Beweggrund auch deutlich, dass die Kinder von westlichen Bräuchen und Wertvorstellungen ferngehalten werden sollen. In einem im Internet veröffentlichten Video heißt es zu einem nichtmuslimischen Kindergarten: „[...] sie werden dort lernen Geburtstage, Weihnachten und Ostern zu feiern und werden Musik hören dort und sie werden Lebensmittel zu sich nehmen, die mit dem Islam nicht vereinbar sind. Von daher bitten wir euch dies nicht zuzulassen, da sie islamische Werte brauchen [...] und inshallah [so Gott will] wir wollen mit Allahs Erlaubnis einen eigenen islamischen Kindergarten eröffnen.“ Als Werbung verbunden mit einem Spendenaufruf für das Projekt wurden im IKZ sowie in anderen Moscheen in und um Bremen Flugblätter verteilt.



Flugblatt Spendenaufruf

5.2.6.2. „Kultur & Familien Verein e.V.“

Mitglieder: 8 Gründungsmitglieder laut Satzung
sowie ca. 15 Besucher

Entwicklung

Der „Kultur & Familien Verein e.V.“ wurde im November 2007 gegründet und im Juni 2008 in das Vereinsregister eingetragen. Im Sommer 2008 wurden anschließend eigene Vereinsräumlichkeiten in Bremen-Gröpelingen angemietet. Laut Satzung besteht der Vereinszweck in der Zusammenführung von Familien aus internationalen sowie nationalen Kulturen zur Förderung einer besseren Integration. Tatsächlich handelt es sich bei dem Verein jedoch um eine Moschee. Eigendarstellungen des Vereins im Internet zufolge nennt sich die Moschee „Mesjid ul Furqan“, was im deutschen Sprachgebrauch mit „Moschee der Offenbarung/Erleuchtung“ übersetzt werden kann. Zudem wird mit einem separaten Frauenbereich und dem Angebot von Islamunterricht geworben, der in verschiedenen Sprachen gehalten wird.

Seit Gründung des Vereins ist, mit gewissen Schwankungen, ein stetiger Anstieg der Besucherzahlen zu verzeichnen. Dabei findet die Moschee nicht nur aus Bremen Zuspruch, sondern zum Teil auch aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland. Die Anhänger des „Kultur & Familien Vereins e.V.“ sind der jihadistisch-salafistischen Strömung mit „Takfir“-Elementen zuzuordnen.



Gebäude Gröpelingen

„Takfir“-Ideologie

„Takfir“ bedeutet, jemanden zum „Ungläubigen“ zu erklären.

Historie

Als Organisation konnten sich erstmalig in den 70er-Jahren die Anhänger dieser Ideologie in Ägypten etablieren. Der Hauptgründer der Gruppe, Shukri Mustafa, und ihm ideologisch nahestehende Anhänger vertraten die Ansicht, dass andere Muslime zu Ungläubigen zu erklären seien, sollten diese nicht ihrer strengen Islaminterpretation zustimmen. Das führte dazu, dass sie den größten Teil der ägyptischen Gesellschaft zu Ungläubigen erklärten. In dieser Zeit hatte die Gruppe jedoch keine eigene Bezeichnung.

Um die Gruppe dem ägyptischen Volk gegenüber zu diskreditieren, nannte die ägyptische Regierung die Organisation „Takfir wal-Hijra“, das für Ausschluss und Auswanderung steht.

Die Mitglieder der Organisation zogen sich aus der Gesellschaft zurück („Hijra“) und erklärten den Ungläubigen den heiligen Krieg (Jihad).

Aufgrund zunehmender gewalttätiger Aktionen wurde die Organisation durch die ägyptische Regierung aufgelöst und Shukri Mustafa 1978 hingerichtet.

In Deutschland sind keine Organisationsstrukturen wie im damaligen Ägypten zu verzeichnen. Vielmehr ist eine ideologische Strömung mit einzelnen Anhängern vorhanden, die sich zum Teil im Bundesgebiet zu kleinen, abgeschotteten Zellen zusammengeschlossen haben und untereinander kommunizieren. Sie bezeichnen sich selbst als „Al Muwahidun“ oder „Ansar at-tawhid“.

Jihadistischer Salafismus mit „Takfir“-Elementen

Da die Anhänger dieser salafistischen Strömung grundsätzlich Gewalt zur Verwirklichung ihrer Ziele nicht ablehnen, können sie als jihadistische Salafisten mit „Takfir“-Elementen bezeichnet werden. Die Einstellung zum Jihad ist jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt. Die „Ungläubigen“ werden von einem großen Teil der Anhänger nicht nur als solche bezeichnet, sondern sollen auch bekämpft werden. Der Abfall vom Glauben (Apostasie) soll unter anderem mit dem Tode bestraft werden.



Logo „Tawhid“

Die Anhänger der „Takfir“-Ideologie lehnen alle Staatsformen, die nicht auf den Grundsätzen der „Scharia“ basieren, als unislamisch ab. Sie orientieren sich streng an den Überlieferungen des Korans, der Prophetentradition und stützen sich auf das zentrale Konzept des Islams, den strikten Monotheismus („Tawhid“). Das heißt, dass nicht nur der „Glaube an die Einheit Gottes“ forciert wird, sondern auch Gott zum Gesetzgeber erhoben wird.

Die salafistisch-takfiristische Ideologie verstößt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (siehe zum Salafismus Kapitel 5.2.6.1.). Mit den Werten des Grundgesetzes sind die propagierten frühislamischen Gesellschafts- und Herrschaftsformen nicht in Einklang zu bringen. Hierzu zählen bei den „Takfiris“ auch, entgegen dem grundrechtlich garantierten Gleichheitsgrundsatz und der Religionsfreiheit, die strikte Ab- und Ausgrenzung von Andersgläubigen sowie die Ablehnung jeglicher Berührung mit dem säkularen Staat und seinen Institutionen. Verschärfend kommt bei den „Takfiris“ noch die positive Einstellung zur Gewalt, insbesondere gegenüber Ungläubigen, hinzu.

„Takfir-Szene“ in Bremen

Ein tiefgründiges ideologisches Zerwürfnis hat 2008 zur Abkehr einiger Besucher aus dem „Islamischen Kulturzentrum Bremen e.V.“ (siehe Kapitel 5.2.6.1.) und zur Gründung des „Kultur & Familien Verein e.V.“ geführt.

Diese Gruppe von 12 Personen hat ihre religiös-ideologischen Vorstellungen in einer schriftlichen Lossagung dargelegt. Aus ihr geht hervor, dass jeder, der die Grundlagen des Islam nicht kennt und diesen dadurch zerstört, kein „wahrer Muslim“ sei. Aus der Lossagung ist zu schließen, dass Menschen, auch andere Muslime, für ungläubig (Kuffar) zu erklären seien, die neben Allah noch andere Autoritäten zulassen. Es sei die Pflicht eines jeden Muslims, jeden Menschen zu bekämpfen, der diese Ansichten nicht teilt.

Die Vereinsanhänger verfolgen die strikte Einhaltung des Monotheismus. Die deutsche Rechtsordnung hat nach Auffassung der Hauptakteure des „Kultur & Familien Verein e.V.“ keine Gültigkeit. Nach deren Ansicht soll der Islam als Gesellschaftsordnung und die „Scharia“ verbindlich für die ganze Menschheit sein.

Medienberichterstattung

Ein Gründungsmitglied des Vereins war u.a. Ziel der Berichterstattung über die islamistische Szene in Deutschland im Jahre 2009. So wurde dieser beispielsweise im FOCUS Anfang des Jahres in einem Titelthema „Terrorismus - Das ganze Land erobern – Eine neue Untergrundarmee breitet sich in Deutschland aus“ als „mutmaßlicher Dschihadist, als heiliger Krieger in Wartestellung“ dargestellt.

Der Verein selbst war ebenfalls Gegenstand von Berichterstattungen durch die Medien. Unter anderem berichtete „Radio Bremen“ in seinem Magazin „buten un binnen“ im Juli 2009 von einer in den Vereinsräumlichkeiten durchgeführten polizeilichen Maßnahme. Anlass waren Hinweise auf mögliche extremistische, islamistische Aktivitäten und Informationen über einen überdurchschnittlich hohen Besucherstrom aus dem In- und Ausland.

Bezüge zur „al-Qaida“

Ermittlungsverfahren „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF)

Ende 2008 geriet der Verein im Rahmen eines von der Bundesanwaltschaft geführten Ermittlungsverfahrens gemäß § 129b StGB gegen die deutschsprachige „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF) in den Blick der Sicherheitsbehörden.

GIMF

Bei der GIMF handelt es sich um ein internationales Netzwerk von Internetaktivisten, die die „al-Qaida“-Ideologie mittels Audio- und Videobotschaften verbreiten. Sie werben für eine Unterstützung des gewaltsamen, islamistischen Kampfes. Der deutschsprachige Ableger der GIMF forderte u.a. Deutschland und Österreich zum Abzug ihrer Soldaten aus Afghanistan auf. Das deutsche Forum wurde im Sommer 2008 geschlossen.

In das Ermittlungsverfahren sind auch zwei Gründungsmitglieder des „Kultur & Familien Vereins e.V.“ involviert. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, inhaltlich für die Seiten der GIMF verantwortlich zu sein und durch Beiträge in einem Forum der GIMF die ausländischen terroristischen Vereinigungen „al-Qaida“, „al-Qaida im Zweistromland“ sowie die „Ansar al-Islam“ unterstützt zu haben.

Im November 2008 wurden in mehreren Bundesländern insgesamt elf Durchsuchungsbeschlüsse bei acht Beschuldigten vollstreckt. Im Zuge dieser Maßnahmen erfolgte auch die Durchsuchung der Wohnungen der beiden Beschuldigten in Bremen sowie der Vereinsräumlichkeiten des „Kultur & Familien Vereins e.V.“.



Logo GIMF

Passversagung

Im Jahr 2008 wurde einem Protagonisten des „Kultur & Familien Verein e.V.“ durch die Meldebehörde Bremen die Ausstellung eines Reisepasses verweigert. Der Begründung ist zu entnehmen, dass der Polizei Bremen konkrete Tatsachen vorliegen, „...die die Annahme begründen, dass der Passbewerber unmittelbar beabsichtigt, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, um sich im außereuropäischen Ausland in ein Ausbildungslager der Terrororganisation „al-Qaida“ zu begeben und sich dort im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen bzw. in sonstigen militärischen bzw. terroristischen Fähigkeiten unterweisen zu lassen...“. Es wurde außerdem verfügt, dass der Bundespersonalausweis nicht zum Verlassen der Bundesrepublik berechtigt.

Gründungsmitglied Zeuge im Prozess gegen deutschen „al-Qaida“-Terroristen

Das Oberlandesgericht in Koblenz hat im Juli 2009 Aleem N., einen deutschen Staatsangehörigen pakistanischer Herkunft, zu acht Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Aleem N. sich der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung schuldig gemacht sowie mehrfach gegen das Außenwirtschaftsgesetz und ein EU-Embargo verstoßen hat.

Im Rahmen des Prozesses gegen Aleem N. wurde auch ein Gründungsmitglied des „Kultur & Familien Verein e.V.“ als Zeuge zu seinen durchgeführten Auslandsreisen, seiner Motivation sowie zu seiner Verbindung zum Angeklagten Aleem N. angehört. In dem Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz wurde strafverschärfend festgestellt, dass Aleem N. über mehr als drei Jahre eine hervorgehobene mitgliedschaftliche Stellung innerhalb der „al-Qaida“ innehatte. Diese erlaubte es ihm, neue Kämpfer zu rekrutieren, deren Vertrauenswürdigkeit und Eignung zu überprüfen und sie mit Empfehlungsschreiben auszustatten. Ihm wurde auch zur Last gelegt, das Terrornetzwerk mit Geldspenden und militärischer Ausrüstung versorgt zu haben.

Bei einem der geworbenen Rekruten handelt es sich um den Deutschmarokkaner Bekkay Harrach. Harrach sorgte während des Bundestagswahlkampfes im Jahr 2009 mit seinen Drohvideos für Schlagzeilen (siehe Kapitel 5.2.5.).

Aktivitäten des „Kultur & Familien Verein e.V.“

Islamistisches Netzwerk

Im Jahr 2009 konnten verschiedene europäische und internationale Reisebewegungen im Umfeld des „Kultur & Familien Verein e.V.“ verzeichnet werden. Möglicherweise wird der Versuch unternommen, ein Netzwerk aufzubauen, das der salafistisch-takfiristischen Ideologie zuzurechnen ist. Die stetig anwachsende Zahl auch europaweiter Besucher lässt darauf schließen, dass der Austausch innerhalb eines möglichen Netzwerkes der intensiven Kontaktpflege und der Gewinnung neuer Mitglieder dienen soll. So hat beispielsweise am 4. Juli 2009 in den Vereinsräumlichkeiten des „Kultur & Familien Verein e.V.“ eine Veranstaltung europäischer Anhänger der salafistischen Szene stattgefunden.

Internetpräsenz

Die Nutzung des Internets gewinnt auch im „Kultur & Familien Verein e.V.“ immer mehr an Bedeutung. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte versuchte der Verein das muslimische Zielpublikum mit verschieden gestalteten Videos zu erreichen und für seine Arbeit zu werben.

Es ist zudem die Absicht erkennbar, mit diesem Medium die Anziehungskraft der vom „Kultur & Familien Verein e.V.“ propagierten Ideologie auf junge Muslime zu steigern. Videos unterschiedlichster Art wurden in dem Internetportal „Youtube“ veröffentlicht, die sowohl Predigten mit eher religiösen Inhalten zum Fastenmonat Ramadan als auch solche mit einem salafistischen Islamverständnis zeigen.



Screenshot „Youtube“-Video

Der Verein wirbt mit der regelmäßigen Veröffentlichung neuer Islamunterrichte, die nach dem Koran und der Sunna in deutscher, arabischer und türkischer Sprache gelehrt werden. Die Moschee bietet einen separaten Gebetsraum für Frauen. Es besteht für sie auch die Möglichkeit, getrennt von den Männern an den Unterrichtsveranstaltungen teilzunehmen. Der Eigendarstellung des „Kultur & Familien Verein e.V.“ im Internet zufolge sind alle Unterrichte in ihrer Moschee streng nach dem salafistischen Verständnis aufgebaut.

Die Videos in dem Internetportal „Youtube“ zeigen auch Freizeitaktivitäten, die seitens der Moscheebesucher durchgeführt werden. Sie vermitteln den Eindruck einer religiösen Gemeinschaft und eines starken Zusammengehörigkeitsgefühls.

5.3. Islamistischer Extremismus in Bremen

5.3.1. „Tablighi Jama'at“ (TJ)

Mitglieder: ca. 700 in Deutschland
ca. 20 in Bremen



Entwicklung

Die „Tablighi Jama'at“ (Gemeinschaft für Verkündigung und Mission) wurde um 1926 von dem Religionsgelehrten Maulawi Muhammad Ilyas als eine Wiedererweckungs- und Missionsbewegung gegründet und zählt heute, gemessen an Zahl und Verbreitung ihrer Anhänger, zu den weltweit bedeutendsten islamischen Bewegungen.

Das geistige Zentrum der „Tablighi Jama'at“ (TJ) befindet sich in Lahore (Pakistan). Die organisatorische TJ-Zentrale ist in Delhi (Indien) angesiedelt. Im europäischen Zentrum in Leeds (Großbritannien) werden überwiegend die europäischen Treffen der TJ organisiert. Das Zentrum besitzt jedoch keine Weisungsbefugnis an die TJ-Organisationen in den einzelnen Ländern. Diese sind an Entscheidungen aus Indien oder Pakistan gebunden.

Ideologie

Die Bewegung der „Tablighi Jama'at“ ist dem salafistischen Spektrum zuzuordnen. Die Missionierungsarbeit der TJ richtet sich vor allem an „verirrte Muslime“, die nach Meinung der TJ vom „rechten Weg“ abgekommen sind und „re-islamisiert“ werden sollen. Durch ein beispielgebendes frommes Leben und die selbstlose Missionsarbeit der Mitglieder soll der Islam als „wahre Religion“ weltweit verbreitet werden. Dabei ist eine Bekehrung von „Nichtmuslimen“ zunächst nicht das vordergründige Ziel ihrer Missionierungsarbeit, letztlich jedoch notwendig zur Realisierung des „höchsten“ Zieles, der Islamisierung der Gesellschaft und der Etablierung eines islamischen Staates.

Bezüge zum Islamismus

Die TJ gilt an sich als friedfertig, verfolgt nach eigenen Angaben keine politischen Zielsetzungen und lehnt Gewalt ab.

In einem Urteil des OVG Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2009 wird festgestellt, dass die TJ keine Vereinigung ist, die den Terrorismus unterstützt. Sie sei eine religiöse Großorganisation mit weltweit mehreren Millionen Anhängern. Nicht übersehen werden darf allerdings, dass einige bekannte Islamisten einen Werdegang in der TJ aufweisen.

Wie alle Salafisten fordern die Anhänger der TJ die strikte Einhaltung der „Scharia“. Für sie stellen die Schriften des Islams nicht nur religiöse Gebote dar, sondern werden auch für politische Ziele herangezogen. Damit ist die Grenze zum Extremismus überschritten. Der Islam wird danach auch als staatliches und gesellschaftliches Ordnungssystem verstanden. Das widerspricht der freiheitlich demokratischen Grundordnung (siehe Kapitel 5.1.).

Missionierungsreisen:

Die „Tablighi Jama‘at“ kennt verschiedene Missionsreisen („Jama‘at“), die sich im Wesentlichen in ihrer Dauer unterscheiden.

- Die monatliche 3-Tages-Missionsreise ist eine Pflicht für jedes Mitglied. Hierbei handelt es sich zumeist um Wochenendreisen in benachbarte Städte.
- Die 10- und 40-tägigen Missionierungsreisen werden überwiegend in Missionsgruppen absolviert.
- Die aufwendigste Missionsreise ist die 4-monatige „Jama‘at“. Diese Reise kann die Anhänger, wie auch die 40-tägige „Jama‘at“, ins Ausland führen. Jedes Mitglied soll in seinem Leben zumindest einmal eine 4-monatige Reise in eines der Gründerzentren der TJ (Pakistan, Indien, Bangladesch) absolvieren.

Durch die zum Teil weltweiten Missionsreisen hat die TJ ein großes Netzwerk an Kontakten aufbauen können, das aufgrund einer gemeinsamen ideologischen Basis von militanten salafistischen Gruppierungen auch für terroristische Zwecke nutzbar gemacht und missbraucht werden kann.

Es sind Einzelfälle bekannt, in denen in „Madrassen“ (religiöse Ausbildungszentren) der TJ in Pakistan gezielt nach möglichen Rekruten für den bewaffneten Kampf gesucht worden ist. Ebenso sind bei einzelnen Personen Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass die strikte Ausrichtung des persönlichen Lebens nach den islamischen Glaubensfundamenten der TJ ein möglicher erster Schritt für die Entwicklung zum Jihadisten sein kann. Daher wird die Bewegung auch als ein Sprungbrett in das gewaltbereite islamistische Milieu gesehen.

Struktur und Aktivitäten in Deutschland und Bremen

Die räumliche Struktur der TJ in Deutschland wurde durch die TJ-Führung in Pakistan und Indien festgelegt. Demnach wurde die TJ in Deutschland in zwölf regionale Gebiete aufgeteilt.

Bei den ca. alle vier Monate stattfindenden Deutschlandtreffen wird jeweils ein neuer für Deutschland zuständiger „Emir“ (religiöser Anführer) gewählt. Dieser ist hauptsächlich für die organisatorische Umsetzung der in den Führungszentren der TJ in Pakistan und Indien getroffenen grundlegenden Entscheidungen zuständig. Damit obliegt ihm die geistige und administrative Führung der TJ-Anhänger in Deutschland.

An den regelmäßig stattfindenden bundes- und europaweiten Treffen, auf denen u.a. organisatorische Entscheidungen der Bewegung getroffen werden, beteiligen sich auch Bremer TJ-Anhänger.

Schwerpunkte in Bremen

Obwohl Bremen und sein Umland eines dieser regionalen Gebiete ist, verfügt die TJ in Bremen über keine eigenen Moscheen. Auch im Jahr 2009 wichen ihre Anhänger daher oft auf andere Moscheen aus, wobei ihre konservative, fundamental-islamische Glaubenslehre nicht frei von Kritik der religiös gemäßigter denkenden Gemeindemitglieder ist.

Wichtigste „Anlaufstellen“ von Anhängern der TJ in Bremen sind die Medina Moschee („Pak-Alemi-Center“), das „Islamische Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ, siehe Kapitel 5.2.6.1.) und der „Marokkanische Verein Abu Bakr Moschee e.V.“.

Die Medina Moschee besteht seit 1997 und wird hauptsächlich von Pakistanern, aber auch von Nordafrikanern und Türken besucht.



Medina Moschee

Der „Marokkanische Verein Abu Bakr Moschee e.V.“ wurde 2003 als neuer eigenständiger Verein gegründet, nachdem sich ein Teil ehemaliger Mitglieder des IKZ von diesem lossagte. Bei den Mitgliedern und Besuchern dieses Moschee-Vereins handelt es sich größtenteils um Nordafrikaner, vornehmlich um Marokkaner.

In Bremen findet regelmäßige Da'wa-Arbeit (Missionierung) statt, teilweise auch durch auswärtige TJ-Gruppen. Hierbei gehen TJ-Anhänger in ausgewählten Stadtteilen in traditioneller Kleidung (z. B. in einem langen Gewand „Dschalabiya“, einer Gebetskappe und Ledersandalen) von Tür zu Tür und versuchen, mit Muslimen ins Gespräch zu kommen.

Ziel ist die Verbreitung der islamischen Glaubensfundamente und die Gewinnung weiterer Anhänger. Auswärtige TJ-Gruppen, die in Bremen missionieren, werden von der Bremer Gruppe betreut. Es wird für Unterkunft, Verpflegung und gegebenenfalls für deren Transfer zum Bahnhof oder Flughafen gesorgt. Der Zusammenhalt der TJ-Anhänger zeigt, dass die TJ bemüht ist, ihre Strukturen auf allen örtlichen Ebenen weiterhin zu pflegen.



Abu Bakr Moschee

5.3.2. „Hizb Allah“

Mitglieder: ca. 900 in Deutschland
ca. 50 in Bremen



Entwicklung und Ideologie

Die „Hizb Allah“ (Partei Gottes) ist eine libanesisch-islamistische Organisation, die 1982 nach dem Einmarsch der israelischen Truppen im Libanon auf maßgebliche Initiative des Iran gegründet wurde.

Vorbild für die „Hizb Allah“ ist der „revolutionäre Iran“, der diese finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Mittels der iranischen Unterstützung hat sich die „Hizb Allah“ rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Bekaa-Tal (Süd-Libanon) und in den Vororten von Beirut entwickelt. Das Hauptziel der „Hizb Allah“ ist die Zerstörung des Staates Israel sowie der Schutz des libanesischen Territoriums vor israelischen Militäractionen. Langfristiges Ziel bleibt die Umwandlung des Libanon in eine Republik nach iranischem Vorbild.

Die „Hizb Allah“ ist seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten. Derzeit entfallen auf das Bündnis um die „Hizb Allah“ 57 der insgesamt 128 Parlamentssitze. Ihr militärischer Flügel, „Al-Muqawama al-Islamiya“ (Islamischer Widerstand), ist nach wie vor aktiv.

Struktur und Aktivitäten in Deutschland und Bremen

Von Beirut aus versucht die „Hizb Allah“-Führung schon seit Längerem, in Deutschland eine effiziente Organisationsstruktur aufzubauen.

Jedoch dauerten interne Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den hier lebenden Anhängern auch im Jahr 2009 an. Eine von allen Anhängern akzeptierte Führung konnte somit nicht etabliert werden.

Zu den Feierlichkeiten zum Aschura-Fest und dem Ramadan reisten, wie auch in den Vorjahren, Geistliche aus dem Libanon und dem Irak zur Betreuung der „Hizb Allah“-Gemeinden an. Die Geistlichen predigten überwiegend religiöse Themen; politische Äußerungen wurden nicht getätigt.

Die Anhänger der „Hizb Allah“ setzen sich in Deutschland sowohl aus Deutschen mit libanesischem Migrationshintergrund als auch aus libanesischen Staatsangehörigen zusammen. In Bremen beschränken sich ihre Aktivitäten überwiegend auf die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen und an verschiedenen Demonstrationen.



Flugblatt zum Gaza-Konflikt

Demonstrationen zum Konflikt im Gazastreifen

Im Januar 2009 wurden mehrere friedliche Protestaktionen und Demonstrationen im Raum Bremen und Bremerhaven gegen den „Krieg im Gazastreifen“ durchgeführt. An ihnen nahmen auch „Hizb Allah“-Anhänger aus Bremen teil. Auslöser dieser Protestaktionen war die Militäroffensive Israels im Gazastreifen Ende Dezember 2008. Rund 7.000 Teilnehmer verschiedener Organisationen, auch nichtmuslimischer, beteiligten sich insgesamt im Bremer Raum an diesen Aktionen.

„Al-Quds-Tag“ – „Internationaler Jerusalemtag“

Der „Internationale Jerusalemtag“ ist ein gesetzlicher Feiertag im Iran und wurde 1979 von Ayatollah Khomeini ausgerufen. Er wird jeweils am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan begangen. Ziel ist es, eine internationale Solidarität der Muslime mit dem palästinensischen Volk zu demonstrieren. In Deutschland beteiligten sich 2009 arabische, türkische und iranische „Hizb Allah“-Anhänger an der jährlichen Veranstaltung zum „Internationalen Jerusalemtag“ am 12. September in Berlin.

Dabei demonstrierten ca. 600 Personen, unter ihnen auch Bremer, friedlich in Berlin unter dem Motto „Zionismus und Antisemitismus“.

„Al-Mustafa-Gemeinschaft e.V.“

Die „Hizb Allah“ weist in Deutschland, wie auch in Bremen, keine einheitliche Struktur auf. Vielmehr wird sie durch Moscheevereine vertreten.

Die Anhänger der „Hizb Allah“ in Bremen sind in der „Al-Mustafa-Gemeinschaft e.V.“ organisiert. Die Vereinsaktivitäten beschränken sich auf interne Treffen, Diskussionsveranstaltungen und das Begehen religiöser Feiertage. Die „Al-Mustafa-Gemeinschaft e.V.“ verfolgt u.a. das Ziel, die in Bremen lebenden Libanesen an ihre Heimat zu binden. Es wird versucht, die Beziehung zur libanesischen Kultur durch Wochenendveranstaltungen sowie durch Arabisch- und Koranunterrichte für Kinder und Erwachsene aufrechtzuerhalten. Zudem hat sich auch das Sammeln von Spendengeldern als eine feste Aufgabe des Vereins etabliert.



WKP-Homepage

„Spendengeldsammlungen in Deutschland“

Spendengeldsammlungen im Rahmen des „Waisenkindprojekt Libanon e.V.“ (WKP) finden auch in Bremen statt. Hierbei handelt es sich um eine Organisation, die deutschlandweit Patenschaften für Waisen und Halbwaisen im Libanon vermittelt. Dieser Verein überweist Gelder aus Deutschland an die „As-shahid Association“ (AS) im Libanon. Die AS unterstützt Hinterbliebene von im bewaffneten Kampf gegen Israel gefallenen „Hizb Allah“-Anhängern.

5.3.3. „Türkische Hizbullah“ (TH)

Mitglieder: ca. 200 in Deutschland
Einzelpersonen in Bremen

Entwicklung und Ideologie

Kleinere religiöse Gruppen von Kurden in der Türkei gründeten Anfang der 80er-Jahre die „Türkische Hizbullah“ (TH), mit dem Ziel, eine islamische Ordnung in der Türkei zu errichten. Als Vorbild für ein mögliches Staatsgefüge, zunächst in der Türkei, später in der ganzen Welt, diente das Mullahregime im Iran.

In den Jahren 1999 und 2000 zerschlugen türkische Sicherheitskräfte weitgehend die Organisationsstrukturen der TH. Die Folge der gezielten Verfolgung und Bekämpfung war die Flucht einzelner Anhänger der TH, darunter auch Führungskader, nach Europa.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele befürwortet die TH ausdrücklich gewaltsame Methoden. Erkenntnisse für Gewaltanwendungen in Europa gibt es derzeit aber nicht. Nach innen ist die TH hierarchisch strukturiert und arbeitet konspirativ.

Verdacht auf TH-Strukturen in Bremen

Seit der Zerschlagung in der Türkei bemühen sich die in Europa lebenden Anhänger um einen Wiederaufbau der Organisation im Heimatland. Zunehmend betreiben die Anhänger der Organisation dafür u.a. in Deutschland Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen.

In Bremen wurden 2008 erstmals Zeitschriften festgestellt, die der TH zuzurechnen sind. Hierbei handelte es sich um die Monatsschrift „Inzar“ (Warnung), die zusammen mit der Zeitschrift „Dogru Haber“ (Richtige Nachricht) öffentlich auslag. Diese und weitere Anhaltspunkte legen den Verdacht nahe, dass in Bremen Aktivitäten zu Gunsten der TH erfolgen.

In Beiträgen der Zeitschrift „Inzar“ wird eine militante Form des Islamismus propagiert. Es werden Feindbilder wie der „Unglaube“ in der westlichen Welt aufgezeigt, antisemitische Parolen verbreitet und gegen den türkischen Staat agiert. Bezugnehmend auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wurde z.B. in der Februar-Ausgabe 2009 zum Kampf der Muslime gegen die Tyrannei der Feinde des Islams, der Imperialisten und der zionistischen Juden aufgefordert: „Dass der Mörder- und Räuberstaat Israel nicht mehr lange existieren wird, ist sonnenklar. Fakt ist, der Tag wird kommen, an dem die Muslime die Juden besiegen werden, sie [die Muslime] werden sie [die Juden] töten, wo immer sie sie sehen und dergestalt wird der Mörder- und Räuberstaat Israel eines Tages vernichtet werden.“



Zeitschrift „Inzar“

5.3.4. „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Mitglieder: ca. 29.000 in Deutschland
ca. 2.000 in Bremen



Entwicklung

Die Organisation tritt seit 1995 unter dem Namen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) auf. Die Leitung der Europazentrale obliegt Osman Döring, genannt Yavuz Celik Karahan.

Unter den islamistischen Organisationen in Deutschland nimmt die IGMG nicht nur ihrer Mitgliederzahl wegen, sondern auch wegen der zahlreichen, auch in anderen europäischen Ländern verbreiteten Einrichtungen eine besondere Stellung ein. Die IGMG ist sowohl im Bundesgebiet als auch in Bremen die größte extremistische Ausländerorganisation.

Die Ideologie der „Milli Görüs“

Die ideologischen Wurzeln der IGMG basieren auf den Ideen des türkischen Politikers Necmettin Erbakan, der Ende der 60er-Jahre die „Milli Görüs“- Bewegung gründete. Die Ziele der „Milli Görüs“-Bewegung wurden von Erbakan in einer Art Manifest niedergelegt, das er 1990/91 unter dem Titel „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung) veröffentlichte.

Die politischen Thesen Erbakans, die mit antisemitischen Stereotypen durchsetzt sind, besagen im Kern, dass jede Epoche der Menschheitsgeschichte durch den Kampf zweier Ordnungen bestimmt wird, die sich in ihren Grundlagen feindlich gegenüberstehen. Auf der einen Seite gebe es die sogenannten „nichtigen Ordnungen“, die von Menschen entworfen seien. Sie beruhten auf der Macht des Stärkeren und führten zu Unrecht, Ausbeutung und vielen weiteren negativen Erschei-



Necmettin Erbakan

nungen. Auf der anderen Seite stünden die auf göttlicher Offenbarung gegründeten Ordnungen, die die Wahrheit und das sich daraus ergebende Recht zum Wohle der Menschen walten ließen. Das aus dem Koran entlehnte Gegensatzpaar „Gott, Wahrheit, Recht“ und „Aberglaube“ wird so auf eine politische Ebene geführt. Die „nichtigen Ordnungen“ wurden, so die Vorstellung, in der Menschheitsgeschichte immer wieder von „gerechten Ordnungen“ abgelöst. So sei der „guten“ hebräischen Rechtsordnung die „schlechte“ menschengemachte altgriechische Demokratie gefolgt, der „guten“ islamischen die „schlechte“ westliche Zivilisation. Die Ideologie der „Milli Görüs“ beinhaltet unterschiedliche antisemitische Versatzstücke. Als Hindernis auf dem Weg zu einer „islamischen Ordnung“ wird der Zionismus bezeichnet. Ein wesentlicher Punkt der Verschwörungstheorie ist, dass „die Juden“ verantwortlich für die Zerstörung des Osmanischen Reiches seien. Nach Ansicht der „Milli Görüs“ wird die Auseinandersetzung zwischen „Zionisten“ und Muslimen weiter fortbestehen und die Politik im Nahen Osten bestimmen. Der Grund dafür sei, dass die Politik Israels weiterhin das Ziel verfolge, ein „Groß-Israel“ im Nahen Osten zu schaffen.

Diese antisemitische Welt- und Geschichtsbetrachtung führt zu einer ausgrenzenden Benachteiligung des jüdischen Volkes und der jüdischen Religion. Sie verletzt die Menschenrechte sowie den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Basierend auf ihrer Weltanschauung strebt die „Milli Görüs“ die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei und die weltweite Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran als Grundlage des Staatsaufbaus an. Zugleich propagiert „Milli Görüs“ die uneingeschränkte Gültigkeit der „Scharia“ und eine Nichtreformierbarkeit des Islam. Die von „Milli Görüs“ vertretenen Auffassungen stehen damit im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.

Als Begründer und geistiger Führer der „Milli Görüs“-Bewegung ist Erbakan auch für die IGMG nach wie vor von großer Bedeutung. Unverändert hält er an seinen ideologischen Standpunkten fest.

Modernisierungsströmungen innerhalb der IGMG

Die IGMG ist keine durchgehend homogene Organisation. Neben Anhängern des strikt islamistischen Kurses Erbakans sind auch moderat eingestellte Kräfte in ihr vertreten.

Seit einigen Jahren sind in Deutschland Tendenzen festzustellen, dass sich insbesondere die jüngere Generation bemüht, eine größere Eigenständigkeit der hiesigen Organisation und eine Loslösung von der türkischen „Milli Görüs“-Bewegung zu erreichen. Sie streben eine Modernisierung und eine Integration der türkischen Muslime in Deutschland auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung an. Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Kräfte mit einer Lösung von der Türkei auch eine konkrete ideologische Reform der „Milli Görüs“-Bewegung anstreben. Eine demokratische Ausrichtung der IGMG scheint hier allenfalls vage erkennbar. Es sind bislang keine Wortführer, Diskussionsbeiträge oder interne Arbeitskreise erkennbar, die aus den diffusen reformerischen Kräften eine einflussreiche Bewegung im Inneren der IGMG zu formieren in der Lage wären.

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob die Bekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die die IGMG verschiedentlich abgegeben hat, auch tatsächlich zu einer nachvollziehbaren Abkehr vom Islamismus führen werden. Hierfür wäre eine interne Auseinandersetzung mit der eigenen Organisationsgeschichte und den an der islamistischen Ideologie festhaltenden „Milli Görüs“-Anhängern notwendig.



„Saadet Partisi“ (SP) in der Türkei

Die Anhänger der islamistischen „Milli Görüs“-Bewegung sind seit 2001 in der „Saadet Partisi“ (SP-Glückseligkeitspartei) organisiert. Die Vorgänger-Parteien „Refah Partisi“ (RP-Wohlfahrtspartei) und „Fazilet Partisi“ (FP-Tugendpartei) wurden wegen „anti-laizistischer Aktivitäten“ verboten, d.h. wegen Tätigkeiten, die darauf gerichtet waren, die Trennung von Staat und Religion rückgängig zu machen. Parteifunktionäre aus der Türkei werden regelmäßig von IGMG-Anhängern zu offiziellen oder privaten Anlässen in Deutschland oder im europäischen Ausland empfangen und wirken dabei mit, die IGMG ideologisch an den Zielen der Partei zu orientieren. Eine Reihe von Beispielen belegt den weiterhin engen ideologischen und persönlichen Austausch zwischen SP und IGMG. Seit Jahren treten regelmäßig hochrangige Vertreter der SP bei Veranstaltungen der IGMG als Redner auf. Das Spektrum reicht von religiösen Anlässen wie einer Moscheeeröffnung über Mitgliederversammlungen bis hin zu Bildungsseminaren.

Struktur und Aktivitäten in Deutschland

Europaweit verfügt die IGMG über weit gestreute Einrichtungen. Es gibt 15 europäische und 15 deutsche Regionalverbände. In der Bundesrepublik und in Europa existieren mehr als 500 Moschee-Gemeinden. Die Zentrale der IGMG befindet sich in Kerpen, Nordrhein-Westfalen. Neben dem Generalsekretariat bilden die Tätigkeitsbereiche Organisation, Jugend, Frauen, Bildung, Darstellung und religiöse Weisung eigene Abteilungen.

Abgesehen von der religiösen Betreuung in den Moscheen, der Durchführung von Festen und Feiern, der Organisation von Pilgerfahrten oder von Bestattungen nach islamischem Ritus bietet die IGMG auch ein breit gefächertes Angebot auf kulturellem, sozialem und pädagogischem Gebiet an.

Es werden Vortragsveranstaltungen, Gesprächskreise, Kurse für Frauen, Computerkurse, Koranlesewettbewerbe und geschlechtergetrennte Ferienlager für Kinder angeboten. Auch Sportvereine und Studentenvereinigungen gehören zur IGMG. Sie unterhält darüber hinaus eine Rechtsabteilung, die die Mitglieder in juristischen Fragen unterstützt, wie bei der Abmeldung von Mädchen vom Schwimmunterricht in der Schule oder in Einbürgerungsverfahren.

Die islamische Erziehungs- und Bildungsarbeit hat für die IGMG nach wie vor einen hohen Stellenwert. So liegt einer Eigendarstellung der IGMG zufolge das besondere Augenmerk auf der Vermittlung von religiösen Werten an Kinder und Jugendliche. Diese sollen auf ihrem Weg zu einem gottgefälligen Leben unterstützt werden. Die Organisation versucht, junge Muslime über ein breites Freizeitangebot zu werben und an sich zu binden. So werden in Sommerschulen und Ferienkursen Fächer wie Benimmregeln, Sittenlehre, Koranrezitation und Türkisch gelehrt sowie Wissenswettbewerbe angeboten. Kindern und Jugendlichen wird darüber hinaus Nachhilfeunterricht erteilt. Gerade junge Menschen sollen dadurch vor dem Einfluss der westlichen Gesellschaft geschützt werden, die aus Sicht der IGMG von Moral- und Sittenverfall geprägt ist. Ziel ist eine am islamischen Glauben ausgerichtete Lebensweise.

Diese Schwerpunktsetzung der IGMG steht im Einklang mit den Vorgaben Erbakans. Dieser betonte auf einer Veranstaltung des Jugendverbandes der SP in Istanbul im September 2006:

„Ihr werdet – so Allah will – diese Welt retten. Denn es gibt ein einziges Heilmittel für die Ereignisse, die wir erleben und diese Lösung ist Milli Görüs, so wie wir es auch seit Jahren mit unseren Erfahrungen ausdrücklich klargestellt haben. Und der Motor des Anliegens der Milli Görüs ist die Jugend. Deshalb werden Eure eifrigen Bemühungen – so Allah will – die Menschen auf der Welt retten.“

(„Milli Gazete“ vom 11. September 2006, S. 11).

Der Vorsitzende der Abteilung Bildung und Erziehung der IGMG, Mehmet Gedik, kritisierte im Rahmen der Vorbereitung der von der IGMG in jedem Jahr durchgeführten „Sommerkoranschulen“ im Mai 2008, dass sich „die in Europa lebenden Kinder in einer Identitätskrise“ befänden und „die Regierungen keine Lösungen“ anböten. Für eine erfolgreiche Ausbildung und Erziehung sei es unerlässlich, dass die Kinder nicht vergäßen, dass sie Muslime seien. („Milli Gazete“ vom 28. Mai 2008, S. 10).

MİLLÎ GAZETE



Zeitungsseite „Milli Gazete“

„Milli Gazete“ als Sprachrohr der „Milli Görüs“-Bewegung

Die türkischsprachige Zeitschrift „Milli Gazete“ ist eine formal eigenständige Publikation, die jedoch inhaltlich den Lesern die Ideologie von „Milli Görüs“ vermittelt. Die Tageszeitung erscheint in einer Türkei- sowie in einer Europa-Ausgabe, die im Wesentlichen in Deutschland verbreitet wird. Im Rahmen ihrer Berichterstattung nehmen neben der „Milli Görüs“-Bewegung auch die IGMG und deren Veranstaltungen einen sehr breiten Raum ein. Für den Bezug der „Milli Gazete“ wird in IGMG-Kreisen regelmäßig geworben. So unterstützt die Organisation Kampagnen, um die Zahl der Abonnenten zu steigern. Gemeinsame Arbeitstagungen von IGMG und „Milli Gazete“ verdeutlichen die enge Verzahnung. Die „Milli Gazete“ ist neben der monatlich erscheinenden Publikation „Perspektif“ und der zentralen IGMG-Homepage ein wichtiges Kommunikationsinstrument für die Anhänger der IGMG.

Die „Milli Gazete“ betont, darauf hinzuwirken, dass ihre Veröffentlichungen stets im Einklang mit der Ideologie des geistigen Ziehvaters der „Milli Görüs“-Bewegung, Necmettin Erbakan, stehen:

„Die Leitfiguren unserer Zeitung bemühen sich nach Kräften, den Inhalt der „Milli Gazete“ so zu gestalten, dass Widersprüche zu den Worten unseres Hodschas Erbakan nicht auftreten und beide möglichst identische Werte enthalten. [...] Die „Milli Görüs“ ist die einzige Sichtweise, die die Gesellschaft versteht und reflektiert. [...] Mit einem Team, das mit Eifer und Herzblut bei der Sache ist, ist die „Milli Gazete“ weiter mit vollem Einsatz dabei, dafür zu sorgen, dass die „Milli Görüs Geisteshaltung“ verstanden, verinnerlicht und gelebt wird.“

(„Milli Gazete“ vom 21. Juli 2005, S. 12)



Zeitschrift „Perspektif“

In der „Milli Gazete“ wird neben der Vermittlung ideologischer Standpunkte häufig auch zu religiösen Themen Stellung bezogen. Als regelmäßig publizierender Autor vermittelt dabei insbesondere Mehmet Sevket Eygi ein restriktives Islamverständnis. In einem an die „muslimische Jugend“ gerichteten Artikel befasste er sich mit der Frage, wie religiöse Gemeinden und Gruppen die Jugend zu erziehen hätten. Das Zitat verdeutlicht seine integrationsfeindlichen Vorbehalte gegenüber Nichtmuslimen. Die religiösen Gemeinden hätten dafür Sorge dafür zu tragen,

„[...] dass sie [die Jugendlichen] den Muslimen gegenüber mit Milde, Güte, Nachsicht, Vergebung und Geduld, den Ungläubigen [jedoch] distanziert begegnen [sollen], sie [die Jugendlichen] nicht deren [der Ungläubigen] Werkzeug sein, nicht auf ihre Intrigen hereinfallen und nicht in ihre Fallen tappen [sollen].“

(„Milli Gazete“ vom 7. August 2008, S. 4)

Der „Milli Gazete“-Autor Ali Atik, der bei Veranstaltungen der IGMG auch als Referent auftritt, stellte in der Zeitung plastisch sein Frauenbild, das erheblich die persönliche Freiheit der Frau einschränkt, dar:

„[...] Der Ehemann hat mehr Rechte gegenüber seiner Frau. [...] Im Islam hat die Frau kein Recht, ihre Freunde oder Familie zu besuchen, einzukaufen oder irgendwohin zu gehen, ohne ihren Mann zuvor informiert zu haben. Sie muss sich auf jeden Fall mit ihrem Ehemann absprechen und seine Erlaubnis einholen. Auf Frauen, die sich nicht daran halten, wartet große Schande. [...]“

(„Milli Gazete“ vom 9. Juni 2009, S. 4)

Struktur und Aktivitäten in Bremen

Mitgliederzahlen

Mit ca. 2.000 Mitgliedern stellt die nicht gewaltorientierte IGMG die mitgliederstärkste extremistische Organisation unter den 40.000 in Bremen lebenden Muslimen dar. Die Mitgliederzahlen wurden für 2009 nach Eigenangaben der IFB nach oben angepasst. Da häufig traditionell nur das Familienoberhaupt als offizielles Mitglied geführt wird, liegt die Anhängerschaft der IGMG in Bremen über 2.000 Personen.

In Bremen wird die IGMG durch die „Islamische Föderation Bremen“ (IFB) repräsentiert. Die IFB bildet den hiesigen Regionalverband, dem aktuell 16 Moscheegemeinden sowie der „Muslimische Frauenverband“ und der „Muslimische Jugend- und Kulturverein“ angehören.

Die dem Regionalverband Bremen angehörigen Moscheegemeinden werden oftmals von formal eigenständigen IGMG-Ortsvereinen getragen (z.B. in Bremen die Kuba-Moschee in Hemelingen, die Aksa-Moschee in Tenever, die Ayasofya-Moschee in Huchting).

Durch ein fast alle gesellschaftlichen Lebensbereiche abdeckendes Vereinsgeflecht gelingt es der IGMG, einen Teil der hier lebenden türkischen Muslime an sich zu binden und in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die „Islamische Föderation Bremen“ (IFB) pflegt seit vielen Jahren gute Kontakte zu der IGMG – Zentrale in Kerpen.

Die eingangs beschriebene Erziehungs- und Bildungsarbeit von Kindern und Jugendlichen gehört auch in Bremen zu den Schwerpunktaufgaben der IGMG. Die Bildungsarbeit der IFB steht nach eigenen Angaben unter folgender Vorgabe:

„Im Bewusstsein, dass eine gute Bildung der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration ist, legt unsere Gemeinschaft in jeder Hinsicht Wert auf eine gute Bildung und Ausbildung der Kinder, die diesen sowohl den Weg in eine erfolgreiche berufliche Laufbahn ebnet als auch ihnen bei der Verwirklichung einer eigenständigen islamischen Identität hilft.“

Es sind bisher keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass in Bremen die IFB oder ihre Führungsspitze innerhalb der IGMG den moderaten Kräften zuzurechnen sind. Nach außen stellt sich die IFB zwar als verfassungstreu dar, eine grundsätzliche Abkehr von der Ideologie der „Milli Görüs“-Bewegung, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, ist bisher aber auch in Bremen nicht zu erkennen. Das regelmäßige Mitwirken von Funktionären der IGMG, der SP und der Zeitung „Milli Gazete“ sind auch auf Veranstaltungen in Bremen immer wieder feststellbar und ein Beleg dafür, dass diese Institutionen eine Einheit bilden.

Zusammenarbeit mit der „Saadet Partisi“ in Bremen

Im Gebiet Bremen wurde in der Vergangenheit wiederholt die enge Verbundenheit zur „Saadet Partisi“ (SP) praktiziert. So warben in den vergangenen Jahren im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen IGMG-Funktionäre in Bremen ausdrücklich dafür, die SP zu wählen.

Bei IFB-Veranstaltungen waren regelmäßig Funktionäre der SP als Redner zu Gast. So unterstrich Numan Kurtulmus, seit 2008 Vorsitzender der SP, bei einer Veranstaltung zum 33-jährigen Bestehen der IGMG Bremen im März 2008 den Anspruch, dass „unsere Landsleute“ in den Reihen des (deutschen) Staates vertreten sein müssten.

Wie intensiv sich die Zusammenarbeit zwischen der „Islamischen Föderation Bremen“ und der SP gestaltet, wurde bei den Kommunalwahlen im März 2009 in der Türkei deutlich. Ein Funktionär und ehemaliger Imam des hiesigen Regionalverbandes wurde über die Liste der SP für vier Jahre zum Bürgermeister seiner Geburtsstadt Arakli (Trabzon/Türkei) gewählt.

Zum Ende des Jahres 2009 sammelten Funktionäre der IGMG bei Mitgliedern und Sympathisanten in Bremen-Gröpelingen und Bremen-Hemelingen Geld für die SP.



Die Fatih-Moschee ist Zentrum der IGMG in Bremen mit über-regionaler Bedeutung und eine der größten Norddeutschlands.

Veranstaltungen 2009

Die IFB führte im vergangenen Jahr, neben den nachfolgend aufgeführten Großveranstaltungen, auch eine Vielzahl von Bildungsseminaren durch. Deren Inhalte umfassten religiöse, kulturelle und soziale Themen, die auf die in Bremen ansässigen Muslime ausgerichtet waren.

Großveranstaltung zu Ehren Muhammads

Am 12. April 2009 organisierte die IGMG Bremen die traditionelle Großveranstaltung zu Ehren Muhammads im Bremer AWD-Dome. An ihr nahmen ca. 7.000 Personen aus dem gesamten norddeutschen Raum teil.

Hochrangige Prediger u.a. aus der Türkei, dem Iran sowie Nordafrika, referierten über den „Islam mit seinen Bedeutungsebenen“. Wiederholt wurde auf die Wichtigkeit des ständigen Gedenkens an den Propheten hingewiesen.

Darüber hinaus waren in den Räumen des AWD-Doms Informationsstände aufgebaut, an denen der Koran, eine Vielzahl von anderen islamischen Büchern sowie neuere Ausgaben der „Milli Gazete“ angeboten wurden.

Einweihungsfeierlichkeiten der Islamischen Föderation Bremen

Die IFB hat 2009 in der Sonneberger Straße 18 in Bremen neue Räumlichkeiten erworben, die als Vereinssitz und Schulungszentrum genutzt werden. Am 23. und 24. Mai 2009 wurde das über 3.500 m² große und ca. € 420.000,- teure Objekt durch die IFB eingeweiht. Am ersten Tag der Feierlichkeiten fanden Führungen statt und die Besucher wurden von örtlichen IGMG-Funktionären über künftige Projekte und Seminarangebote informiert. Am 24. Mai 2009 fand im Beisein überregional angereicherter Funktionäre der IGMG die Einweihung des „Festsaaes“ statt.

Der Generalsekretär der IGMG, Oguz Ücuncü, appellierte an die anwesenden Mitglieder aktiv in deutschen Parteien mitzuwirken. Es sei von elementarer Bedeutung, dass „unsere Mitglieder künftig als eigene Kandidaten in den etablierten Parteien vertreten sind, um somit entsprechende Interessen durchzusetzen und an Einfluss zu gewinnen“.

Der IGMG-Generalvorsitzende, Yavuz Celik Karahan, äußerte sich ähnlich und trug vor, dass die heute in erfreulich großer Anzahl in Westeuropa lebenden Türken die Türkei als „ehemalige Heimat“ vergessen sollten. Hier in Deutschland gilt es, für die Zukunft zu planen. Eine Rückkehr von Jugendlichen in die Türkei sei eigentlich nicht möglich, da sie hier ihre Zukunft aufgebaut hätten. Durch sie werde man in Deutschland und in Gesamteuropa durch die politische Mitarbeit in Parteien und Behörden gewünschte Ziele erreichen.

Prof. Dr. Arif Ersoy von der SP wies auf die Wichtigkeit des Erlernens der deutschen Sprache hin, damit den Deutschen der „Islam“ entsprechend erklärt werden könne und außerdem die Integration erleichtert würde.

Dialogbereitschaft

Die „Islamische Föderation Bremen“ präsentiert sich in der Öffentlichkeit als dialogbereite Organisation. Das zeigt sich durch öffentlich wirksame Aktionen, wie den „Tag der offenen Moschee“ in Bremen oder den jährlichen „Iftar“-Empfang. Die IFB nahm auch am 10. Dezember 2009 an der Auftaktveranstaltung im Rahmen des Dialogs zwischen den muslimischen Verbänden und dem Bremer Rathaus teil. Der erste Austausch zwischen den muslimischen Verbänden und dem Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, der Polizei Bremen und dem Landesamt für Verfassungsschutz war dem Thema Innere Sicherheit gewidmet (siehe Kapitel 2.1.).



Einladung IFB zur Einweihung

Seitenzahl

- 70 6.1. **Entstehungsgeschichte in Deutschland**
- 71 6.2. **Extremistische Bestrebungen von Ausländern in Bremen**
- 71 6.2.1. **„Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) und
Nachfolgeorganisationen („Kongra Gel“)**
- 76 6.2.2. **„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)**
- 77 6.2.3. **Befreiungstiger von „Tamil Eelam“
(„Liberation Tigers of Tamil Eelam“/LTTE)**



Zielrichtungen

Die Zielrichtungen der als ausländerextremistisch eingestuften Organisationen lassen sich im Wesentlichen unterteilen in

- linksextremistische,
 - nationalistische und
 - ethnisch motivierte
- Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen.

Betätigungsfelder in Deutschland

- Deutschland ist in unterschiedlicher Intensität für die Organisationen „Rückzugs- und Rekrutierungsraum“
- sowie Beschaffungsfeld für Material und Finanzen.
- Begleitend dazu erfolgt oftmals eine breite publizistische Betätigung.
- Gerade wenn es um Mitgliederwerbung bzw. Mobilisierung der Anhängerschaft geht, setzen die Organisationen auf „Volksnähe“, indem sie Gefühle ansprechen und einfache Lösungen präsentieren.

6.1. Entstehungsgeschichte in Deutschland

In Deutschland und in Bremen agierende extremistische Ausländerorganisationen sind stark von Ereignissen und Entwicklungen in den Herkunftsländern abhängig. Im Gegensatz zu den islamistischen Organisationen orientieren sie sich nicht an einer religiösen „islamischen Ordnung“, sondern an weltlichen, politischen Ideologien oder Anschauungen.

Die hier in Erscheinung tretenden extremistischen Organisationen sind nicht autark, sondern stets Teil einer Mutterorganisation in der „Heimat“ oder zumindest ideologisch stark mit einer solchen verbunden.

Manche Organisationen unterliegen auch einem Wandel. So stellt die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) beispielsweise heute ihre ethnisch motivierte Forderung nach kultureller Unabhängigkeit der Kurden in einem grenzübergreifenden Mehrstaatengebiet in den Vordergrund. Ursprünglich linksextremistische Forderungen treten in den Hintergrund.

Dabei werden teils unterschiedliche Konzepte zur Umsetzung der Ziele in der „Heimat“ und in Deutschland verfolgt.

Schwerpunkte der Bearbeitung

Gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 3 des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes (BremVerfSchG) gehört es zu den Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz in Bremen, Bestrebungen zu beobachten, die durch Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Dies ist gegeben, wenn ausländische Gruppierungen von hier aus gewaltsame Aktionen im Heimatstaat vorbereiten oder unterstützen, etwa durch Aufrufe zur Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel. Die freiheitlich demokratische Grundordnung gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 BremVerfSchG kann durch ausländerextremistische Bestrebungen gefährdet sein, wenn durch Kaderstrukturen demokratische Grundregeln außer Kraft gesetzt werden.

Mit dem Zuzug von Arbeitskräften bzw. der Migration nach Deutschland wurden naturgemäß auch Probleme aus der „Heimat“ exportiert. Insbesondere die verbesserte wirtschaftliche Lage hier lebender Ausländer macht(e) die in Deutschland lebenden Migranten für extremistische Heimatorganisationen interessant. Anhänger der verschiedenen extremistischen Richtungen gründeten in Deutschland Gruppen, die die jeweiligen Mutterorganisationen unterstützen. Somit wurden und werden die in den Heimatländern entstandenen Probleme und Konflikte nach Deutschland getragen.

Der Anteil der in Deutschland lebenden ausländischen Extremisten ist, gemessen an der Gesamtheit der hier lebenden Personen mit ausländischen Wurzeln, äußerst gering. So wird das Personenpotenzial „Ausländerextremismus“ (ohne Islamismus) in Deutschland 2009 auf 24.710 (Vorjahr 24.750) geschätzt. Der Anteil aller Ausländer in Deutschland betrug im selben Jahr ca. 7,3 Millionen.

6.2. Extremistische Bestrebungen von Ausländern in Bremen

Die Situation ausländischer Extremisten in Bremen unterscheidet sich nicht wesentlich von der Situation auf Bundesebene. Laut einer Studie (im Auftrag der Bremer Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales des Landes Bremen) weisen von ca. 661.500 Einwohnern des Landes Bremen aus dem Jahre 2008 etwa 171.000 Einwohner einen Migrationshintergrund auf.

Davon rechnet das Landesamt für Verfassungsschutz 577 Personen den ausländischen Extremisten (ohne Islamisten) zu. Gemessen an der Gesamtbevölkerung Bremens macht das einen Anteil von etwa 0,09% aus. Im Vergleich zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund beträgt der Anteil etwa 0,34%.

Die größte Gruppe unter den ausländischen Extremisten in Bremen bilden die kurdischen Extremisten, die sich meist im „BIRATI e.V.“ (Verein zur Förderung demokratischer Gesellschaft Kurdistans) treffen.

6.2.1. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen („Kongra Gel“)

Mitglieder: ca. 11.500 in Deutschland
ca. 300 in Bremen

Entwicklung und Ideologie

Die PKK wurde am 27. November 1978 von einer kurdischen Gruppierung um den damaligen Politikstudenten Abdullah Öcalan (genannt „Apo“ = Onkel) gegründet. Ziel war die Errichtung eines kurdischen Nationalstaates in der Türkei. Grundlage des neuen Staates sollte eine demokratische Volksdiktatur nach streng marxistisch-leninistischer Prägung bilden.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele begann die PKK am 15. August 1984 einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei, der ab 1991 auch terroristische Aktionen im Westen umfasste. Ziele waren vorwiegend staatliche Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und Personen des öffentlichen Lebens.

Mit der Inhaftierung Abdullah Öcalans im Februar 1999 änderte sich die Strategie der Partei/Organisation. Ein „demokratisch-politischer Kampf“ löste den Guerillakrieg ab. Den Auseinandersetzungen mit der türkischen Armee waren bis zu diesem Zeitpunkt schätzungsweise 37.000 Menschen zum Opfer gefallen. Die Forderung eines Kurdenstaates nach marxistisch-leninistischer Prägung wurde aufgegeben. Fortan stand die Proklamierung einer politisch kulturellen Autonomie im Vordergrund.

Die innere Führung der Partei funktioniert nach dem Kaderprinzip (autoritäre zentralistische Führungsprinzipien). Gerade dieses Prinzip wurde 2005 durch die Gründung einer „neuen PKK“ bestätigt. Hierbei handelt es sich um eine interne Kaderorganisation, die zur ideologischen Stabilisierung der Gesamtorganisation geschaffen wurde. Weisungen dieser Institution sind im gesamten PKK-Geflecht umzusetzen.

Gleichzeitig setzte die „neue PKK“ das von Abdullah Öcalan entwickelte Konzept des „Demokratischen Konföderalismus“ (KKK), im Mai 2007 umbenannt in „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK), um. Der Exekutivrat der KCK, besetzt mit den Spitzenfunktionären der PKK und deren Nachfolgeorganisationen, fungiert als tatsächliche Führungsspitze des PKK-Geflechts.

Den 1999 verkündeten „einseitigen“ Waffenstillstand hob die PKK am 1. Juni 2004 auf, weil, wie sie betonte, die türkische Regierung kein Entgegenkommen zeige. In den Folgejahren gab es weitere kurzzeitige Waffenruhen. Die PKK bzw. ihr bewaffneter Arm kehrte jedoch immer wieder zum Kampf zurück. Die aus den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) hervorgegangenen „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) unterstützten ab August 2004 mit terroristischen Anschlägen Forderungen der PKK.



„Kongra Gel“



„neue PKK“

„Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK)

Dieses System soll die kurdische Identität fördern und länderübergreifend, ohne Antastung bestehender Staatsgrenzen, einen politisch-kulturellen Verbund aller Kurden in den Siedlungsräumen herbeiführen. Mittels „Volksräten“ soll nach diesem Konzept eine Mitbestimmung des Volkes organisiert werden. Die Umsetzung ist bisher nur teilweise verwirklicht.



KCK

Listungen bzw. Verbote in Europa

Am 2. Mai 2002 beschloss der Rat der Europäischen Union, die PKK in die Liste der terroristischen Organisationen aufzunehmen.

In Deutschland wurde die PKK wegen ihrer teilweise mit äußerster Gewalt vollzogenen vielfältigen Unterstützungshandlungen hier lebender Anhänger am 26. November 1993 durch das Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt. 2004 weiteten die EU und das Bundesministerium des Innern die jeweiligen Verbote auf den „Kongra Gel“ aus.

Finanzierung

Der Guerillakampf in der Heimat sowie die politische Arbeit in Europa erfordern einen hohen Finanzbedarf. Der größte Anteil dafür wird aus der jährlichen, auch in Bremen stattfindenden, Spendenkampagne erzielt.

Die Spender sowie die Spendenhöhe, die sich nach der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen bemisst, werden vorab festgelegt.

Einer Verweigerung wird im Einzelfall mit „Drohungen“ begegnet. Die Angst vor Gewaltanwendungen durch die „Partei“ bzw. deren Anhänger ist in der Anhängerschaft immer noch präsent. Zur tatsächlichen Gewaltanwendung kommt es nur noch in besonderen Ausnahmefällen. Weitere Einnahmequellen stellen Erlöse aus Veranstaltungen und Publikationsverkäufen dar.

Insgesamt ist für das Jahr 2009 von einer leichten Steigerung des Spendenergebnisses gegenüber 2008 auszugehen.

Europäischer Arm der PKK und seine Verbindungen nach Bremen



Sitz des „BIRATI e.V.“

In Europa ist die PKK durch ihren politischen Arm, der „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), vertreten. Im Gegensatz zu ihrer Praxis in den ursprünglichen Siedlungsgebieten führt die PKK im europäischen Raum einen grundsätzlich gewaltfreien Kampf („Doppelstrategie“). Dafür stehen der CDK sowohl legale als auch illegale Strukturen zur Verfügung. Sie unterhält in Deutschland knapp 30 sogenannte Gebiete, die von einem Kader geleitet werden. In diesen Gebieten werden teilweise örtliche Kurdenvereine als Informations- und Kommunikationszentren (Basisvereine) für PKK-Anhänger genutzt.

Diese PKK-nahen Vereine sind in Deutschland unter dem Dachverband der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland“ (YEK-KOM) zusammengeschlossen. Die Föderation unterstützt mit ihrem propagandistischen Wirken die Ziele der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen. Im Vorstand von YEK-KOM arbeiten auch Bremer Vertreter mit. Dem bedeutendsten Verein in einem Gebiet kommt die Stellung des „Zentralvereins“ zu. Im Land Bremen ist dies „BIRATI e.V.“ (Verein zur Förderung demokratischer Gesellschaft Kurdistans).



„Saidi Kurdi-Moschee“

In den 90er-Jahren gründete die PKK etliche sogenannte Massenorganisationen; beispielsweise für Jugendliche, die „Komalen Ciwan“, oder für gläubige Kurden die „Kurdisch-islamische Gemeinschaft“ (CIK). Der CIK steht in Bremen die „Saidi Kurdi-Moschee“, die überwiegend von Kurden besucht wird, nahe.

Dortige Mitglieder und Besucher stehen teilweise unter dem Einfluss von Bremer PKK-Funktionären. Gleiches gilt für den bereits 2007 gegründeten „Kurdischer Sportverein e.V.“ (KSV Med). Auch hier liegen Hinweise auf die Beeinflussung durch den BIRATI e.V. vor. Internetrecherchen zufolge wurde der KSV Med Anfang 2009 Mitglied des Bremer Fußballverbandes und nimmt in der Saison 2009/2010 mit zwei Mannschaften am Spielbetrieb teil.

Ein breit gefächertes Propagandanetz zeigt seine Wirkung auch in Bremen

Mithilfe eines ausgeprägten Propaganda- bzw. Mediennetzes, bestehend unter anderem aus dem Parteiorgan „Serxwebun“, dem von Dänemark ausstrahlenden Fernsehsender „ROJ TV“ oder auch der nahestehenden Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP), werden politische Botschaften veröffentlicht und die Anhänger mobilisiert. Daneben ist eine steigende Internetpräsenz feststellbar. So idealisieren beispielsweise Musikgruppen im Videoportal Youtube in Rap-Songs Abdullah Öcalan. Zur Eindämmung der Propaganda untersagte das Bundesministerium des Innern (BMI) am 19. Juni 2008 eine Betätigung von „ROJ TV“ in Deutschland (Betätigungsverbot) und verbot die in Wuppertal ansässige „VIKO Fernseh Produktion GmbH“ als Teilorganisation von „ROJ TV“.



Fernsehsender „ROJ TV“

Verfahren um das Betätigungsverbot von „ROJ TV“

Laut Verbotsverfügung des BMI betrieb der Sender Propaganda für die PKK und seine Nachfolgeorganisationen. Am 18. Mai 2009 hob das Bundesverfassungsgericht die Verbotsentscheidung gegenüber ROJ TV vorläufig auf. Nach Ansicht des Gerichts können Sender von Gesellschaften dänischen Rechts nicht aufgrund des deutschen Vereinsrechts verboten werden. Das Bundesverfassungsgericht verwies die Sache zurück an das Bundesverwaltungsgericht. Dies entschied in seiner Verhandlung am 24. Februar 2010 in Leipzig, dass dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg die Frage vorgelegt wird, inwieweit das Verbot eines im europäischen Ausland ansässigen Fernsehsenders durch eine deutsche Behörde mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sei.

Das Verbot löste unter PKK-Anhängern eine Reihe von Protestaktionen aus, auch in Bremen. Noch kurz vor dem Betätigungsverbot versuchte die Bremer „PKK“-Sektion, den Sender in das Kabelnetz der Stadt einzuspeisen. Der Versuch unterstreicht, dass die Organisation bemüht ist, möglichst viele der schätzungsweise 8.000 bis 10.000 Bremer Kurden über eigene Propagandasender zu erreichen.

Welche Wirkungen der Propagandaapparat auslösen kann, wurde 2009 in Bremen mit der erfolgreichen Rekrutierung zweier junger kurdischer Frauen für die PKK deutlich.

Rekrutierungen in Bremen

Die beiden 18 und 19 Jahre alten Kurdinnen aus Bremen und Oldenburg wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2009 im Bremer PKK-Gebiet für den Dienst in der Partei angeworben. Einzelnen Hinweisen zufolge haben dabei neben mutmaßlich professionellen Werbern auch Bremer PKK-Aktivisten mitgewirkt. Bereits im Dezember 2008 machten die beiden durch einen gemeinschaftlich verübten Brandanschlag auf einen türkischen Call-Shop in der Bremer Neustadt ihre Sympathie für die PKK deutlich. In der Ausbildungsphase im Frühjahr und Frühsommer 2009 absolvierten sie in Deutschland und der Schweiz eine ideologische Schulung in mehreren PKK-Basisvereinen. Während solcher Aufenthalte wird entschieden, für welche zukünftige Verwendung die rekrutierten jungen Frauen und Männer geeignet sind (Guerillausbildung oder Parteieinsatz in Europa). Einer intensiven Intervention der Eltern war es zu verdanken, dass die Ausbildung der beiden kurdischen Frauen aus Bremen/Oldenburg nach einigen Monaten abgebrochen wurde und sie zu ihren Familien zurückkehrten.

Explizit im Januar 2009 berichtete die Jugendpublikation „Sterka Ciwan“, dass nicht nur die Straßen Europas Aktionsfeld seien, sondern die „Berge“ das aktivste Schlachtfeld darstellen. Die Publikation forderte damit nicht nur zu Aktionen in Europa auf, sondern zum wiederholten Male auch zum Beitritt in die HPG. Auf dem Computer der Bremer Kurdin wurde eine Vielzahl von Propagandamaterial der PKK gefunden, welches insbesondere an das Ehrgefühl junger Kurden appelliert und die Gewalt der Guerilla verherrlicht.

Weibliche Guerilla-
kämpferinnen

Internetpropaganda

Bremer Solidarität mit der DTP bei den türkischen Kommunalwahlen

Im Vorfeld der türkischen Kommunalwahlen (29. März 2009) kam es u. a. in Bremen zu verschiedenen Solidaritätsveranstaltungen für die pro-kurdische „Partei für eine demokratische Lösung“ (DTP). Partei-Vertreter warben dabei um die Stimmen der Teilnehmer. Am 1. März 2009 konnte „BIRATI e.V.“ dafür ca. 600 Teilnehmer aus Bremen und dem Umland mobilisieren. Bei der Kommunalwahl am 29. März 2009 erreichte die DTP im vorwiegend kurdisch besiedelten Südosten der Türkei ein sehr gutes Ergebnis. So konnte sie nach Presseberichten die Zahl der von ihr bisher gestellten Bürgermeister fast verdoppeln (von 54 auf 99). Nach der Wahl erklärte der Spitzenfunktionär der PKK, Murat Karayilan, er sehe die Vorreiterrolle der PKK für das kurdische Volk durch das Ergebnis der Wahl bestätigt. Er bekräftigte damit den Alleinvertretungsanspruch der PKK für das kurdische Volk und die Vertreterrolle Öcalans als Ansprechpartner gegenüber der Türkei.

Zwischenzeitliche Annäherung in der Türkei

Bis Herbst 2009 war zwischen Kurden und dem türkischen Staat eine politische Form der Annäherung zu vernehmen. Dazu beigetragen hatte u. a. die „kurdische Öffnung“ der Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“). Dies führte dazu, dass der türkische Staat den Kurden mehr Rechte einräumte.

Auf der 7. Generalversammlung des Kongra Gel, die Mitte Juli 2009 in Nordirak stattfand, wurde eine Fortführung des „einseitigen Waffenstillstandes“ im Interesse einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage, trotz Fortsetzung der türkischen Militärationen, beschlossen. Die „Roadmap“ (Friedensfahrplan) von Abdullah Öcalan, die Lösungsansätze zur Kurdenfrage enthalten soll, wird von den Anhängern als eine historische Chance für den Frieden angesehen. Bisher hat die türkische Regierung die an sie übergebene „Roadmap“ noch nicht veröffentlicht.

Friedengruppen

Für die PKK stellen die Friedensgruppen insbesondere einen Test dar, inwieweit der türkische Staat seine Einstellung gegenüber der PKK tatsächlich geändert hat. Bereits vor 10 Jahren gab es vergleichbare Aktionen. Damals wurden die Teilnehmer festgenommen und sind teilweise bis heute inhaftiert.

Abdullah Öcalan forderte die PKK auf, sogenannte Friedensgruppen zu bilden. Als „Botschafter des Friedens“ sollten diese die Grenze vom Nordirak zur Türkei überschreiten. Zusätzlich sollte eine „Friedensdelegation“ aus Europa in die Türkei reisen. Am 16. Oktober 2009 gab das Präsidium der „Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK) bekannt, dass es dem Vorschlag Abdullah Öcalans zur Entsendung von sogenannten Friedensgruppen in die Türkei folgen werde.

Zwei von insgesamt drei geplanten Friedensgruppen überschritten am 19. Oktober 2009 die Grenze vom Irak zur Türkei. Obwohl neben kurdischen Flüchtlingen eine Gruppe aus acht unbewaffneten Guerillakämpfern bestand, wurden alle Teilnehmer nach Kontrollen durch türkische Sicherheitskräfte wieder freigelassen. Es folgte ein über mehrere Wochen angelegter „Marsch“ der Friedensgruppen durch die türkischen Kurdengebiete mit dem Ziel Ankara. Begleitet von großen Menschenansammlungen geriet der „Marsch“ zu einem Propagandazug der PKK. Der türkische Regierungschef Erdogan unterband daraufhin die Einreise einer dritten Friedensgruppe mit PKK-Anhängern aus Europa.

Hier lebende PKK-Anhänger hegten angesichts einer starken antikurdischen Opposition in der Türkei von Anfang an starke Zweifel an einer kontinuierlichen Einhaltung der Annäherungspolitik der türkischen Regierung.

Der hoffnungsvolle Ansatz der Annäherung hat sich auch, bedingt durch das Verbot der DTP im Dezember 2009, zumindest bis Ende des Jahres nicht erfüllt.

Veränderte Haftbedingungen Öcalans und das Verbot der DTP lösten eine Protestwelle aus

Am 17. November 2009 ist Öcalan in ein neu errichtetes Gefängnis auf der Insel Imrali verlegt worden. Erstmals wurden dort noch fünf weitere Häftlinge inhaftiert. Die Türkei erfüllte damit Forderungen internationaler Menschenrechtsorganisationen nach besseren Haftbedingungen Öcalans. Dieser beschwerte sich fortan gegenüber seinen Rechtsanwälten vermehrt über Beeinträchtigungen seiner Gesundheit, verursacht durch die neue Zelle. Die PKK-Führung im Kandilgebirge (Irak) sprach vom „Todesloch“ des Führers. Die „Komalen Ciwan“ riefen zur Verteidigung des Führers zu Aktionen auf. Damit endete die sich seit Sommer 2009 abzeichnende Entspannungsphase zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung. Einhergehende Proteste in der Türkei und Europa nahmen noch an Intensität zu, als am 11. Dezember 2009 die DTP in der Türkei verboten wurde.

In Bremen forderten zunächst am 5. Dezember 2009 ca. 100 PKK-Anhänger, am 19. Dezember 2009 ca. 200: „Schluss mit der Isolationshaft in Imrali“. Durch eine KCK-Fahne und die Skandierung „Biji Serok Apo“ („Hoch lebe der Führer Apo“) untermauerten die Teilnehmer ihre Verbundenheit mit der PKK und ihrem Gründer. Auch das DTP-Verbot wurde kritisiert.

In Bremen kam es nach einem Bericht der „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) am 24. Januar 2009 auf einer Feier von Jugendlichen im „BIRATI e.V.“ zu einer Verurteilung der Haftverschärfung. Zukünftig wolle man „aktiver gegen solche Maßnahmen vorgehen“, so die YÖP.

Weitere Aktivitäten in Bremen

Historische Daten aus der kurdischen Geschichte bzw. der PKK bilden jedes Jahr in Bremen Anlass für öffentlichkeitswirksame „Auftritte“. Organisator für fast alle diese Veranstaltungen ist „BIRATI e.V.“. So organisierte „BIRATI e.V.“ beispielsweise am 21. Februar 2009 eine Kundgebung anlässlich der Festnahme Öcalans vor 10 Jahren in Kenia. Dabei wurden die Freilassung des Führers und eine Beendigung des „internationalen Komplotts“ gegen die Kurden gefordert.

Beim Newroz-Fest konnte „BIRATI e.V.“ mit bis zu 350 Teilnehmern die größte Beteiligung bei öffentlichen Veranstaltungen im Jahre 2009 in Bremen unter freiem Himmel erreichen.

Während des traditionellen Zuges durch die Bremer Innenstadt wurden verbotene Symbole der PKK und der Nachfolgeorganisationen gezeigt, „Biji Serok Apo“ skandiert und die Freilassung von Öcalan gefordert. „Auf das Verbot von Öcalan-Postern reagierte die Gruppe hier [in Bremen] mit Sitzstreiks. Dabei kam es immer wieder zu kritischen Momenten zwischen den Demonstranten und der Polizei“, schrieb die „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) über die Veranstaltung.

Genau wie im Vorjahr führten die Bremer Anhänger zum Geburtstag des Führers Öcalan (4. April 1949) ein Fest durch und beteiligten sich an Großveranstaltungen wie dem jährlichen Kurdenfestival in Gelsenkirchen (wird von YEK-KOM ausgerichtet) und veranstalteten im „BIRATI e.V.“ Märtyrergedenktage.

Am 29. November 2009 feierte die Bremer PKK-Sektion die Gründung der PKK am 27. November 1978. „BIRATI e.V.“ hatte dazu einen Festsaal angemietet. Anders als im Vorjahr nahmen 2009 nur ca. 200 Kurden aus dem BIRATI-Umfeld teil. Die Abbildung von Märtyrern und eines bewaffneten Guerilla neben Abdullah Öcalan auf der Vorderseite der Eintrittskarte sowie der Stempel des „BIRATI e.V.“ auf der Rückseite verdeutlichen die Verbundenheit zur PKK.



„Komalen Ciwan“

DTP-Verbot

Hauptgründe des Verbotes der DTP sind Aktionen gegen die unteilbare Einheit von Land und Nation des türkischen Staates sowie die Nähe zur PKK, erklärte das türkische Verfassungsgericht.



Bremer Demonstration

Newroz-Fest

Das Newroz-Fest ist das Neujahrsfest der mesopotamischen Völker und findet am 21. März jeden Jahres statt.



Einladung zur PKK-Gründungs- tagsfeier

Bremer YEK-KOM-Vertreter, der BIRATI-Vorstand und Vertreter des „Verbandes der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) bemühen sich weiterhin um Kontakte zu Bremer Menschenrechtsorganisationen sowie zu politischen Institutionen. So auch bei einer Veranstaltung am 11. Februar 2009 im „Konsul-Hackfeld-Haus“ zum Thema: „Zur Situation der Menschenrechte – Parallelen zwischen Türkei und Deutschland?“. Zu den Veranstaltern zählten neben YEK-KOM und einer „YXK-Ortsgruppe Bremen“ auch folgende Organisationen: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen, Referat Internationale Kontakte der Universität Bremen, Arbeitskreis Kurdistan, SAV Sozialistische Alternative. Unterstützer war das Evangelische Bildungswerk Forum Kirche.

Insgesamt ist eine Zurückhaltung von Bremer PKK-Anhängern an Veranstaltungen mit eindeutigem PKK-Bezug erkennbar und wirkt sich auf die Besetzung von Funktionen im Bremer PKK-Geflecht (Vereinsvorstände/Volksrat usw.) aus. Dies dürfte einerseits Folge des eindeutigen Rückgangs von innerparteilichem Druck sein, andererseits wird durch die Akteure befürchtet, dass Unterstützungshandlungen für die PKK bei der Erlangung langfristiger Aufenthaltstitel oder bei Einbürgerungswünschen zu Problemen führen können.

Lediglich junge Kurden und Frauen scheuen sich nicht, auch in der Öffentlichkeit PKK-Symbole zu verwenden.

6.2.2. „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)



Mitglieder: ca. 650 in Deutschland
ca. 45 in Bremen

Entwicklung und Ideologie

Die DHKP-C ist im März 1994 aus der türkischen Vereinigung „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) hervorgegangen, die in der Türkei verboten ist, dort jedoch weiterhin eine Untergrundstruktur aufrechterhält.

In Deutschland ist die „Devrimci Sol“ seit dem 9. Februar 1983 durch Verfügung des Bundesinnenministeriums mit einem Betätigungsverbot belegt. Dem Verbot vorausgegangen waren äußerst gewalttätige Übergriffe von Anhängern der Organisation auf türkische Einrichtungen in Deutschland. Die DHKP-C verfolgt das Ziel, auf türkischem Boden ein sozialistisches System zu errichten. Die bestehende türkische Gesellschaftsordnung soll durch eine bewaffnete Revolution zerschlagen werden. Am 13. August 1998 wurde auch die DHKP-C durch das Bundesinnenministerium als Ersatzorganisation der „Devrimci Sol“ eingestuft und ebenfalls mit einem Betätigungsverbot belegt.

Gegen zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der DHKP-C wurden, aufgrund von massiven Gewalttaten Ende der 90er-Jahre, eine Vielzahl von Strafverfahren geführt. Mehrere ranghohe Funktionäre wurden zum Teil zu hohen Haftstrafen verurteilt. Daraus resultierten in Deutschland ein Mitgliederverlust und entsprechend geringere Mitgliedsbeiträge und „Spenden“. Die DHKP-C wurde darüber hinaus im Mai 2002 in die von der Europäischen Union geführte Liste terroristischer Organisationen aufgenommen.

Finanzierung

Die Aktivitäten der DHKP-C werden durch Mitgliedsbeiträge und „Spenden“ finanziert. Wichtigste Finanzquelle der Organisation war und ist die jährliche „Spendensammlung“. Sie erfolgt äußerst konspirativ. Eine Konfrontation mit der Polizei wird vermieden.

Aktivitäten in Deutschland und Bremen

In der Bundesrepublik wird die DHKP-C durch den Deutschlandverantwortlichen und seinen Vertreter sowie durch die Regions- und Gebietsverantwortlichen geführt. Die Deutschlandorganisation muss sich gegenüber einem europäischen Zentralkomitee verantworten.

Das Zentralkomitee wurde bisher vom Generalsekretär und Gründer der DHKP-C Dursun Karatas geleitet. Dieser verstarb am 11. August 2008 in den Niederlanden. Seither ist das Amt offiziell unbesetzt.

Neben dem derzeitigen Fehlen einer Führungspersönlichkeit trägt die konsequente Strafverfolgung durch die Sicherheitsbehörden zu einer Schwächung der Organisation bei. Im Dezember 2009 stellte sich ein mit Haftbefehl gesuchter mutmaßlicher Führungsfunktionär der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Daneben laufen verschiedene Prozesse gegen weitere mutmaßliche Funktionäre der DHKP-C. Ein Prozess wurde bis zum August 2009 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart geführt und weitere werden vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf verhandelt.

Ein zentrales Thema der letzten Jahre war das sogenannte Todesfasten. Nachdem bereits 2002 verschiedene türkische linksextremistische Gruppierungen das „Todesfasten“ als Kampfform für eine Verbesserung der Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen für beendet erklärt hatten, schloss sich die DHKP-C 2007 der Beendigung an. Presseveröffentlichungen zufolge fielen in der Türkei mehr als einhundert Menschen, meist Angehörige der DHKP-C, dem „Todesfasten“ zum Opfer.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der DHKP-C ist das Sammeln von „Spenden“. Einzelne geschäftliche Aktivitäten von Mitgliedern lassen den Schluss zu, dass Teile des daraus resultierenden Gewinns an die Organisation fließen bzw. solcherlei Aktivitäten gezielt von der Organisation über Strohleute als Einnahmequelle betrieben werden. Wenngleich die DHKP-C in Europa offiziell einen gewaltfreien Kurs vertritt, dienen hier durchgeführte Protestveranstaltungen und „Spendensammlungen“ der finanziellen Unterstützung terroristischer Aktionen in der Türkei.

In Bremen verfügt die DHKP-C über lose Strukturen. Treffen finden anlassbezogen an verschiedenen Orten statt. Streitigkeiten zwischen einzelnen Funktionären verhindern seit Langem weitgehend die Entwicklung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten von Bremer DHKP-C-Aktivistinnen auf regionaler und überregionaler Ebene.



Plakat zum „Todesfasten“

6.2.3. Befreiungstiger von „Tamil Eelam“ („Liberation Tigers of Tamil Eelam“ / LTTE)

Mitglieder: ca. 800 in Deutschland
ca. 20 in Bremen

Entwicklung und Ideologie

Die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) wurden 1972 gegründet. Ihr Ziel ist die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Tamilenstaates „Tamil Eelam“ in dem überwiegend von Tamilen bewohnten Norden und Osten Sri Lankas.

Volkgruppen auf Sri Lanka

Die Singhalesen sind mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 75% die größte Volksgruppe auf Sri Lanka. Die Tamilen bilden mit ca. 18% die größte Minderheit und fühlen sich von der singhalesischen Mehrheit unterdrückt.





Anfang 2009

Der Bürgerkrieg zwischen den hinduistischen Tamilen und den buddhistischen Singhalesen um die Aufteilung der Insel schwelt seit Langem. Zur Durchsetzung ihrer Ziele führt die Organisation seit Jahren einen Guerillakrieg gegen die von den Singhalesen dominierte Zentralregierung Sri Lankas. Die LTTE verübte in der Vergangenheit eine Vielzahl von Terroranschlägen gegen sri-lankische und indische Ziele. Im Verlauf der seit September 2002 andauernden Friedensverhandlungen zwischen der Zentralregierung und der LTTE war die Organisation von ihrer Forderung nach einem eigenen Tamilenstaat abgerückt, beanspruchte aber eine Teilautonomie innerhalb des Staatsgefüges Sri Lankas.

2006 eskalierte die Lage in Sri Lanka aufs Neue. Es gab sowohl von der singhalesischen als auch von der tamilischen Seite gewalttätige Anschläge auf zivile und militärische Ziele der jeweils anderen Seite. Im April 2006 spitzte sich die Lage durch einen Selbstmordanschlag auf das Hauptquartier der sri-lankischen Armee in Colombo weiter zu. 2007 waren wieder bürgerkriegsähnliche Zustände erreicht. Im Januar 2008 wurde der formal noch bestehende Waffenstillstand von der sri-lankischen Regierung gekündigt. Gegen Ende des Jahres 2008 verlor die LTTE strategisch wichtige Verbindungswege zu ihren Gebieten und wurde immer weiter zurückgedrängt. Im Januar 2009 wurde die letzte noch von der LTTE kontrollierte Stadt von der sri-lankischen Armee eingenommen. Im Mai 2009 konzentrierte sich ihr Machtbereich nur noch auf eine wenige Quadratkilometer große Region im Nordosten der Insel.

Am 16. Mai 2009 erklärte der sri-lankische Präsident die LTTE für besiegt und den Bürgerkrieg für beendet.

Listung auf der EU-Terrorliste

Die Europäische Union hat die LTTE am 31. Mai 2006 offiziell als Terrororganisation eingestuft. Erstmals hat die EU eine Aufnahme in die Liste der terroristischen Organisationen mit einer politischen Erklärung verbunden. In dieser Erklärung wird die Rücknahme der Einstufung in Aussicht gestellt, falls die LTTE dauerhaft auf Gewalt verzichtet und sich erkennbar für den Friedensprozess einsetzen sollte. Kritik übte die EU auch an der Regierung Sri Lankas und wies darauf hin, dass die Gewalt dort nicht allein durch die LTTE verursacht wurde.

Finanzierung

Zur Finanzierung des „Befreiungskampfes“ auf Sri Lanka führt die LTTE in Deutschland Spendensammlungen durch. Inwieweit die Spenden auf freiwilliger Basis geleistet werden, lässt sich nur schwer sagen. Die LTTE steuert und nutzt unterschiedliche tamilische Vereine in ganz Deutschland, um so ihr Spendenaufkommen zu erhöhen. Außerdem erzielt sie Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen und Tonträgern sowie Eintrittskarten.

Seit Sommer 2009 gibt es unter den Tamilen in Deutschland Unsicherheiten bezüglich etwaiger Spenden, da aufgrund der aktuellen Situation in Sri Lanka nicht klar ist, was mit den gespendeten Geldern passiert.

Internationale Aktivitäten

Die LTTE will sich nach ihrer militärischen Niederlage und dem Tod ihres Führers Velupillai Prabhakaran im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen in Sri Lanka in der Diaspora neu organisieren.

Nach Pressemeldungen wurde 2009 eine „Provisorische Transnationale Regierung Tamil Eelam“ (PTGTE) gebildet, an deren Spitze der Nachfolger des verstorbenen Prabhakaran, Selvarasa Pathmanathan, stand. Dieser wurde jedoch am 5. August 2009 in Malaysia festgenommen. Seitdem gibt es offiziell keinen Führer der Organisation mehr.

Das Sekretariat der PTGTE soll nach Internetberichten in Genf eingerichtet werden, um von hier aus einzelne Länderarbeitsgruppen (CWG) zu koordinieren. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt soll die humanitäre Situation der Tamilen auf Sri Lanka sein.

Aktivitäten in Deutschland

Die Interessen der LTTE in Deutschland vertrat bisher das „Tamil Coordination Committee“ (TCC) mit Sitz in Oberhausen. Die LTTE-Sektion in Deutschland ist streng hierarchisch strukturiert. Daneben hat die Organisation ein breit gefächertes Netzwerk von verschiedenen Vereinen geschaffen, um die in Deutschland lebenden Tamilen für sich zu gewinnen.

Neben dem Sammeln von Spenden fanden im Bundesgebiet verschiedene Aktionen statt, die auf die Situation der Tamilen in Sri Lanka aufmerksam machen sollten. Aufgrund der aktuellen politischen und humanitären Situation in Sri Lanka lag der Hauptschwerpunkt dieser Aktivitäten im ersten Halbjahr 2009. Neben kleineren Aktionen fanden auch mehrere große Veranstaltungen in Deutschland statt. Am 24. April 2009 demonstrierten ca. 2.800 Tamilen in Berlin unter dem Motto „Krieg ohne Zeugen in Sri Lanka – Deutschland hilf uns“. Seit Mitte des Jahres 2009 hat die LTTE in Deutschland erhebliche Mobilisierungsprobleme.

Eine Ausnahme stellte der am 27. November 2009, dem Geburtstag des verstorbenen LTTE-Führers Prabhakaran, jährlich stattfindende „Heldengedenktag“ dar. Dieser wurde von rund 5.000 Anhängern der LTTE in Essen begangen. Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildete das umfangreiche Kultur- und Musikprogramm.



LTTE-Demonstration

Aktivitäten in Bremen

Vereinsstrukturen der LTTE in Bremen sind derzeit nicht bekannt. Bremer Anhänger der LTTE waren jedoch in der Vergangenheit in der Lage, anlassbezogen eine große Anzahl an Aktivisten zu mobilisieren.

Am 21. Februar 2009 fand eine Demonstration von ca. 350 Tamilen in der Bremer Innenstadt statt. Während der Veranstaltung wurden Flugblätter mit der Überschrift: „Stoppt den Genozid an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka“ verteilt. In dem Flugblatt wurde u. a. die Aufhebung des „LTTE-Verbots“ gefordert. Gemeint gewesen sein dürfte die Streichung von der EU-Terrorliste, wodurch die Europäische Union in die Lage versetzt werden sollte, wirksamer diplomatischen Druck auf die singhalesische Regierung auszuüben.

Unterzeichnet waren die Flugblätter mit „Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e. V.“. Darüber hinaus liegen weitere Hinweise für eine Zusammenarbeit zwischen dem in Bremen ansässigen „Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e. V.“ (IMRV) und den in Bremen lebenden Tamilen vor. (Der IMRV ist kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Bremen.)

Deutschlandweit kam es im April 2009 zu Kundgebungen von Tamilen, die eine sofortige Waffenruhe in Sri Lanka forderten und auf die „humanitäre Katastrophe“ in ihrem Heimatland aufmerksam machen wollten.

Hintergrund dieser Proteste waren Pressemeldungen über einen angeblichen Giftgasangriff der sri-lankischen Armee gegen die LTTE. Auch in Bremen gab es mehrere entsprechende Kundgebungen von Tamilen. Am 8. April 2009 protestierten ca. 50 Personen friedlich auf dem Bremer Marktplatz gegen den „Völkermord auf Sri Lanka“. Dabei wurde eine Fahne der LTTE gezeigt.

In der Woche vom 30. März bis 4. April 2009 informierte die Jugendgruppe des „Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e. V.“ mit einem Stand über den Krieg in Sri Lanka und Menschenrechtsverletzungen. Dazu wurden von ca. fünf bis zehn Tamilen Flugblätter verteilt. Die Verteiler trugen T-Shirts mit der Aufschrift: „Jugend in Bremen“. Im Gespräch mit Passanten bekundeten sie ihre Zugehörigkeit zur LTTE.



Bremer Demonstration

„Vaddukodai-Resolution“

1976 wurde von tamilischen Oppositionsgruppen die „Vaddukodai-Resolution“ als Leitlinie für die sich verschärfende Auseinandersetzung mit der singhalesischen Mehrheit in Sri Lanka formuliert. Zentrale Forderung war die Gründung eines eigenen selbständigen und unabhängigen Tamilenstaates (Tamil Eelam) im Norden und Osten der Insel.

Am Rande des Kirchentags in Bremen kam es am 21. Mai 2009 zu einer nicht angemeldeten Kundgebung. Dabei machten ca. 500 Tamilen friedlich auf die Situation ihrer Landsleute in Sri Lanka aufmerksam.

Referendum für einen eigenen Tamilenstaat

Die Tamilen in der Diaspora sollen in Wahlen über die weitere Gültigkeit der „Vaddukodai-Resolution“ abstimmen. Welche Organisation weltweit hinter den Wahlen steht, ist unklar. Es wird aber vermutet, dass in Deutschland die Wahlen von „LTTE-Organisationen“ veranlasst wurden.

Nach journalistischen Darstellungen votierten beispielsweise in Kanada lebende Tamilen im Dezember 2009 mit 99,8 % für einen eigenständigen und unabhängigen Tamilenstaat (Tamil Eelam). In Ländern wie Norwegen und Frankreich sollen ähnliche Ergebnisse erreicht worden sein.

Laut Angaben des „Internationalen Menschenrechtsverein Bremen e.V.“ (IMRV) wurde durch den IMRV am 24. Januar 2010 in Deutschland ein Referendum unter der tamilischen Gemeinschaft durchgeführt. Nach Medienangaben stimmten 99,2 % der Tamilen in Deutschland für einen eigenständigen Staat (bei einer Wahlbeteiligung von ca. 90%, nach Auskunft der Veranstalter).

Seitenzahl

82

7.1. Ideologie

82

7.2. Struktur und Aktivitäten



7. „Scientology-Organisation“ (SO)



Mitglieder: ca. 4.500 - 5.500 in Deutschland
ca. 50 in Bremen

7.1. Ideologie

Der bremische Ableger von „Scientology“ (SO) fügt sich ein in das Geflecht der weltweiten Organisationsstruktur und teilt ihre Zielsetzungen. Die SO versteht sich zwar selbst als neue Religion, tatsächlich strebt die SO jedoch eine andere Gesellschaftsordnung an, die den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zuwiderläuft. So ist die Abschaffung allgemeiner Wahlen und das Aufheben zentraler Menschenrechte Teil dieser Vorstellungen. Elementare Rechte sollen jenen Menschen vorenthalten werden, die nicht der SO angehören und nicht ein Verfahren auf dem Weg zu einem „gereinigten“ Menschen durchlaufen haben. Die SO entzieht sich einer Einordnung in die hergebrachten Klassifizierungen der unterschiedlichen extremistischen Phänomenbereiche, wie sie in den vorhergehenden Abschnitten beschrieben sind.

Hintergrund

Die Lehre von Scientology geht zurück auf den Gründer der Organisation, den amerikanischen Schriftsteller L. Ron Hubbard. In den 50er-Jahren gründete er die erste „Scientology Kirche“ in Los Angeles, nachdem er zuvor mit einem grundlegenden Buch zur „Dianetik“ seine Ideenwelt dargestellt hatte. Die Lehre der SO geht danach davon aus, dass die Identität des Menschen und sein unsterbliches Wesen der sog. Thetan sei, der in seinem Idealzustand in die Lage versetzt ist, umfassend über die materiellen und immateriellen Dinge zu bestimmen, und keinen Einschränkungen mehr unterliegt. Dieser Zustand soll vom Einzelnen mittels körperlicher und geistiger Reinigungsprozesse erreicht werden, die von SO angeboten werden. Die Publikationen und Kurse werden gewinnorientiert gegen Entgelt angeboten. Die angestrebte Gewinnmaximierung dient dabei zusammen mit der gleichzeitigen Ausweitung der SO der langfristigen gesellschaftlich-politischen Zielrichtung.

7.2. Struktur und Aktivitäten

Bremen spielt für die Organisation nur eine untergeordnete Rolle und ist nicht mit den Schwerpunkten in Deutschland, etwa mit Berlin, Hamburg oder den südlichen Bundesländern, vergleichbar. So tritt die SO in Bremen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen kaum in Erscheinung. Gleichwohl besteht ein bremischer Zweig, eine sogenannte Mission, die die Lehren von SO zu verbreiten versucht und in der Stolzenauer Straße in Bremen-Hastedt eigene Räumlichkeiten unterhält. Die 2009 und in den Vorjahren in Bremen von der SO sporadisch angemeldeten Informationsstände treffen regelmäßig auf keine große Resonanz. Insgesamt ist in Bremen die angestrebte Expansion von SO bisher ausgeblieben. Es ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen.

Da die „Scientologen“ über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen, lässt die SO ihre Aktivitäten vielfach nicht unter ihrem eigenen Namen stattfinden. Stattdessen werden hierfür Tarnvereine genutzt, so u.a. die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“, die unter einem entsprechenden Vorwand Werbung für die SO-Aktivitäten betreibt.



Geheimhaltungsgrade

(§ 5 Bremisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz)

- STRENG GEHEIM
- GEHEIM
- VS-VERTRAULICH
- VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Geheimschutz

Ziel des Geheimschutzes ist der Schutz staatlicher Verschlusssachen. Er soll die Kenntnisnahme durch Unbefugte verhindern, um dadurch eine Gefährdung des Bestandes, der Sicherheit oder sonstiger Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder auszuschließen.

Verschlusssachen sind dabei unabhängig von ihrer Darstellungsform Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die geheim zu halten sind. Der Schutz der Verschlusssachen (VS) wird durch Maßnahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes verwirklicht.

Der materielle Geheimschutz beinhaltet technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen; sie sind in der Verschlusssachenanweisung (VSA) des Landes Bremen vom 5. Januar 1996 sowie ergänzenden Richtlinien zusammengefasst.

Sicherheitsüberprüfungen und Regelanfragen

Ziel des personellen Geheimschutzes ist es, durch individuelle Sicherheitsüberprüfungen zu verhindern, dass Personen keine Risiken in sich bergen, wenn sie sicherheitsempfindliche Tätigkeiten ausüben. Zu den sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten zählen unter anderem die

- Arbeit im nichtöffentlichen Bereich des Flughafens
- Arbeit im nichtöffentlichen Bereich der bremischen Hafenanlagen
- Beschäftigung in senatorischen Behörden, in denen mit VS-Material gearbeitet wird
- Beschäftigung in Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz usw.), in denen mit VS-Material gearbeitet wird
- Arbeiten, bei denen die Beschäftigten mit explosionsgefährlichen Stoffen in Berührung kommen.

Die Sicherheitsüberprüfung soll dabei mögliche sicherheitserhebliche Erkenntnisse bei dem Betroffenen feststellen, aus denen sich Anhaltspunkte für ein solches Risiko ergeben. Sicherheitsrisiken sind gegeben, wenn Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betroffenen oder an seinem Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder Anhaltspunkte für eine Anfälligkeit für Anbahnungs- und Werbungsversuche durch fremde Nachrichtendienste vorliegen.

Abstufung von Sicherheitsüberprüfungen

(§ 8 Bremisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz)

- (Ü1) - einfache Sicherheitsüberprüfung
- (Ü2) - erweiterte Sicherheitsüberprüfung
- (Ü3) - erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen.

Die Stufe der Sicherheitsüberprüfung richtet sich nach der Höhe des Verschlusssachengrades, zu dem der/die Betroffene Zugang erhalten soll. Bei den Überprüfungsarten Ü2 und Ü3 werden Ehegatte / Lebenspartner in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen, weil sich Sicherheitsrisiken bei diesen Personen auf den Betroffenen auswirken können.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass eine Sicherheitsüberprüfung nur mit vorheriger Zustimmung des Betroffenen erfolgt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz gibt gegenüber den für die Sicherheitsüberprüfung zuständigen Stellen ein Votum ab. Diese Stellungnahme ist eine Entscheidungshilfe, auf deren Grundlage die zuständige Stelle (Beschäftigungsbehörde) über die Betrauung mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit entscheidet.

Geheimchutz findet nicht nur in Behörden statt, sondern auch in Unternehmen, die im Auftrag des Staates mit Verschlussachen umgehen und ebenso die Regelungen des personellen und materiellen Geheimtutzes beachten müssen.

Zu den geheimtutzbetreuten Unternehmen zählen vor allem die Betriebe, die im Bereich wehrtechnische Forschung und Herstellung entsprechender Produkte tätig sind.

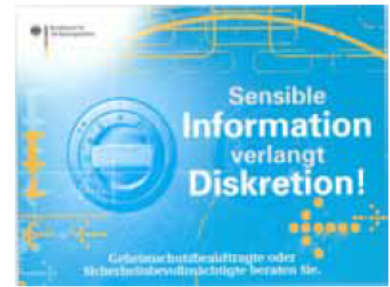
Ein weiteres Aufgabengebiet im Bereich des Geheimtutzes sind die Regelanfragen im Rahmen von

- Einbürgerungsverfahren
 - Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung
- sowie die Anfragen nach dem Luft-, Hafen- und Sprengstoffgesetz.

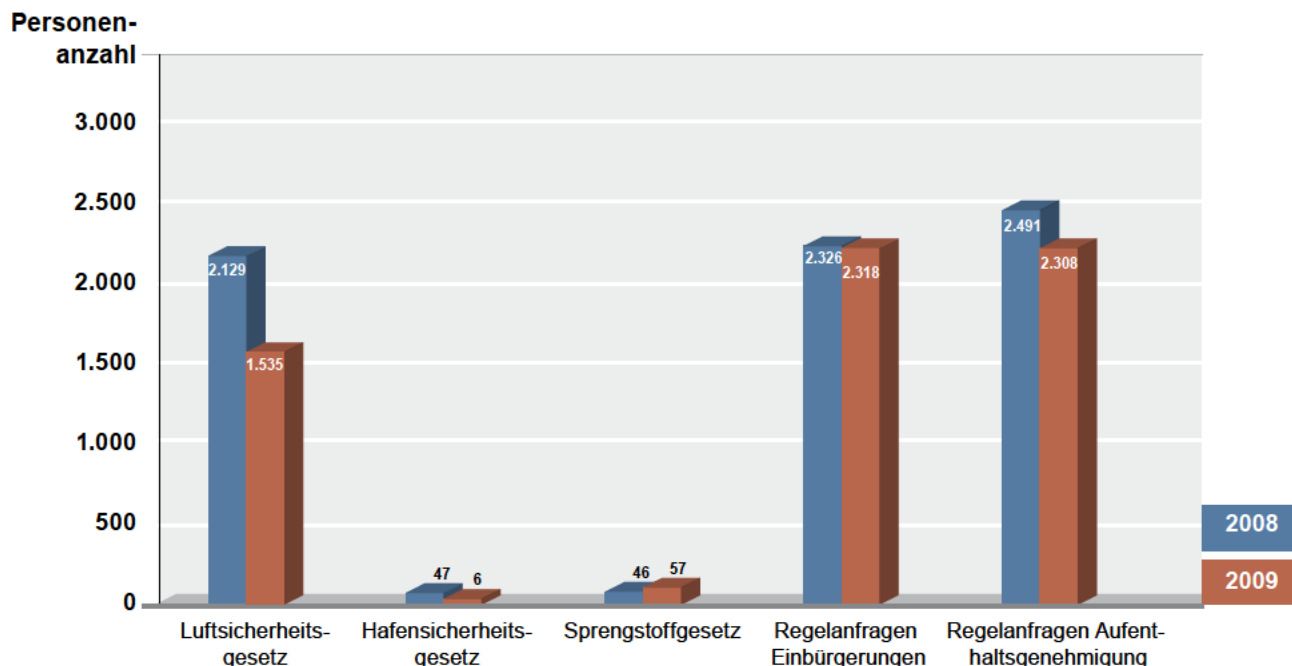
Die Auskunftersuchen in Sachen Luft- und Hafensicherheit sind im Jahr 2009 rückläufig. Ein leichter Anstieg ist bei den Anfragen nach dem Sprengstoffgesetz zu verzeichnen.

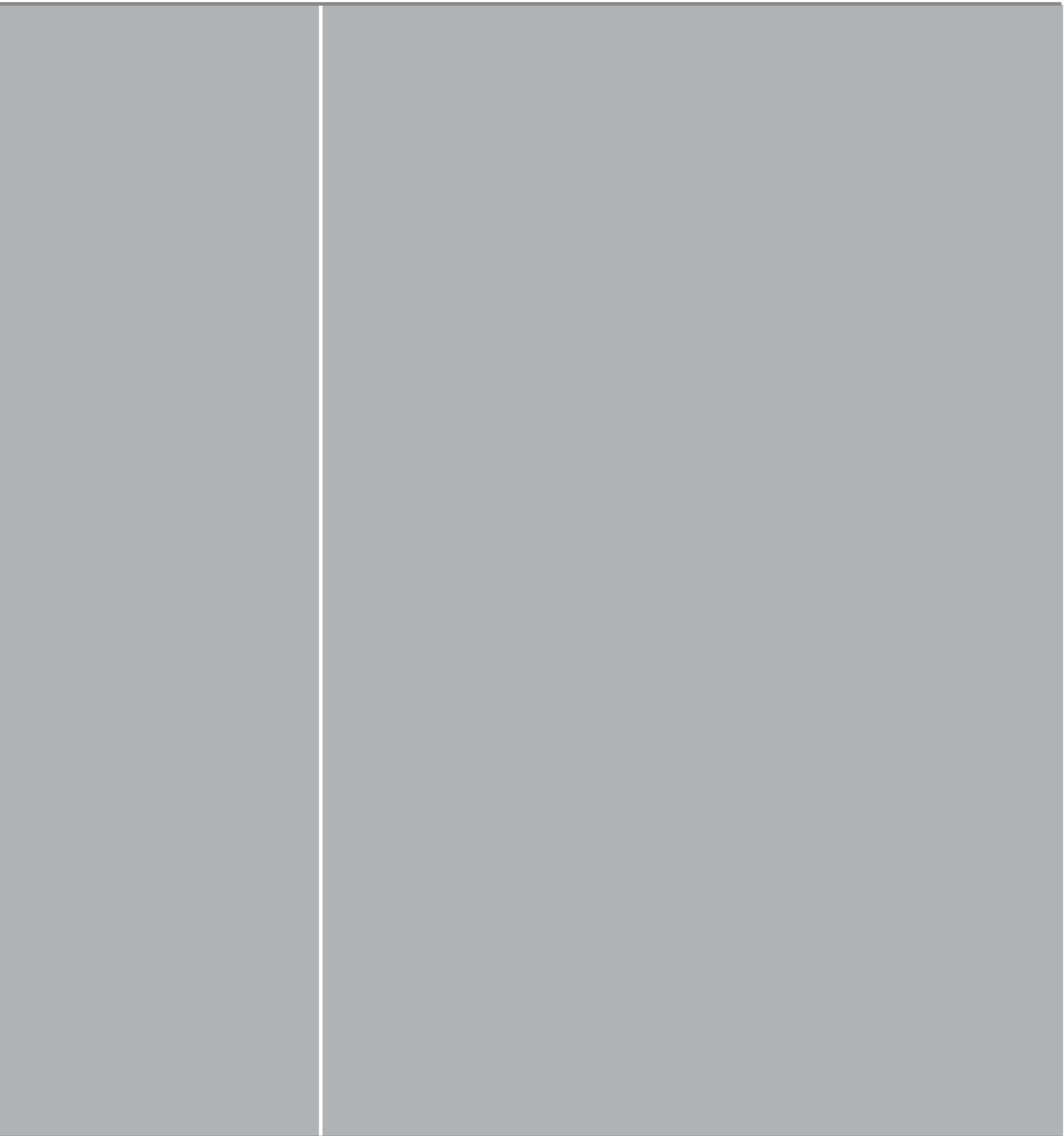
Konstant geblieben ist die Zahl der Personen, die anlässlich ihres Antrages auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit überprüft wurden.

Ebenfalls leicht zurückgegangen sind die Anfragen bei der Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen.



Geheimtutetz 2008 und 2009





Übersicht über die extremistischen Organisationen in Bremen und ihre Mitglieder

Organisation / Gruppierungen	Gegründet	Anhänger in Deutschland	in Bremen	Medien/Publikationen
Rechtsextremismus				
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	1964	ca. 6.800	ca. 50	„Deutsche Stimme“ www.npd.de
„Deutsche Volksunion“ (DVU)	1971	ca. 4.500	ca. 70	www.dvu.de
Neonazi-Szene		ca. 5.000	ca. 20	www.fn-bremen.org
Subkulturelle Szene Rechtsextremistische Skinheads		ca. 9.000	ca. 30	
Rechtsextremistische Musikgruppen			4 Gruppen, ca. 10 Pers.	
Linksextremismus				
„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	1968	ca. 4.200	ca. 70	„Unsere Zeit“ „Bremer Rundschau“ www.dkp.de
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	1982	ca. 2.300	ca. 15	„Rote Fahne“ www.mlpd.de
„Sozialistische Alternative“ (SAV)	1994	ca. 400	ca. 20	„Solidarität“ www.sozialismus.info
„Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union“ (FAU-IAA)	1977	ca. 300	ca. 15	„Direkte Aktion“ „Bremer Aktion“ www.fau.org
„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)	1973	ca. 100	ca. 10	www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de
„Rote Hilfe“ (RH)	1975	ca. 5.000	ca. 160	„Die Rote Hilfe“ www.rote-hilfe.de
„GegenStandpunkt“ bis 1991 „Marxistische Gruppe“ (MG)	Anfang der 70er-Jahre	ca. 10.000	ca. 250	„GegenStandpunkt“ „GegenStandpunkt & Diskussion“ (Bremen) www.gegenstandpunkt.com
Autonome Linksextremisten/ Autonome Szene	Anfang der 70er-Jahre	ca. 6.100	ca. 200	„Interim“ „Bremer Kassiber“

Organisation / Gruppierungen	Gegründet	Anhänger		Medien/Publicationen
		in Deutschland	in Bremen	
Islamismus				
„Islamisches Kulturzentrum Bremen e.V.“ (IKZ)	2001		Besucher Freitagsgebet: 250-350	www.islamhb.de www.islaambremen.de
„Kultur & Familien Verein e.V.“	2007		23	
„Tablighi Jama'at“ (TJ)	um 1926	ca. 700	ca. 20	
„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG)	1995	ca. 29.000	ca. 2.000	„IGMG-Perspektif“ www.igmg.de
„Hizb Allah“ in Bremen: „Al-Mustafa-Gemeinschaft e.V.“	1982	ca. 900	ca. 50	„Al-Ahd“ „Al-Manar“
„Türkische Hizbullah“ (TH)	1981	ca. 200	Einzelpersonen	„Inzar“
Ausländerextremismus				
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen	1978	ca. 11.500	ca. 300	„Serxwebun“ „ROJ TV“
„Revolutionäre Volksbefreiungs- partei-Front“ (DHKP-C)	1994	ca. 650	ca. 45	„Devrimci Sol“ „Yürüyüş“
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1972	ca. 800	ca. 20	„Viduthalai Puligal“
Scientology				
„Scientology-Organisation“ (SO)	1981	ca. 4.500 – 5.500	ca. 50	„Freiheit“ „Impact“ „Source“ „Scientology News“ Internetpräsentation

Politisch motivierte Kriminalität in Bremen 2005-2009

Politisch motivierte Ausländerkriminalität					
Straftaten	2005	2006	2007	2008	2009
gesamt	14	40	23	22	25
davon extremistische Delikte	nicht bekannt	38	20	21	20
davon Gewaltdelikte	4	6	2	1	5

Politisch motivierte Kriminalität „Rechts“					
Straftaten	2005	2006	2007	2008	2009
gesamt	121	138	130	138	140
davon Propagandadelikte	72	95	82	92	97
davon Gewaltdelikte	10	2	17	10	6

Politisch motivierte Kriminalität „Links“					
Straftaten	2005	2006	2007	2008	2009
gesamt	44	80	107	55	65
davon extremistische Delikte	12	61	86	36	61
davon Gewaltdelikte	10	35	12	7	12

Impressum:**Herausgeber:**

Der Senator für Inneres
und Sport
Contrescarpe 22-24
28203 Bremen
www.inneres.bremen.de

Redaktion:

Landesamt für
Verfassungsschutz Bremen
Flughafenallee 23
28199 Bremen
Tel. (0421) 53 77-0
Fax (0421) 53 77-195
office@lfv.bremen.de
www.verfassungsschutz.bremen.de

Gestaltung:

moltkedesign.de, Bremen

Foto:

dpa, LfV, Bremer Touristik-Zentrale

Druck:

Wilhelm Zertani
Druck und Verlag, Bremen

Erscheinungsdatum:

18. Juni 2010



